

elam

**MAGAZIN FÜR
JUNGE LEUTE**



**Freizeit-Report:
So funktioniert ein Jugendclub**

**Verträge:
Gemeinsam erkämpft –
gemeinsam
verwirklichen!**

**Olympische Spiele:
Mehr BRD-Medaillen als in
Mexiko**



elam

MAGAZIN FÜR JUNGE LEUTE

HERAUSGEBER

Bernhard Jendrejewski,
Jürgen Laimer, Rolf Jürgen
Priemer, Karl Hubert
Reichel, Ulrich Sander,
Karl Heinz Schröder,
Dr. Peter Schütt, Pastor
Horst Stuckmann, Werner
Weismantel

CHEFREDAKTEUR

Hans-Jörg Hennecke

STELLV. CHEFREDAKT.

Peter Bubenberger, Köln
(verantwortlich)

REDAKTIONSBEIRAT

Wolfgang Bartels, Peter
Berg, Rainer Birenheide,
Günter Boncelet, Elke Dahl,
Jerken Diederich, Gisela
Holzmüller, Reinhard
Junge, Roland Lang,
Werner Maletz, Ingolf
Riesberg, Georg Rohde,
Ruth Sauerwein, Helga
Riesberg, Werner
Stürmann, Peter Schröder

GESTALTUNG

coopcreative
Jerken Diederich/
Annette Welke

REDAKTION

46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAG

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund,
Brüderweg 16
Telefon 57 20 10

VERLAGS-
GESCHÄFTSFÜHRER
Werner Maletz

PREIS INLAND

Einzelpreis DM 1,-
einschl. Mehrwertsteuer/
Jahresabonnement DM 13,-
einschl. Zustellgebühr

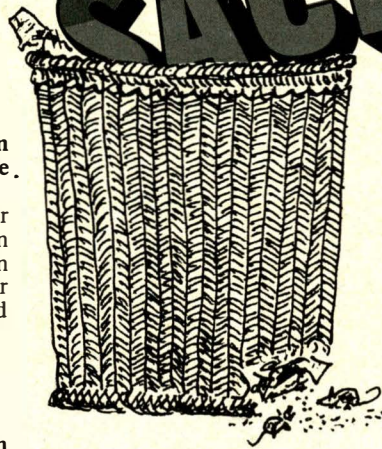
KONTEN

Weltkreis-Verlags-GmbH
Bank für Gemeinwirtschaft
Dortmund,
Konto 10068742
Postscheckkonto Ffm.,
Konto 203290

DRUCK

Heska,
Klein-
Krotzenburg

PFUNDS SACHEN



Interessant

Die SMV vertritt die Interessen der Schüler, sofern diese welche haben.

Definition der Aufgaben der Schülermitverwaltung (SMV) in einer Broschüre zum 40jährigen Bestehen der Stuttgarter Robert-Bosch-(Berufs- und Fach-)Schule

Ehmkes Jux

Da gehen ja junge Leute auch aus lauter Jux und Tollerei in die kommunistische Partei – bloß um den Alten zu ärgern oder so . . .

Kanzleramtsminister Ehmke auf einer Politparty in Dortmund. WAZ, 17.5.72

Ehrlichkeit

Die CDU ist und bleibt eine Partei der Mitte und niemand wird uns davon überzeugen können, daß wir mit unserer Politik der Mitte Hervorragendes für das deutsche Volk geleistet haben.

CDU-Mann Herbert Bilger im „Tübinger Wochenblatt“, 28.4.72

???

Der Bundestag geht davon aus, daß angestrebt werden soll, die Autowracks, die nicht nur Abfall sind, sondern auch Wirtschaftsgüter darstellen, in den wirtschaftlichen Produktionsprozeß wieder einzufügen.

MdB Dr. Schäfer am 10.5.72 in der Bundestagsdebatte zum Abfallbeseitigungsgesetz

Leerzeit

Wir suchen noch eine Auszubildende als Verkäuferin.

Offener Verstoß gegen das Be-

rufs bildungsgesetz in einer Anzeige der Fa. Prumbaum, Köln-Dellbrück, Hauptstr. 43-47, „Kölnische Rundschau“

Frauen und Indianer

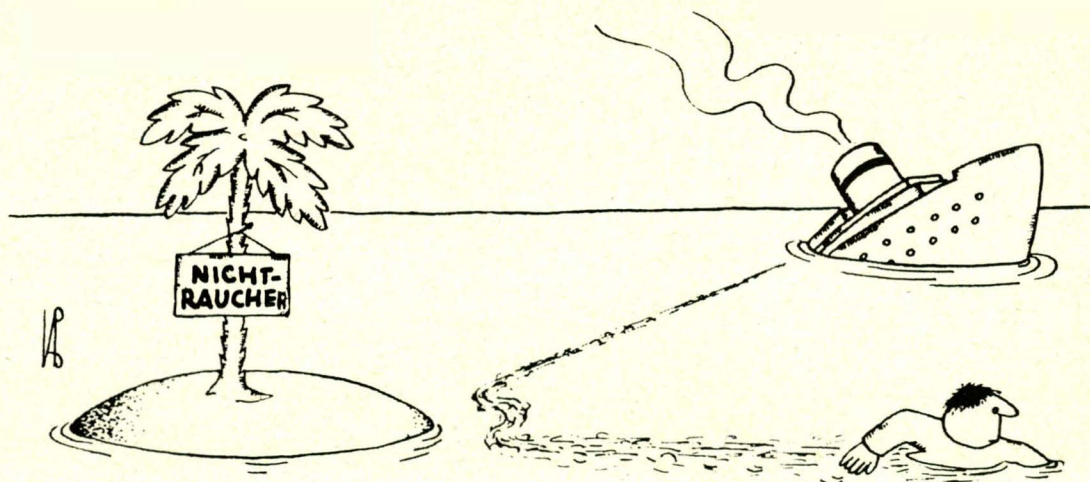
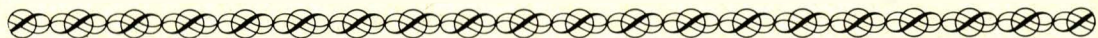
Der neue FBI-Chef Gray krepelt die berühmteste Polizeitruppe der Welt um: Künftig sollen Frauen, Indianer und Farbige als FBI-Spezialagenten ausgebildet werden.

Bildzeitung, 13.5.72

Ministertraum

Wir wär's lieber, in Moskau und Warschau würden Sozialdemokraten regieren, dann wär's Leben viel einfacher.

Kanzleramtsminister Ehmke auf der 31. DBJR-Vollversammlung, 5.4.72



INFAKT

Arbeiterjugend
 Elan testet Politiker: Der Kapitalismusstinkt! 4
 DGB-Jugend legt neue Aufgaben fest / Fakten zum Jahr der arbeitenden Frau / Lehrlingsstreik in Bremen / Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen / Wie wohnen die Lehrlinge? 12

Freizeit
 So funktioniert ein Jugendklub 8

Sport
 Mehr BRD-Medaillen als in Mexiko? 10

Verträge
 Gemeinsam erkämpft – gemeinsam verwirklichen! 16

Festival
 Auftaktveranstaltung in Essen 7

Kurzgeschichte
 Wagnermusik 18

Poster
 Bundeswehr raus aus Schulen und Berufsschulen 24

Jugendpolitische Blätter
 VDS-Kurzporträt / X. Weltfestspiele – Beschlüsse von Jugendkonferenzen / CDU/CSU gegen DBJR-Selbstständigkeit / 9. Zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie 19

Forum der Jugendverbände
 Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken 27

Monats-Magazin
 Vietnam – Frieden jetzt! / Volksfest in der Uni / Bundeswehrpropaganda am Kiosk / Angela Davis – der Kampf geht weiter / Der Feind steht rechts / Philipp-Müller-Str. in München 31

Internationales
 Nixon-Besuch in Moskau 35
 Die Fete im Park von Montreal 36

Sexualreport
 Verhüten – aber wie? 38

Bundeswehr
 Haare ab – Mädchen weg? 40

Kulturmagazin 42

Leserforum 46

Lieber Leser



Diese Situation hatte den reaktionären Kräften hierzulande noch gefehlt: Bomben und Tote. Das bringt die richtige Notstandsstimmung: nun kann der Notstand geübt werden. Polizisten mit Maschinenpistolen, Straßensperren und Kontrollen bis zur Leibesvisitation werden zum alltäglichen Bild. So wird die Bevölkerung an die Staatsgewalt, die nicht mehr vom Volke ausgeht, gewöhnt. Zugleich ist ein glänzendes Alibi für die Reaktionäre zur Hand. Sie hauen nicht blindlings drauf. Sie haben das nicht nötig. Sie schützen vielmehr vor Kriminellen, die Angst und Schrecken verbreiten. Dafür ist in der Bevölkerung Verständnis vorhanden.

Und der handfeste Feind ist auf Abruf da: Baader-Meinhof. Er läßt sich als Wunderwaffe gebrauchen – gegen links. Das revoluzzerhafte Geschwätz dieser Baader-Meinhofs läßt sie „links“ einstufen. Das genügt Strauß und Springer als Argument. Und schon kann die Hatz auf die demokratische und sozialistische Linke losgehen. Man hofft, mit Baader-Meinhof sie vor sich hertreiben und den aufgeschreckten Bürgern als leibhaftigen Teufel vorwerfen zu können. Die Bürger sollen glauben: da geht eine Teufelssaat auf, wenn Lehrlinge sich nicht als billige Arbeitskräfte ausbeuten lassen, sondern für ihr Recht auf gute Ausbildung kämpfen, wenn Arbeiter sich nicht mit ein paar Pfennigen abspeisen lassen, sondern für einen höheren Lohn streiken, wenn Staatsbürger die Ratifizierung der Ostverträge nicht dem Gewissen parlamentarischer Überläufer anvertrauen, sondern für Frieden und Entspannung auf die Straße gehen. Kurzum: mit Baader-Meinhofs Bomben lassen sich demokratische Rechte und Forderungen nach mehr Demokratie zersprengen.

Doch dazu darf es nicht kommen. Alle Demokraten und Sozialisten müssen jetzt ihre politische Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit verstärken, überall die Interessen der Mehrheit gegen die Profitinteressen der herrschenden Minderheit vertreten, auf allen Ebenen die Massen zu organisieren versuchen. Das ist wirkliche linke Politik, die Perspektiven hat und zeigt.

Bombenlegerei und Revolverromantik haben nichts mit fortschrittlicher Politik zu tun. Individueller Terror war immer eines der Mittel der Reaktion und ihrer Provokateure gegen die Arbeiterbewegung.

Wir haben mit den „Baader-Meinhof & Co.“ nichts gemeinsam. Sie geben den Herrschenden und ihrer Presse bei uns das Alibi, daß von der Gewalt, die alle aufschrecken sollte, abgelenkt werden kann: dem US-Völkermord in Indochina!

Wir verurteilen den Terror der Baader-Meinhofs, weil wir ein Gesellschaftssystem verurteilen, das immer wieder Gewalt bis hin zum grausamsten Krieg hervorbringt.

Horst Stuckmann

Horst Stuckmann

Titelfoto: Gangolf Dörr
 Fotos: Horst Müller (3), Rossenbach (1), fotomacher-cooperative (1), M. Scholz (2), Gloria-Film (1), Adria-Film (1), Klaus Rose (2), Gangolf Dörr (4), dpa (5), ap (2), Hans-H. Bauer (1), Maria Otte (1), Heinz-W. Gross (1), Silberzahn/Meinberg (1), W. Bartels (1), Udo Hoffmann (1), Gerald Bloncourt (2),



elam

testet Politiker

Wolfgang Bartels
Peter Bubenberger

Der

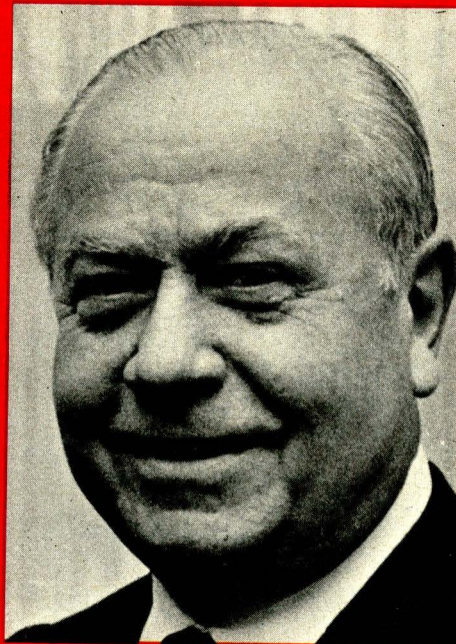
Kapitalismus

Der Kapitalismus ist eine so üble, menschenfeindliche Gesellschaft, die selbst seine eigenen Ideologen alles tun, um zu versichern, daß er kein Kapitalismus mehr sei und schon gar nicht in der Zukunft sein werde. Er ist mindestens ein „linker“, ein „reformierter“ Kapitalismus, aber eigentlich mehr eine „Industriegesellschaft“, weil industrielle Produktion für ihn charakteristisch sei. Entwicklungsfähig sei das System und mausere sich zu einer „Wohlstandsgesellschaft“, „Bildungsgesellschaft“, „Informationsgesellschaft“, „Freizeitgesellschaft“ – und was sonst noch an wohlklingenden Namen erfunden wird. In keinem Fall aber eine Klassengesellschaft, weil die Klassen nicht mehr gebe, höchstens noch in den verstaubten Gehirnen irgendwelcher Dogmatiker, die unsere „freiheitlich-demokratische Ordnung“ stürzen und uns die Freiheit nehmen wollen. In den Auslagen der Bucherläden in der Bundesrepublik häufen sich Bücher von Unternehmern über Unternehmer, in denen zu lesen ist, wie nett und notwendig sie sind. Vom Standpunkt der Millionäre, die über die Millionen herrschen, sicherlich notwendig. Denn die Risse in diesem System werden allzu deutlich. Sie finden ihren sichtbaren Ausdruck in der rasch steigenden Zahl der Aktionen, Streiks und Demonstrationen der arbeitenden Menschen und der Jugend in uns. Ungeheuren Reichtum, wissenschaftlich-technische Spitzenleistungen, Computer, Automaten, der Mann auf dem Mond – der Fleiß und die Kraft von Millionen hat es möglich gemacht. Doch kommt das alles denen zugute, die diese Werte schaffen? Eine Handvoll Superreicher schöpft den Rahm und übt die Macht im Staate aus, entscheidet – wenn es die eigenen Möglichkeiten gestatten – auch über Krieg und Frieden, ganz wie es Höchstprofiteure erfordern.

Die Jugend fragt: „Welche Zukunft kann uns dieses System überhaupt noch bieten?“ Diese brennenden Fragen werden immer drängender an die Politiker und ihre Parteien gestellt. Wie wollt ihr uns eine sichere Zukunft geben, frei von Angst vor Arbeitslosigkeit und Krieg? Seid ihr bereit, m

„Von den Wünschen der sogenannten Systemüberwinder bleibt im Prinzip keiner mehr übrig, der nicht auch von uns unterschrieben werden kann. Wir sind aber davon überzeugt, daß Fortschritte zum Nutzen jedes einzelnen und der Gesamtheit nirgendwo effektiver verwirklicht werden können als im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung, das heißt aber auch bei Beibehaltung der zwei Eckpfeiler dieses Systems: Privateigentum und Freiheit der Wirtschaft.“

Dr. Hans-Günter Sohl, Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Industrieller (BDI)



„Ich glaube, um ein Unternehmen richtig zu führen, bedarf es der ganzen Kraft und Arbeit eines Mannes. Und darüber ist bisher leider die Politik vergessen worden. Die Unternehmer sind apolitisch. Aber ich glaube, das wird sich jetzt ändern. Jawohl, die Unternehmer werden politischer. Sie werden in Zukunft ihre soziale Marktwirtschaft stärker verteidigen und deren Vorteile allen plausibler, klarer und transparenter machen. Die freie Wirtschaft muß schließlich funktionieren, und ohne Unternehmer geht das nicht.“

Konrad Henkel, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie, Chef des Henkel-Konzerns

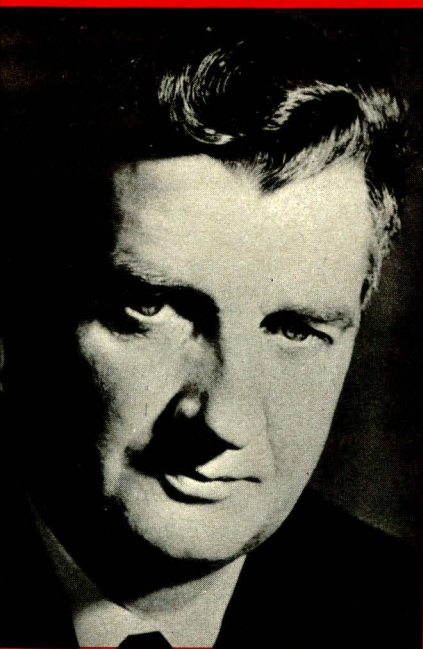
gegen die Bosse und ihre Beauftragten für das Recht der Millionen auf Mitbestimmung, gegen Rüstungswahn und Bildungselend anzukämpfen? Sind Sie bereit, denen auf die Finger zu hauen, die uns täglich in ihren Reden über unsere wirkliche Lage belügen und uns um unsere Zukunft betrügen wollen?

In dieser Ausgabe beginnen wir mit der Serie: „elantestet Politiker“. Wir stellen diese Fragen nach der Zukunft, die aus den unmittelbaren Gegenwartsforderungen der arbeitenden und lernenden Jugend und ihrem Kampf für sie entstanden sind, an Politiker, Gewerkschafter und Jugendverbandsfunktionäre. Die Antworten (aber auch das Schweigen oder Herumdrehen) werden ein wichtiger Maßstab dafür sein, wem die Jugend glauben kann, wem sie mit ihrer kämpferischen Kraft unterstützen kann.

Den Test beginnen wir, indem wir die Bosse der mächtigen Unternehmerverbände mit einigen ihrer Äußerungen über das kapitalistische System zu Wort kommen lassen, und indem wir einige Fakten über die wirkliche Situation in der Bundesrepublik vermitteln. Zu Wort kommt jedoch auch der Arbeiter, der als junger Arbeiter täglich am eigenen Leib die kapitalistische Wirklichkeit spürt.

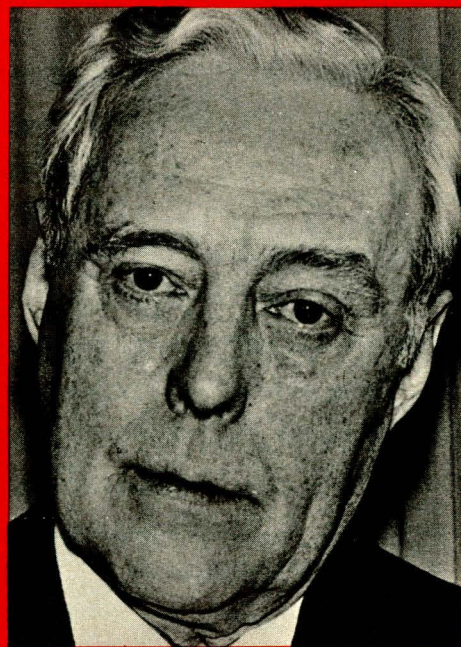
Unter der Parole „Unternehmer hört die Signale“ haben die Bosse angefangen, mit einem Aufwand von 15 Millionen DM einen Werbefeldzug für „ihre ideale Marktwirtschaft“ zu starten, um „Sand in die ideologischen Gräben der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zu werfen“ (BDI-Boß Sohl), um den stinkenden Kapitalismus zu parfümieren, ihn für die arbeitende Bevölkerung als die Sache mit Zukunft zu verkaufen. Streiks und Demonstrationen bei uns, die wachsende Kraft der sozialistischen Länder, ihre Wirtschaftsfestigkeit und wirtschaftliche Stabilität im Interesse der arbeitenden Menschen haben die Bosse nervös gemacht. Um ihre Macht zu erhalten, ist ihnen kein Trick, keine Lüge und keine Mark zu schade und jeder Politiker, der ihre Theorien in dieser oder jener Form nachbetet, ihr Mann.

S stinkt



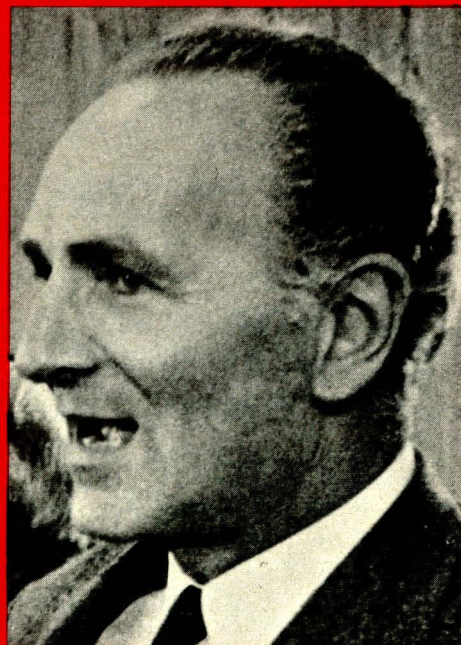
„Man liebt es, unsere marktwirtschaftliche Ordnung als voll von Widersprüchen zu bezeichnen. Dazu gehört auch die Gegenüberstellung von Kapital und Arbeit. Ich lehne als Unternehmer diese Antithese ab. Ich lasse mich nicht als anonymes Objekt unter dem Begriff Kapital einreichen... Freiheit heißt frei sein! Unteilbar ist die Freiheit für den Unternehmer, für die Wirtschaft, für unsere Gesellschaft, für sie, für mich, für uns alle.“

Dr. Friedrich A. Neumann, Vorsitzender der Landesvereinigung der Industriellen Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens



„Die Sehnsucht der Jugend nach neuen Idealen, vor allem ihre Frage nach dem Lebenswert unserer Existenz können durch den ständigen Hinweis auf den befriedigenden Wert wirtschaftlichen Erfolgs allein nicht befriedigt werden. Das Eigentliche ‚unserer Antwort‘ an die Jugend muß in der überzeugenden Darstellung der nichtmateriellen Werte unserer freiheitlichen Ordnung liegen... Durch die schöpferische Dynamik der freien Wirtschaft wird immer weit mehr für die Masse der Menschen geschaffen werden, als was ihr durch den Gewinn der schaffenden Unternehmer genommen werden könnte... Mit der Marktwirtschaft hat die Bundesrepublik den klassischen Kapitalismus hinter sich gelassen.“

Otto A. Friedrich, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Kapitalismus – entlarvt

„Die gerade beginnende Phase des Kapitalismus bedeutet die nahe Verwirklichung der wirklichen Befreiung des Menschen.“ Der Frankfurter Bankier Johann von Bethmann hat sicher allen Grund, sein kapitalistisches Freudenreich zu loben.

Doch wie sieht das Gesicht des Kapitalismus wirklich aus? Was kommt zum Vorschein, wenn der Schleier der „Sozialpartnerschafts-Idylle“ gelüftet ist?

Im Jahre 1969 wurden 3,5 Milliarden DM für monströse und gesellschaftlich überflüssige Werbung in der BRD hinausgeworfen. In der gleichen Zeit wurden zweieinhalb Millionen Tonnen Staub, zweieinhalb Millionen Tonnen Stickstoff, drei Millionen Tonnen Kohlenwasserstoff, fünf Millionen Tonnen Schwefeloxycide und sieben Millionen Tonnen Kohlenmonoxyde in die Luft geblasen, weil die Monopole aus wirksamem Umweltschutz keinen Profit schlagen können.

Im Jahre 1970 wurden 553 Millionen kg Obst und Gemüse mit Hilfe von Steuergeldern vernichtet. Täglich verhungern jedoch 80 000 Menschen.

Anfang 1972 waren in den sieben wichtigsten kapitalistischen Ländern 10 Millionen Menschen arbeitslos. Doch unter ihnen befand sich kein einziger Konzernherr oder Konzernmanager. Welch seltsame Praxis der „Sozialpartnerschaft“!

Zwar stieg der Reallohn in der BRD von 1950 bis 1970 auf 232 Prozent. Die Produktivität am Arbeitsplatz stieg jedoch auf 330 Prozent und der Profit der Unternehmer auf 678 Prozent. Der einzelne Arbeiter mag zwar – bei steigender Inflationsrate – einen Stundenlohn von 7,50 DM erhalten. Herr Flick dagegen streicht einen „Stundenlohn“ von 150 000 DM ein, pro Tag also 1,2 Millionen.

Der Preis des Kapitals ist hoch:

– 30 Tote am Arbeitsplatz in der BRD an jedem Arbeitstag

– 40 Prozent Frühinvaliden bei den Männern ab 40 Jahren

– ständiger Anstieg der Kriminalität, besonders der Eigentum- und Gewaltverbrechen

– Menschen über 40 Jahre werden als „altes Eisen“ abgestempelt

– Millionen Alte fühlen sich verlassen, vergessen und wertlos

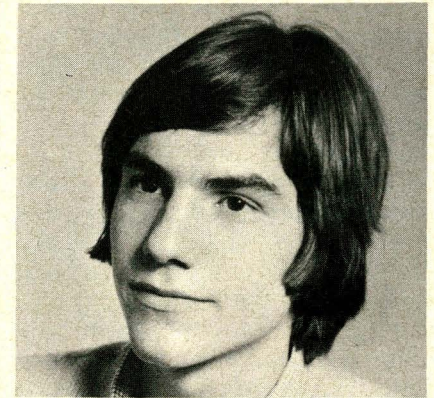
– nicht wenige junge Menschen suchen in einer Welt des Verfalls das Ersatzglück für Stunden in der Droge.

Was ist das für ein Leben? Was ist das für eine Gesellschaft?

550 000 Menschen leben in der Bundesrepublik zur Zeit in Obdachlosen-Asylen. Der Kaufhaus-König Helmut Horten dagegen kaufte sich für ein paar Millionen Mark in der Karibischen See eine Insel: „Mein Vermögen wird bei normaler Entwicklung immer mehr. Dagegen kann ich gar nichts tun.“

Hitler ist tot, seit 27 Jahren. Aber es gab 33 Kriege und imperialistische Überfälle nach Hitlers Tod. Korea, Vietnam und viele mehr. Gab es 33 neue Hitler? Oder können die Hitler auch „Dayan“ heißen? Oder „Khy“? Oder „Nixon“? Spielen die Namen überhaupt eine entscheidende Rolle? Die Geschichte zeigt: Kriege sind weder eine Naturkatastrophe noch das Werk einzelner Menschen. Überall, wo es zu Kriegen kam, waren handfeste kapitalistische Interessen im Spiel.

Die sozialistischen Länder Europas stellen heute – bei 10 Prozent Bevölkerungsanteil und 18 Prozent Flächenanteil der Welt – bereits 39 Prozent der Weltindustrieproduktion. Die industrielle Zuwachsrates der sozialistischen Gemeinschaft beträgt das 2,8fache der kapitalistischen Staaten. Die Bürger der sozialistischen Welt kennen weder Arbeitslosigkeit noch Währungs-krisen, weder Bauernlegen noch Bildungsnotstand, weder Angst vor dem Morgen noch Ausschluß von den Entscheidungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.



Hans Matthaei ist Vorsitzender der Jugendvertretung bei der Beiersdorf AG in Hamburg. Er weiß, wo seine Kollegen der kapitalistische Schuh drückt. Wir haben ihn gefragt nach seiner Meinung über die Welt, in der er lebt – und darüber, wie er sich die Zukunft vorstellt. Das ist seine Antwort:

Weg mit den Stinkböcken!

„Die Welt, in der wir leben – das ist die Welt des Kapitals. In dieser Gesellschaft haben die Unternehmer die alleinige Macht, und der Staat handelt nur im Interesse der Bosse.

Aber dieser Kapitalismus stinkt. Er stinkt aus allen Löchern. Da nutzt es gar nichts, mal hier oder da ein Schönheitspfälsterchen anzubringen. Da müssen die Stinkböcke weg! Denn dieses System gibt der Arbeiterjugend keine Perspektive. Wenn die Bosse hier und da schon einmal Veränderungen vornehmen, kommt so etwas dabei heraus wie der Krupp-Stufenplan: die meisten Lehrlinge werden zu Hilfsarbeitern gestempelt und nur wenige dürfen in den Genuß einer besseren Ausbildung kommen. Erst wenn die Macht der Monopolherren entscheidend zurückgedrängt und beseitigt wird, eröffnet sich der Jugend eine Perspektive. Den Kampf um die Grundrechte der Jugend müssen wir natürlich schon heute, zu jeder Stunde und Minute, führen. Wenn Springers „Welt“ behauptet, der Wettkampf der Systeme sei entschieden, so ist daran schon etwas Wahres. Man braucht nur die Augen aufzumachen, um zu sehen zu wessen Gunsten. Der Sozialismus hat längst unauffhaltsam seinen Siegeszug angetreten. Und die Erfindung immer neuer Namen für den Kapitalismus zeigt, daß die Stunde seiner Ablösung geschlagen hat. Die arbeitenden Menschen, die selbst über alle Produktionsmittel verfügen und sie zu ihrem eigenen Nutzen anwenden, müssen einer Handvoll Kapitalgewaltiger, die ohne jede Rücksicht nur ihrem Profit nachjagen, einfach überlegen sein!





**Erste Kundgebung des Arbeitskreises Festival
Örtliches Vorbereitungs-komitee in Essen gegründet
IG Metall-Jugend Hagen: Ja zum Festival!**

Dem X. Festival entgegen!

In 380 Tagen ist es soweit: dann beginnt in Berlin, der Hauptstadt der DDR, das größte internationale Jugendtreffen der Welt, das X. Festival der Jugend und Studenten. Auch in der BRD haben die Vorbereitungen dazu bereits begonnen: am 27. Mai fand in Essen die erste öffentliche Festival-Veranstaltung statt – im Anschluß an eine Solidaritätsdemonstration für Angela Davis.

Rund 400 Jugendliche hatten sich im Essener Saalbau versammelt: SDAJler und Falken, Mitglieder des SHB und des Spartakus, der Naturfreunde- und Gewerkschaftsjugend waren der Einladung des Arbeitskreises, dem neben mehreren Jugendorganisationen auch das Jugendmagazin elan angehört, koordiniert die Vorbereitung des Festivals in der BRD.

Die Veranstaltung wurde von der Gevelsberger Songgruppe eröffnet: „Venceremos – Wir werden siegen!“ Dieses chilenische Revolutionslied symbolisierte einen der wichtigsten Festivalgedanken: den der internationalen Solidarität zwischen der arbeitenden und lernenden Jugend aller Kontinente.

Werner Teriet, SDAJ-Landesvorsitzender von NRW, berichtete in einem Referat von den Schwierigkeiten, die den westdeutschen Teilnehmern am ersten Festival auf deutschem Boden (1952 in Berlin, DDR) gemacht wurden: Grenzsperrungen des Bundesgrenzschutzes, Gesinnungsschnüffelei am Arbeitsplatz und der Versuch, die Berlin-Fahrer polizeilich zu registrieren, sollten die Teilnahme von Jugendlichen aus der BRD verhindern.

Werner Teriet forderte die Veranstaltungs-

teilnehmer auf mitzuhelfen, den Festivalgedanken überall bekannt zu machen unter der Jugend der BRD. Dazu gehörten Solidaritätsaktionen mit den Völkern Indochinas und der Antikriegsbewegung in den USA, Aktionen gegen Militarismus und für die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau. Und: Zurückdrängung des verständigungshemmenden Antikommunismus und die Verbreitung von wahrheitsgetreuen Informationen über das Gastgeberland DDR.

Der Mainzer Studentenfarrer Horst Stuckmann erklärte: „Beim Festival kommt es auf die konkrete Solidarität an. Man muß solidarisch sein mit den unterdrückten Völkern, aber man muß auch solidarisch sein mit solchen Völkern, die den unterdrückten Völkern am meisten im Befreiungskampf helfen.“ Und er fuhr fort: „Das Festival in Berlin bietet die Möglichkeit, sich den konkreten Sozialismus anzu-

schauen. Mit dem dort Gesehenen kann den Märentanten des Kapitals entgegengetreten werden, die den realen Sozialismus verfälschen wollen.“

Eines ist jetzt schon sicher: mehr Jugendverbände als je zuvor werden sich an der Vorbereitung und Durchführung der Weltfestspiele beteiligen. Dirk Krüger, Mitglied des Bundesvorstandes des Verbandes Deutscher Studentenschaften, konnte den Veranstaltungsteilnehmern z.B. mitteilen, daß die 12. Bezirksjugendkonferenz der IG Metall Hagen/Westfalen eine Entschließung verabschiedet hatte, in der die Initiativen des Arbeitskreises Festival begrüßt und die offizielle Mitarbeit der Gewerkschaftsjugend gefordert wurden.

Ohne Gegenstimme und bei nur einer einzigen Enthaltung stimmten die Veranstaltungsteilnehmer einer Resolution zu, in der es heißt: Wir „rufen die Mitglieder der demokratischen Jugend- und Studentenverbände auf, das Festival auf allen Ebenen durch gemeinsame Aktionen im Geist der Festival-Idee Frieden, Freundschaft und Solidarität vorzubereiten.“ Im Mittelpunkt dieser Aktionen müsse der Kampf für eine europäische Sicherheitskonferenz für die Anerkennung der DDR und die Solidarität mit allen verfolgten Demokraten und Antifaschisten stehen.

Die Essener Veranstaltung war nur ein Auftakt. Ihr werden, in zahlreichen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik, örtliche Aktionen, Informationsstände und Versammlungen folgen. Auf ihnen werden die Ideen des Festivals verbreitet und das Festival-Land DDR bekannt gemacht werden. Reinhard Junge



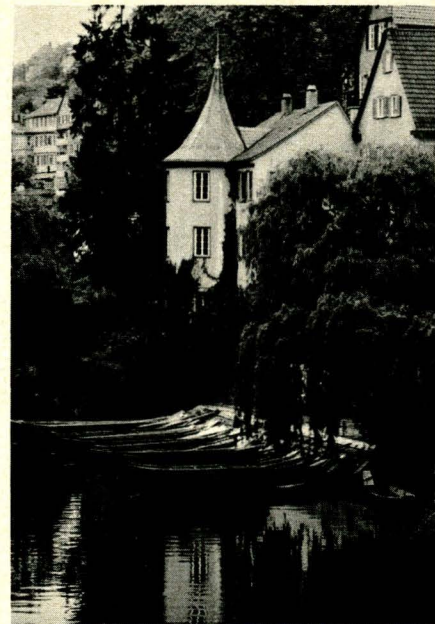
So funktioniert ein Jugendclub

Das Thema Freizeit ist sehr aktuell. Wie sollen die Jugendlichen ihre Freizeit verbringen? In vielen Städten haben Jugendliche die Frage nach ihrer Freizeit selbst in die Hand genommen: Sie kämpfen für die Errichtung von städtischen Jugendheimen und für Mitbestimmung in diesen Heimen.

Auch für die Jugendverbände gewinnt die attraktive Freizeitgestaltung immer größere Bedeutung. In dem Dokument „5 Grundrechte der Jugend“, das die SDAJ auf ihrem 3. Bundeskongreß verabschiedet hat, wird die Forderung auf Verwirklichung des Grundrechts der Jugend auf eine sinnvolle Freizeit erhoben. Aber wie sieht es mit diesem Recht aus? Ich war in Tübingen, um mich dort einmal danach umzusehen.

Ist Tübingen eine Stadt für die Jugend? Auf unserem Bummel durch die Altstadt drücken uns Jugendliche ein Flugblatt in die Hand: Dokumentation des Kampfes der Tübinger Jugend um ein städtisches Jugendhaus. Einstellung des Oberbürgermeisters Gmelin dazu: „Es ist wohl nicht Aufgabe der öffentlichen Hand, Jugendlichen ihr Tanzvergnügen zu finanzieren.“

Haaggasse 26: Mitten in der Altstadt von Tübingen ist das Haus des „Club Voltaire“ zu finden. Dieses Haus steht den Tübinger Jugendlichen offen.



Als wir das Häuschen (Haus wäre übertrieben) betreten, ist es gerade etwas verwirrt. Viele Mitglieder sind unterwegs, um die Dokumentation zu verteilen. Eckard, Gretel und Bernd sind bereit, uns Auskunft über die Arbeit des Clubs zu geben. Zuerst eine Ortsbesichtigung.

Dem Eingang gegenüber liegt die Toilette, wohl die berühmteste Tübingens. Denn um sie wurde, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Hauses, ein heißer Kampf geführt, der auch durch die Tübinger Preispresse ging. Schließlich überließ die Stadt großzügig 750,- DM. Die Einweihung (nicht nur der Toilette) wurde dann ein großes Fest. Drei Räume befinden sich im Erdgeschoss. Über eine wackelige Stiege geht es ins Obergeschoss, wo zwei Büroräume liegen. Nach dieser Besichtigungsrunde setzen wir uns zusammen. Wir kommen schnell wieder auf den Umbau zu sprechen. Daran denken wir gern zurück. Eckard erzählt: „Die Hauptarbeit haben wir in der Urlaubszeit, im August, gemacht. In einem Flugblatt forderten wir alle Daheimgebliebenen auf, ihren Urlaub im Club zu verbringen. Geboten wurde ein täglicher Arbeitseinsatz: Club, abends Ausflüge, Sportwettkämpfe, Feten und vieles mehr. Es ging zwar nicht ohne Schwielen und sonstige Schwierigkeiten ab. Aber Spaß hat es allen gemacht.“

„Das Haus wurde dann mit Zwetschknödeln eingeweiht“, erinnert sich Gretel. „Morgens gaben wir einen Empfang für die Stadt. Auch die Handwerksmeister haben wir eingeladen. Abends stieg dann ein zünftige Fete. Unsere 500 Knödel waren im Nu alle.“

Aber mit der Einweihung fängt die eigentliche Clubarbeit erst richtig an. Eine Voraussetzung für jede weitere Arbeit ist die Finanzierung. „Ja, das ist schon ein Problem“, meint Bernd. „350,- DM Miete zahlen wir im Monat. Dazu noch Elektrizität, Wasser, Öl, Telefon. Da kommt einiges zusammen. Etwa 100,- DM bekommen wir durch Förderdaueraufträge herein. Die restlichen Kosten teilen sich die SDAJ und



**Ganz links: Das „Zwingel“—
Treffpunkt der Tübinger
Jugend**

**Links: Das heißumkämpfte
Schwabenhaus**

er MSB Spartakus. Der MSB Spartakus
kommt viel Geld durch Literaturverkauf
der Mensa herein. Die SDAJ hat es da
was schwieriger. Die Mitglieder zahlen
- DM zusätzlich zu ihrem Mitgliedsbei-
g.

Einweihung mit Wetschgenknödeln

tagen zwar noch andere Gruppen im
Club, z.B. die ÖTV-Jugendgruppe, das
Zentrum für Jugendarbeit, die Lehrlingszei-
gung wird hier gemacht, der ‚Werkkreis
Literatur der Arbeitswelt‘ kommt hier
zusammen. Überhaupt steht der Club allen
demokratischen Jugendorganisationen
offen. Aber die Schwierigkeit ist, daß die
Jugendlichen alle kein Geld haben. So
kommen diese Gruppen kaum zur Finanzie-
rung bei.

manchen Veranstaltungen nehmen wir
Einkauf. Über den Getränkeverkauf kommt
etwas herein. Aber ein Problem bleibt
die Finanzierung doch.“

„Und wie sieht euer Programm aus?“
„Wir machen in dicken Ordnern. Programme und
Flyer tauchen auf. „Einmal im
Jahr machen wir eine Fete mit Tanz und
Musik und so. Unter anderem haben wir
schon zwei elan-Feten gemacht, die ein
großer Erfolg waren. Dann führen wir auch
Kampfkurse durch. Die stellen wir unter
dem bestimmten Motto, z.B. haben wir im
letzten Jahr vom 1. – 8. Mai eine Film-
woche zum Thema ‚Gewerkschaftliche und
antifaschistische Filme‘ gemacht. Wir
haben Filme von der Landesfilmstelle, von
Lidoc, vom DGB und aus der DDR.
Einmal haben wir einen Abend mit Komi-
kernfilmen durchgeführt. Das war ein voller
Erfolg. Dann führen wir auch politische
Kampfkurse durch, jetzt zum Thema
DDR. Das stößt hier in Tübingen auf
großes Interesse. Als wir einen Singeclub
aus der DDR hier hatten, war das Haus
voll. Die Zeitungen berichteten ausführlich
darauf.“

Wir haben verschiedene Arbeitskreise, in
denen alles beraten wird. Alle Anregungen
werden dankbar aufgegriffen. Wir treffen
uns mit ausländischen Arbeitern. Hier
leben viele Türken. Nachmittags wird Fuß-
ball gespielt, abends ist gemütliches Bei-
sammensein.“

„Da gibt es noch viele Möglichkeiten“,
nimmt Gretel das Wort. „Der Eckard und
ich, wir haben hier Hochzeit gefeiert. Drei
Tage lang. Im Schnitt waren immer 80 Per-
sonen da. Es ging hoch her.“

„Es besteht ein großes Interesse an dem
Club. Oft kommen Jugendliche nach
Arbeitschluß vorbei. Es müßte an und für
sich ständig etwas los sein. Aber das schaf-
fen wir noch nicht.“

Dieses Haus steht allen Jugendlichen offen

Ich möchte wissen, was für Jugendliche
hierherkommen. „Die kommen, sind so
etwa 18 Jahre alt. Wir bemühen uns,
möglichst Arbeiterjugendliche anzuspre-
chen. Für die wird in Tübingen am wenig-
sten getan. Städtische Jugendheime gibt es
nicht, nur kirchliche und andere private
Clubs. Die Diskotheken sind teuer, in
manche kommt man nur mit Studentenaus-
weis hinein.“

Zu den Fetten kommen immer viele Arbei-
terjugendliche, besonders solche, die wir
vorher angesprochen haben, z.B. über die
Lehrlingszeitung. Diejenigen, die sich
schon mehr für Politik interessieren,
kommen auch zu den politischen Themen.
Die kommen auch regelmäßiger.“

Über das Echo unserer Arbeit können wir
noch folgendes berichten: der neue Stadt-
jugendreferent hat auf seiner Runde durch
die Jugendeinrichtungen Tübingens auch
uns einen Besuch abgestattet. Aber wir
waren natürlich auch bei ihm, haben ihm
unsere Programme und die ‚5 Grundrechte
der Jugend‘ gebracht.“

Überhaupt sind alle der Meinung, daß
Clubarbeit nicht bedeutet, nur im eigenen

Club etwas zu machen. Wichtig ist es, was
jeder SDAJler außerhalb macht.

Und noch etwas anderes: So wichtig die
Clubarbeit auch ist, ein Ersatz für städti-
sche Jugendheime ist sie nicht. Die Städte
dürfen nicht aus ihrer Verantwortung für

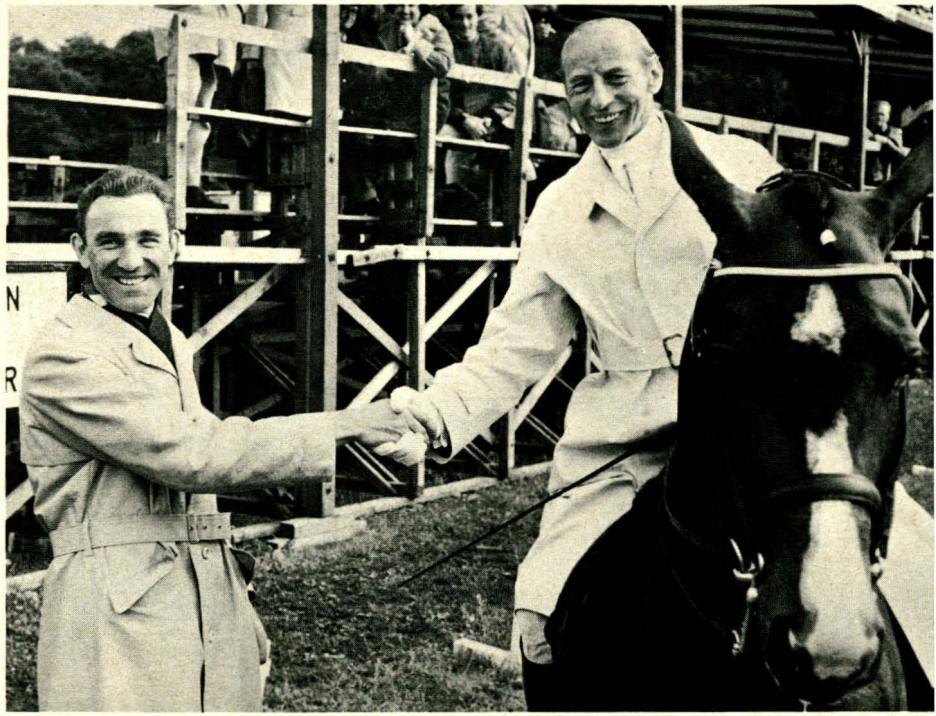
„Wir woll'n das Schwa- benhaus und gehen dort nicht raus!“

die Jugend entlassen werden. Nur so wer-
den ausreichend Möglichkeiten geschaffen,
damit die Jugendlichen in ihrer Freizeit
ihren Interessen nachgehen können, ohne
in Diskotheken und anderswo ausgenom-
men zu werden. Bei Jugendheimen geht es
auch nicht nur um „öffentlich finanzierte
Tanzvergnügen“. Der Aktionskreis der
Jugendlichen, die für ein Jugendzentrum
im Schwabenhaus eintreten, hat da kon-
krete Vorschläge entwickelt: z.B. eine
Werkstatt, in der man billig sein Mofa
reparieren kann, Bastelclubs, Diskussions-
runden und vieles andere mehr.

Aber die „Stadtväter“ würden lieber ein
Einkaufszentrum aus dem Schwabenhaus
machen. Das bringt Geld, während ein
Jugendheim nur solches kostet. Seit einem
Jahr schon geht der Kampf. Demonstrationen
und Rathausbesetzungen wurden veran-
staltet. Versprechungen gegeben und
gebrochen.

Oder die Sache mit der „Zwingel“, der
Neckarmauer. Der Stadtrat wollte den
Jugendlichen diesen beliebten Treffpunkt
verbieten. Gegen all diese jugendfeindli-
chen Maßnahmen setzt sich Tübingens
Jugend entschlossen zur Wehr. Hier ist das
Grundrecht der Jugend, „Das Grundrecht
auf sinnvolle Freizeit, auf Erholung, Sport
und Gesundheit“, Aktion geworden.

Ruth Sauerwein



Mehr

BRD - Medaillen als in

Wer wettet gern? Elan-Mitarbeiter Klaus Waller bietet eine Wette an: Die Bundesrepublik, so behauptet er, wird bei den Olympischen Sommerspielen in München mehr Medaillen holen als vor vier Jahren in Mexiko. (Damals waren es: neunmal Gold und jeweils zehnmals Silber und Bronze.) Wie er zu seiner Meinung kommt, lest Ihr auf diesen Seiten.

Mexiko



„Wir sind noch einmal gerade so davongekommen!“ Mit dieser Aussage kommentierten die Verantwortlichen im Sport der Bundesrepublik vor vier Jahren das Abschneiden unserer Olympiamannschaft bei den Sommerspielen in Mexiko City. Josef Neckermann, Versandhauschef und Olympiadressreiter, fand das Ergebnis gar „katastrophal“. Und er zog – als auch nach außen hin offenkundiger Interessenvertreter der herrschenden Klasse in unserem Staat – die Konsequenz: Mit dem zielstrebigem Ausbau der sogenannten „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ begann eine in der Geschichte des Weltsports beispiellose Aufrüstung des Hochleistungssports. Begonnen hatte die Hysterie allerdings schon vorher: An jenem denkwürdigen 26. April 1966, als das Internationale Olympische Komitee (IOC) mit einer Stimme Mehrheit gegenüber Montreal der Stadt München die Olympischen Sommerspiele für das Jahr 1972 zusprach. Die Bewerbung Münchens war damals von dem heutigen Präsidenten des Münchner Organisationskomitees, Willi Daume, damit begründet worden, man müsse ein „Gegengewicht“ zu

der Anerkennung des Nationalen Olympischen Komitees der DDR durch das IOC setzen.

In der Folgezeit wurde die sportliche Aufrüstung der Bundesrepublik an drei Fronten systematisch betrieben:

- Mit Kosten von über zwei Milliarden Mark wurden in München und Kiel die gigantischsten und perfektesten Sportanlagen in der Geschichte der Olympischen Spiele erbaut.

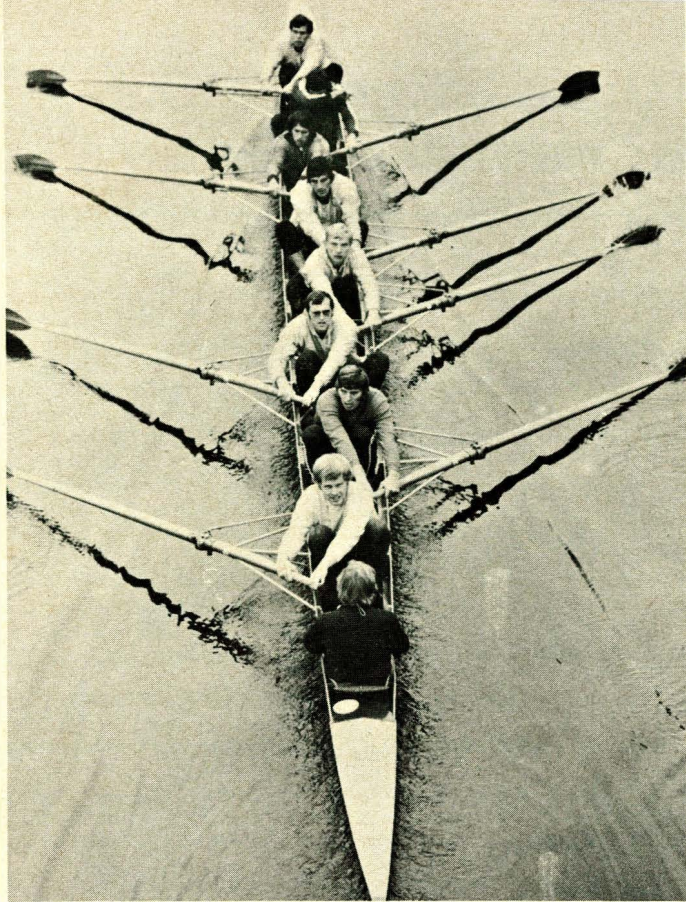
- Mit (bisher) 35 Millionen Mark wurde eine Creme von Spitzensportlern optimierter Vorbereitungsbedingungen auf das Terrain von München geschaffen.

- In kontinuierlicher Propaganda-Arbeit durch maßgebende Politiker, Sportfunktionäre und ihre ergebenen bürgerlichen Journalisten in den Zeitungsredaktionen wurden diese Maßnahmen dazu benutzt, eine systemstabilisierende Atmosphäre zu schaffen, nach dem Motto: „Die Welt will in München das moderne Deutschland kennenlernen“ (Bundeskanzler Brandt).

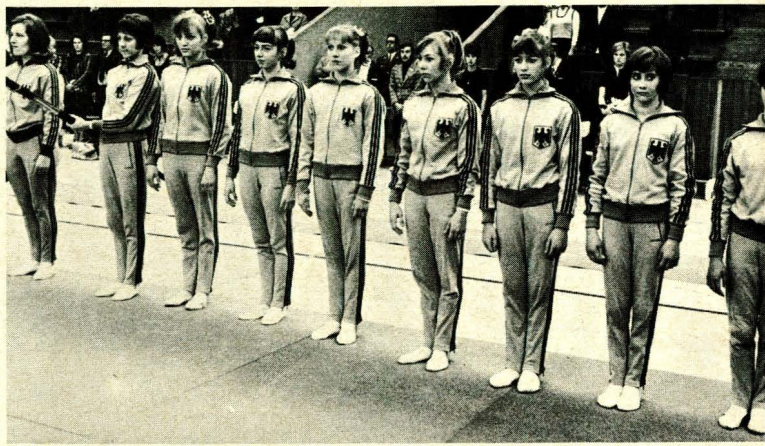
Elan will heute vor allem den zweiten Aspekt dieser drei Stoßrichtungen in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele beleuchten. Welchen Stellenwert besitzt die Entwicklung des Hochleistungssports in unserem Land?

Das Internationale Olympische Komitee, gegründet vor fast 80 Jahren, besitzt feste Regeln für die Olympischen Spiele. Die bekannteste - und umstrittenste - ist die Regel 26, der sogenannte „Amateurparagraph“. Er wurde im Laufe der Jahre mehrfach verändert und zuletzt vor wenigen Monaten in eine zumindest zeitgemäße Fassung als zuvor gebracht.

Nicht mehr der lupenreine „Freizeitanthener“, der Sport neben der vollen Au-



Medaillenverdächtig: Sporthilfe- und Versandhausboß Neckermann Karl Adams Ruder-Achter und die Frankfurter „Turnküken“.



übung seines Berufs gleichermaßen als Hobby betreibt, ist das alleinseligmachende Idealbild der Olympier. Vielmehr wird dem Hochleistungssportler von heute auch eine angemessene Unterstützung zugestanden – unter zwei Hauptbedingungen: Diese Unterstützung darf nicht dahingehend ausarten, daß der Aktive nur noch von seinem Sport lebt, ihn also zu seinem Beruf macht. Und die Unterstützung darf keinen kommerziellen Zielen (etwa Werbung) dienen, sondern gilt sozusagen als Anerkennung der Gesellschaft für die Hochleistungssportler, die durch ihr Vorbild dazu beitragen, auch den Breitensport zu fördern.

Kein Wunder, daß sich das IOC zur Zeit im Rahmen seiner Überprüfung der Einhaltung dieser Regeln (siehe Fall Schranz) auch mit der „Deutschen Sporthilfe“ befaßt. Wobei man direkt dabeisagen muß, daß bei dieser Untersuchung wenig herauskommen wird – noch ist der bundesdeutsche Einfluß in diesem konservativ strukturierten Gremium zu groß.

Die „Stiftung Deutsche Sporthilfe“ ist – trotz Briefmarken- und Schallplattenverkauf, mit dem „jeder sein Scherflein“ für die Vorbereitung der westdeutschen Spitzensportler beitragen konnte – ein rein kommerzielles Unternehmen. In dieser Stiftung hat sich die Prominenz des bundesdeutschen Großkapitals zusammengefunden, um mit gewonnenen Medaillen in München die angebliche Überlegenheit des kapitalistischen Systems zu dokumentieren. (Daß die Firmen nebenbei mit ihrer „Sportfreundlichkeit“ auch Werbung betreiben, sei noch am Rande vermerkt.) Die Zielsetzung der „Sporthilfe“ entlarvte Josef Neckermann in seinem schon legendären Satz, als er die westdeutschen

Leichtathleten zur Europameisterschaft 1971 in Helsinki mit den Worten verabschiedete: „Denken Sie daran, daß Sie in Helsinki auch die deutsche Industrie vertreten!“

Und so erhalten die herausragenden Talente des BRD-Sports oft über 2 000 DM monatlich, um sich optimal auf den „Stichtag“ München vorzubereiten. In allen Sportarten wurden harte Leistungsnormen aufgestellt. Wer sie nicht erfüllt, wird rücksichtslos von weiterer Förderung ausgeschlossen – was für manche Athleten katastrophale Folgen haben kann, weil sie für das Ziel München ihren regulären Beruf wenn nicht ganz aufgegeben, so doch stark vernachlässigt haben.

Das mag noch angehen, wenn erwachsene Sportler dies, aus welchen Gründen auch immer (materieller Gewinn, Prestigesucht), mitmachen – es wird aber zum Skandal, wenn in diesen Strudel Kinder mit hineingezogen werden.

Das extremste und entlarvenste Beispiel bundesdeutscher „Sportförderung“ bietet das sogenannte „Turninternat“ in Frankfurt, wo die Elite der westdeutschen Turnerinnen, im Alter von 13 bis 19 Jahren, für Olympia gedrillt wird.

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ) berichtet hierüber: „Am Rande von Frankfurt ... versteckt sich ein modernes ‚Getto‘, dessen Insassen von allen weltlichen Einflüssen ferngehalten und für jenen Zeitpunkt herangezichtet werden, an dem sie optimal zu ‚funktionieren‘ haben.“ Und die Autorin, Edeltraut Remmel, fährt fort: „Zehn Mädchen im Alter von 13 bis 19 Jahren leben hier ... Ihr Tagespensum sieht so aus: 6 Uhr Aufstehen, etwa eine Stunde Anfahrt zur Schule, fünf bis sechs

Stunden Unterricht, Rückfahrt ins Leistungszentrum, Mittagessen und Hausaufgaben bis 16.30 Uhr, anschließend vier Stunden Training. Zapfenstreich ist für die Mädchen bis 16 Jahre um 21.30 Uhr, für die Älteren eine Stunde später.

Das bedeutet, daß die Mädchen mindestens zwölf Stunden am Tag voll eingespannt sind. Ein Arbeitgeber, der Jugendliche zwölf Stunden am Tag beschäftigen würde, müßte mit einer hohen Geldstrafe rechnen. Im Fall der Frankfurter Turnerinnen bestraft der Staat nicht, sondern unterstützt das Projekt ...“

In der Tat: Die „Turnküken“ von Frankfurt, wie sie in der bürgerlichen Presse liebevoll genannt werden, sind keine Ausnahme, sondern die Regel. Mit solchen Methoden wie in Frankfurt, mit finanzieller Unterstützung und massiven Pressionen, gelang es den verantwortlichen Funktionären im Deutschen Sportbund, aus einer verhältnismäßig dünnen Leistungsspitze, Optimaleres herauszuholen.

So bedarf es keiner großen prophetischen Gabe, um heute zweierlei vorauszusagen: Bei den Olympischen Sommerspielen 1972 werden die bundesdeutschen Athleten mehr Medaillen holen als 1968 in Mexiko City. Die kleinen Vereine aber – und damit die breite Masse der Sporttreibenden – werden weiterhin darunter zu leiden haben, werden weiter mit überfüllten und veralteten Sportanlagen leben müssen. Denn mit einer Förderung auf dieser Ebene ist kurzfristig kein internationales Prestige zu erreichen. Allein darum geht es schließlich denjenigen, die Olympia nach München holten und die für die Entwicklung des Sports in unserem Land verantwortlich sind.



**Arbeiter
jugend
in aktion**

Bilanz: positiv

DGB-Jugend legt neue Aufgaben fest

Die Gewerkschaftsjugend hat Bilanz gezogen über das „Jahr der arbeitenden Jugend“. Und diese Bilanz ist positiv ausgefallen:

- Ende 1971 zählte die Gewerkschaftsjugend 979 329 Mitglieder unter 25 Jahren – 16 459 mehr als ein Jahr zuvor.
- Auf breiter Ebene wurden die „Jugendpolitischen Forderungen der Gewerkschaftsjugend“ diskutiert, die Ende Juni dem DGB-Kongreß zur Verabschiedung vorliegen.

- Die Gewerkschaftsjugend ist aktiviert worden. Die gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, daß eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiterjugend nur möglich ist bei enger Beziehung zur betrieblichen Arbeit und nur in solidarischer Zusammenarbeit mit den älteren Kollegen und der Gesamtorganisation.

Eine Bilanz ist Anlaß für das Festlegen der weiteren Arbeit. So hat die DGB-Jugend gleichzeitig die Schwerpunkte ihrer Arbeit 1972/73 genannt:

- die gewerkschaftliche Arbeit in Betrieb und Verwaltung;
- die politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit;

- die stärkere Zusammenarbeit mit gewerkschaftlichen Schülern und Studentengemeinschaften;
- Stärkung der Organisation durch Werbung neuer Mitglieder und die kritische solidarische Mitarbeit der Jugend in der Gesamtorganisation.

**Du hast
Recht!
Nutz es!**



Rechte zu haben reicht nicht aus. Du mußt sie nutzen.
Organisiere wirkungsvolle Betriebsjugendversammlungen.
Verstärke die Vertrauensleutearbeit in Betrieb und Verwaltung.
Arbeite stärker in Deiner Gewerkschaft mit.
Gemeinsam mit anderen schafft Du's. Darum:
Solidarität aller Lohnabhängigen!
DGB-Gewerkschaftsjugend

Mit diesem neuen Plakat will die Gewerkschaftsjugend ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Gleichberechtigung – nur auf dem Papier

Fakten zum Jahr der arbeitenden Frau

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat das Jahr 1972 zum Jahr der arbeitenden Frau erklärt. Und das mit gutem Grund: Noch immer sind Frauen und Mädchen in besonderer Weise der Ausbeutung unterworfen. Zahlen – in den letzten Wochen bekannt geworden – belegen das:

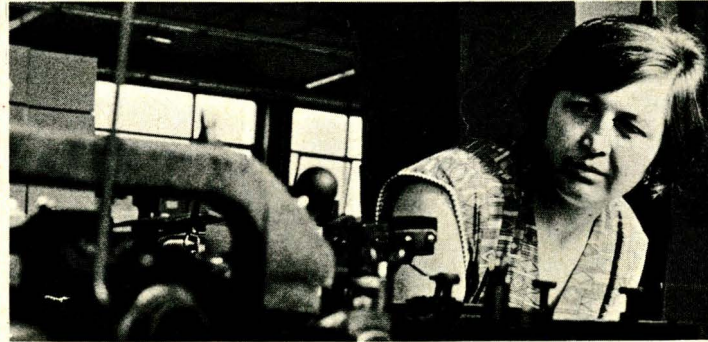
- Nur sechs Prozent aller Arbeiterinnen üben in der Bundesrepublik eine Facharbeiter-tätigkeit aus. Die übrigen 94 Prozent sind in ungelernter bzw. angelernter Tätigkeit beschäftigt. Bei den Männern sind immerhin die Hälfte aller Arbeiter als Facharbeiter tätig.

- Die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in der Bundesrepublik im Alter zwischen 15 und 65 Jahren verfügt über keinerlei Berufsausbildung. Ein knappes Drittel hat eine Lehr- bzw.

Anlernausbildung durchlaufen und nur der Rest von etwa 21 Prozent hat eine berufsbildende Schule (von der Handelsschule bis zur Universität) besucht.

- Frauen werden im Normalfall um 21 Prozent schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen in gleicher Stellung. Die Tatsache und die schlechte Ausbildung führen dazu, daß z.B. in der Metallverarbeitung die Frauen durchschnittlich 212 DM in der Woche, ihre männlichen Kollegen aber 512 DM verdienen.

Diese Zahlen beweisen, wie wichtig die Forderungen sind. Schluß mit der Diskriminierung junger Frauen und Mädchen! Besondere Förderung der jungen Mädchen in Bildung und Berufsausbildung! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!



In Kürze

Junge Arbeitslose

Allein in Duisburg sind 264 Jugendliche unter 18 Jahren (178 Jungen und 86 Mädchen) seit Monaten arbeitslos, weil sie keine Berufsausbildung haben.

Bürogehilfinnen

Die Gewerkschaft ÖTV führte Ende Mai in Hagen eine zentrale Veranstaltung für Bürogehilfinnen durch. Die Teilnehmer wandten sich gegen Bestrebungen, für den öffentlichen Dienst einen zweijährigen anerkannten

„Ausbildungsberuf“ Bürogehilfin zu schaffen. Die ÖTV ist der Meinung, daß so durch eine Schmalspur-Ausbildung billige Arbeitskräfte herangezogen werden sollen. Die Bürogehilfinnen sind sich einig: „Auch Mädchen haben ein Recht auf eine qualifizierte dreijährige Ausbildung.“

Betriebsräte wahlen '72

Zu einem vollen Erfolg für die DGB-Gewerkschaften wurde die diesjährigen Betriebsräte wahlen. So stellt die IAG Chemie in ihrem Bereich 88,7 Prozent aller Betriebsräte. Bei den Arbeitern beträgt der

teil sogar 94,7 Prozent. Die IG Metall stellt 91,2 Prozent der Betriebsräte, die IG Bergbau sogar 92,2 Prozent aller Betriebsräte. Die Arbeiter bekamen also bei den Betriebsrätewahlen kein Bein auf die Erde.

Bergbau stellt 476 Jugendvertreter

Die Betriebsjugendvertreter im Bergbau sind gewählt. Das Wahlergebnis ist ein großer Erfolg für die IG Bergbau und die Berggie. Von 10 671 wahlberechtigten Jugendlichen gingen 95 an die Wahlurnen. Das deutet eine Wahlbeteiligung von 84,3 Prozent. Insgesamt wurden 486 Jugendvertreter in den Betrieben und Verwaltung des Bergbaus gewählt. 476 gehören der IGBE an. Das sind 99 Prozent aller Jugendvertreter. Dieses Wahlergebnis zeigt, daß die Jugend im Bergbau erkannt hat, wie notwendig es ist, daß eine starke und einige werkschaftliche Interessen der Gewerkschaft vertritt.

100 Mark mehr für jeden Lehrling!"

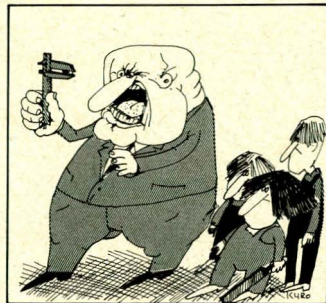
Bremer Lehrlinge streiken für besseren Tarifvertrag

100 Mark für jeden Lehrling! In den nächsten Monaten Laufzeit des Tarifvertrags!" Unter diesen Bedingungen streikten am 26. Mai 1 500 Lehrlinge in fünf Bremer Metallbetrieben. Die Lehrlinge von Siemens, den gereinigten Flugtechnischen Werken - Fokker, der Vulkanwerkstatt, der AG Weser und von der Elektronik demonstrieren durch ihre Betriebe, um die Gewerkschaft bei den Tarifverhandlungen den Rücken zu stärken.

Die Unternehmer hatten die Tarifverhandlungen für die Lehrlinge der Metallverarbeitung schon mit einer Provokation eingeleitet: Sie unterbreiteten zu den ersten Verhandlungen am 8. Mai einfach kein Angebot. Die IG Metall forderte 100 DM und eine Laufzeit von höchstens zum 31.12.72, mit die nächsten Tarifkämpfe gemeinsam für Lehrlinge, Arbeiter und Angestellte geführt werden können. Bereits am 8. Mai haben über 400 Berufsschüler

Juso-Lehrlings-Fibel

„Ihr blöden Heinis, Langhaar-Affen, Lehrlinge...“ – so lautet der Titel einer neuen Lehrlings-Broschüre der Jungsozialisten Nordrhein-Westfalens. Die Fibel schildert konkrete Fälle aus der Praxis der Lehrlingsausbeutung und ist angereichert mit Karikaturen des in Lehrlingskreisen weit bekannten „Kuro“. Die Fibel ist zu beziehen bei den Jungsozialisten, 53 Bonn, Ollenhauerstr. 1



an. Am 7. Juni werden die Verhandlungen endgültig abgeschlossen.

Die Bremer Lehrlinge, die zum ersten Mal von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht haben, sind der Meinung, es wäre mehr drin gewesen, wenn die Ge-

werkschaft sich voll auf die Kampfbereitschaft der Lehrlinge gestützt hätte. Schon heute bereiten sie sich deshalb auf die nächste Tarifrunde vor, bei der dann jung und alt gemeinsam gegen die Konzernbosse antreten werden.

Aus Betriebs- und Lehrlingszeitungen

Weiche Knie – nie!



Viele sagen: „Jugendvertreter bringen ja doch nichts zustande.“ Das ist falsch. In sehr vielen Betrieben bringen Jugendvertreter sehr viel zustande. Ausbildungsbeihilfen nach Tarif, Urlaub nach Tarif, Verhinderung von für die Ausbildung unnötigen Hilfs- und Nebenarbeiten, anständige Behandlung auch als Lehrling usw. Dazu sind allerdings einige Voraussetzungen notwendig. Nur wenn jeder einzelne Kollege im Betrieb hinter dem Jugendvertreter steht und bei Fehlern, die auch ein Jugendvertreter machen kann, nicht über ihn herfällt, nur dann kann die Sache richtig laufen. Wir müssen zusammenhalten, komme, was wolle. Und wenn ein richtig prima Verhältnis zwischen allen Kollegen und der Jugendvertretung besteht, was soll dann schief gehen?

Dazu muß man auch wissen: Jugendvertreter zu sein, ist nicht leicht. Vielerorts blüzt er ab oder eckt an. Viele Steine werden ihm in den Weg gelegt und Ärger bekommt er genug. Dann kann es ihm schon mal weich in den Knien werden. Dann macht er auch mal Fehler, dann weiß er nicht mehr weiter.

Darum: spricht mit Euren Jugendvertretern! Helft ihnen! Informiert Euch, was los ist und macht Lösungsvorschläge. Wenn Euch was nicht paßt, so tragt es den Jugendvertretern vor und versucht gemeinsam, es zu verändern. Ihr werdet sehen: so geht's. (Aus: „Hallo Kollegen“, Zeitung der SDAJ für Auszubildende und junge Beschäftigte der

Firma Holstein und Kappert, Dortmund, Nr. 4/72)

Weg mit Beurteilungsbögen!

FÜR DAIMLER-BENZ-LEHRLINGE



Ein Skandal sind die Unterlagen für das „Beurteilen und Bewerten der gewerblichen Lehrlinge“ bei Daimler-Benz. Die Lehrmeister und Ausbilder müssen für die Bosse Fragen beantworten wie:

Ist er (der Lehrling) schwunglos, lahm, unruhig, sprunghaft? Oder: Ist er verschlossen, kontaktilos, verkrampft, unterwürfig?

Oder gar: Ist er normal entwickelt, verständlich oder unentwickelt? Ist er verträumt, gedankenarm, beschränkt, verschlafen? Hat er eine lange Leitung?

Wollen uns diese feinen Herren in ihrer arroganten Art für dumm verkaufen? Es mag vielleicht sein, daß wir jungen Arbeiter nicht so wohlgebildet daherreden können wie die Söhne der Herren Direktoren und Aktionäre. Bei dem beschissenen Bildungssystem in der BRD ist das auch kein Wunder. Aber wir – die Millionen Arbeiter und Angestellten sind es, die alle Werte schaffen. Lassen wir uns die Methoden der Unternehmer nicht länger gefallen! Arbeiten wir aktiv mit in den Gewerkschaften! Kämpfen wir gemeinsam für die Grundrechte der Jugend, wie sie vom 3. Bundeskongreß der SDAJ beschlossen wurden!

(Aus: „Links-Abbieger“, SDAJ-Lehrlingszeitung für Daimler-Benz, Mannheim, Nr. 2/72)



Wirbel Wolfgang Bartels in Wolfstein

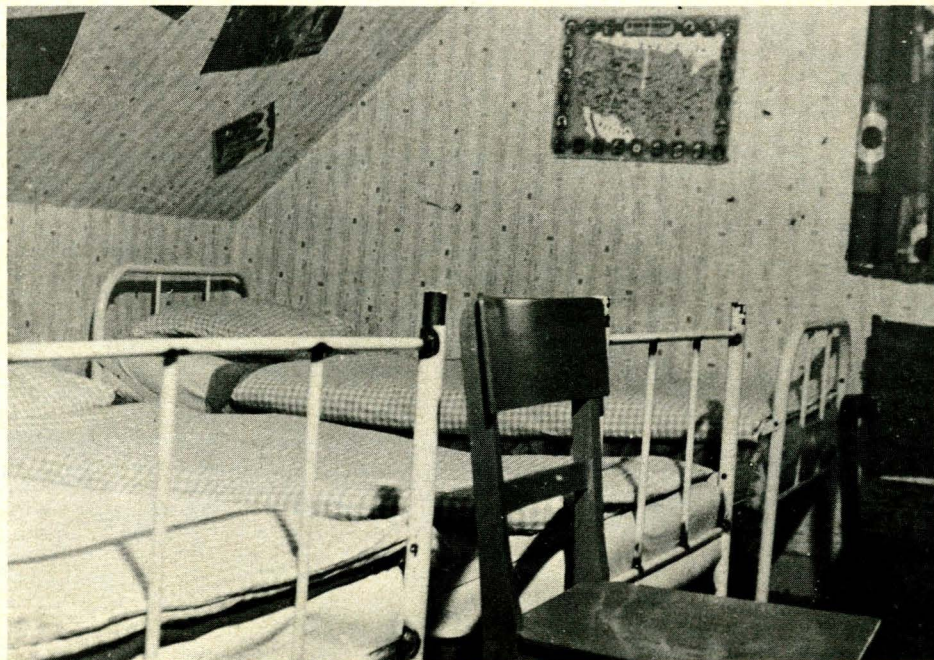
BASF-Lehrlinge wollen nicht länger in Bruchbuden wohnen

Über schlechte Berufsausbildung, Lehrlingsausbeutung und über das fehlende Mitbestimmungsrecht der Jugend im Betrieb hat elan oft berichtet.

Doch wie sieht es nach Feierabend aus? Was ist los in den Lehrlingsheimen? Sind dort die Lehrlinge dem Griff der Konzerne entzogen? Oder geht es im alten Dreh weiter?

elan sah sich um. Wolfgang Bartels war in Wolfstein in der Pfalz. Dort lernen und wohnen Lehrlinge der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik (BASF). elan sprach mit Lehrlingen, Gewerkschaftern, Jugendvertretern, Ausbildern, dem Bürgermeister und einem BASF-Direktor.

Bei dieser einen Reportage soll es nicht bleiben. Was ist los in Eurem Lehrlingsheim? Wir werden weitere Berichte zu diesem Thema bringen.



Die Uhr vom nahen Kirchturm schlug gerade zwölf. Aus dem Gebäude der Lehrwerkstatt der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz stürmten die Lehrlinge zur Mittagspause. Als sie mich mit meinem Fotoapparat und dem Tondband sahen, war ich sofort von ihnen umringt.

Ihr Fall ging nun schon seit einigen Wochen durch die Presse, und sie wußten daher sofort, was ich wissen wollte. Die Lehrlinge trugen alle blaue Arbeitsjacken mit dem BASF-Abzeichen: Die Lehrwerkstatt ist zwar der IHK unterstellt, doch die Lehrlinge kommen ausschließlich von der BASF, die hier fürs erste Lehrjahr ausbilden läßt.

240 DM für ein Zimmer

Und die Lehrlinge berichteten: „Wir kommen alle aus der weiteren Umgebung. Während der Woche sind wir hier in Privathäusern untergebracht. Ich wohne zum Beispiel im Haus Schmidt. Wir sind jetzt mit drei Mann auf dem Zimmer. Früher waren wir vier. Jetzt hat sich das Jugend-

amt eingeschaltet. An der Decke sind Risse, der Putz fällt von den Wänden, für 18 Mann gibt es nur zwei Toiletten und zwei Waschbecken mit Kaltwasser. Als Miete müssen wir pro Übernachtung 3,50 DM bezahlen, also ungefähr 80 Mark im Monat. Für ein etwa zwölf Quadratmeter großes Zimmer sind das bei drei Mann schon 240 DM im Monat.“

Andere Lehrlinge rufen dazwischen: „Dafür haben wir dann alte Armeespindel und zusammengeschweißte Betten.“ – „Wenn wir mal baden wollen, müssen wir zwei Mark extra zahlen.“ – „Im Zimmer fühlt man sich überhaupt nicht wohl. Aber was sollen wir denn machen. Die sagen immer, wenn's euch nicht paßt, könnt Ihr ja gehen.“

Und das sind die Ausgaben, die die Lehrlinge insgesamt für ihre Unterkunft bezahlen müssen:

- pro Übernachtung 3,50 DM;
- für eine Tasse Milch oder Kaffee zum Frühstück täglich 50 Pfennig zu zahlen ist Pflicht;

- im Winter monatlich 13,50 DM für Heizung;
- täglich 1 DM fürs Mittagessen;
- für ein Extra-Frühstück und fürs Abendessen müssen die Lehrlinge selber aufkommen;
- ebenso müssen sie das Fahrgeld für die Wochenendheimfahrten selber tragen (diese Heimfahrten sind ebenfalls Pflicht).

Ordentlicher Haarschnitt erwünscht

Für die Wohnheime war bisher die Stadtverwaltung von Wolfstein verantwortlich. In der von ihr vorgeschriebenen Hausordnung heißt es u.a.: „Ein ordentlicher Haarschnitt ist erwünscht.“ – „In den Abendstunden ist vor allem das Berichtsheft führen.“ – „Das Taschengeld ist möglichst klein zu halten.“

Noch schöner zu lesen ist die Hausordnung des „Hauses Kreiner“: „Die Toiletten sind sauber zu halten! Außer Toilettenpapier und das auch nicht in Klumpen – nicht hineinwerfen. Wenn eine Toilette verstopft ist, wird unter den Bewohnern der jeweilige

Etage ausgelost, wer sie sauber machen muß, falls sich nicht ermitteln läßt, wer der Setäter war.“ ... „Wer es nicht fertigigt, sich an diese Anordnungen zu halten, muß mit Strafen rechnen, Fernsehverbot, Ausgehverbot, Garten sauber machen, in besonders schlimmen oder wiederholten Fällen Benachrichtigung der Lehrwerkstatt, der BASF oder der Eltern!“

Freizeit in eigener Regie!

Anfang des Jahres die Jugendvertretung der BASF die Lehrlinge in Wolfstein suchte, kümmerte sie sich sofort um die Gelegenheit. Es gab viel Aufruhr in Wolfstein. Inzwischen hat die BASF die Flucht nicht vorn angetreten. Sie mietete die Häuser direkt von den Besitzern und erfüllte



große Auflagen des Jugendamtes. Doch für die schlimmsten Mißstände sind behoben, finanziell blieb für die Lehrlinge alles beim alten.

Um halb fünf verlassen die Lehrlinge die Werkstatt. Doch was machen junge Leute in einem Provinzstädtchen wie Wolfstein nach Feierabend? Bisher waren sie sich selbst überlassen. Nach dem Abend setzte die BASF einen Jugendleiter ab. Abwechselnd geht er mit den Lehrlingen abends schwimmen, Fußball spielen oder zum Schießsport. Viel ist nicht drin: ein viel gerühmte Hallenbad entpuppt sich im Beispiel bei näherem Hinsehen als ein schwimmbecken einer Schule.

Lehrlinge meinen, mit dem neuen Jugendleiter könnte sich etwas an ihrem zweitägigen Feierabend ändern. Und sie hoffen, daß er bisher das Programm nicht aufgestellt hat. Die Lehrlinge fordern auch hier Mitbestimmung, Freizeitgestaltung in eigener Regie, in demokratischer Selbstverwaltung. Selbstverständlich die BASF die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Viel Wirbel?

Wie stehen die Verantwortlichen zu der Affäre Wolfstein? Der Leiter der Lehrwerkstatt, Meister Müller: „Das ist eine heikle Angelegenheit. Ich kann Ihnen keine Auskunft geben. Ich bin von der BASF angestellt.“ Bürgermeister Hönes: „Ist ein bißchen viel Wirbel gemacht worden um die Sache. Die Lehrlinge sind einfach, ordentlich und sauber untergebracht. Das sind gepflegte Häuser.“ Der stellvertretende Direktor für die Sozialeinrichtungen der BASF, Schwind: „Mißstände ist leicht übertrieben. Die Unterkunftsverhältnisse waren zum Teil nicht so, daß man da sehr zufrieden sein konnte. Wir haben geglaubt, wir tun etwas besonders Gutes, damit in



der Nordpfalz die jungen Menschen eine gute Ausbildung durchmachen können.“ Und der neue Jugendleiter Koriath meint: „Nicht mit Spatzen auf Kanonen schießen. Die Sache ist aufgebauscht worden.“

Wirklich? Der Bezirksjugendsekretär der IG Chemie, Hans-Georg Meyer, jedenfalls ist der Überzeugung: „Hier hat die BASF versagt. Sie macht sich das etwas einfach angesichts der Werbung für ihre gute Berufsausbildung. Der Sozialabteilung der BASF sind die Mißstände schon länger bekannt und hier ist erst Bewegung gekommen, als die Öffentlichkeit davon erfuhr.“

... nur mal radikal werden

Die Zuständigen klagen. Nicht etwa über die Mißstände. Nein — über die Lehrlinge. Meister Müller: „Die Arbeitsleistungen in der Zeit sind zurückgegangen. Da war die Jugendvertretung dauernd da, und die haben dann wer weiß was erzählt. Wir sind nicht da, um Diskussionen abzuhalten, wir müssen unsere praktische Arbeit machen.“ Und: „Wir sind froh, wenn's wieder ruhig

wird.“ Jugendleiter Koriath: „Die ganze Sache hat sich schlecht auf die Arbeitswilligkeit und Leistungsmoral ausgewirkt. Alle denken jetzt, sie brauchen nur mal radikal zu werden und haben schon Erfolg.“ Und Direktor Schwind klagt über die „rebellischen“ Lehrlinge von Wolfstein.

Eine entscheidende Frage ist, ob die BASF für die Unterbringung der Lehrlinge verantwortlich ist. Jugendleiter Koriath meint: „Die BASF ist ein Wirtschaftsbetrieb und in erster Linie am Profit interessiert. Das ist ganz legitim.“

Der Vorsitzende der BASF-Jugendvertretung, Dietmar Thieser, ist da anderer Ansicht: „Von vorneherein war es die Schuld der BASF. Wenn die BASF Ausbildungsverträge mit Jugendlichen abschließt, ist sie dafür verantwortlich, wie die Jugendlichen

Ganz links: Armeefeldbetten, notdürftig zusammengeschweißt, so läßt die BASF Lehrlinge wohnen. Mitte: Mittagspause in der Lehrwerkstatt: Der ganze Lehrlingslohn geht drauf für Verpflegung und Unterkunft.

Links: Jugendvertreter Thieser inmitten seiner Kollegen: „Die BASF ist verantwortlich“.

ausgebildet werden und muß auch ohne Zweifel dafür sorgen, daß die Lehrlinge gut untergebracht werden und nicht irgendwie in die Wildnis geschickt werden, damit einige Leute ihre Schäfchen ins Trockene bringen.“

Kann die BASF denn mehr für die Lehrlinge sorgen? Kollege Thieser kennt den Zeitungsartikel, der unter der Überschrift: „BASF: Ertrags-Tal durchschritten“ schreibt: „Die BASF blickt zuversichtlich in die Zukunft: Der Gewinn kletterte im ersten Vierteljahr 1972 um 42 Prozent.“

Auch die Wolfsteiner Lehrlinge sind wachsam geworden. Sie werden sich jetzt nicht mehr alles gefallen lassen. Die meisten von ihnen haben sich jetzt in der IG Chemie organisiert. Und für die neue Jugendvertretung der BASF — gerade erst wählten die BASF-Jugendlichen aktive Gewerkschafter als ihre Vertreter und erteilten damit rechten und sogar einer faschistischen Spalterliste eine Abfuhr — wartet hier eine der zahlreichen Aufgaben. Dietmar Thieser: „Wir kontrollieren jetzt, ob alle Auflagen eingehalten werden.“

Verträge: **Gemeinsam ein gemeinsam verwirklichen**

Aktion Straßenumbenennung

Sehen wir uns um. Was finden wir? Wenn wir durch die Straßen der Städte gehen, entdecken wir solche Namen wie Stettiner Straße, Danziger Straße usw. In einer Aktion hat die Solinger SDAJ hier Klarheit geschaffen: Sie benannte diese Straßen um in „Straße des Moskauer Vertrages“ und „Straße des Warschauer Vertrages“. (elan 5/72 berichtete darüber.) Damit machten sie deutlich: Solche Namen, jedes revan-chistische Gedankengut, passen weder in unser Städtebild noch in die politische Landschaft, wenn wir die Verträge ernst nehmen.

Unser Vorschlag für neue Straßennamen

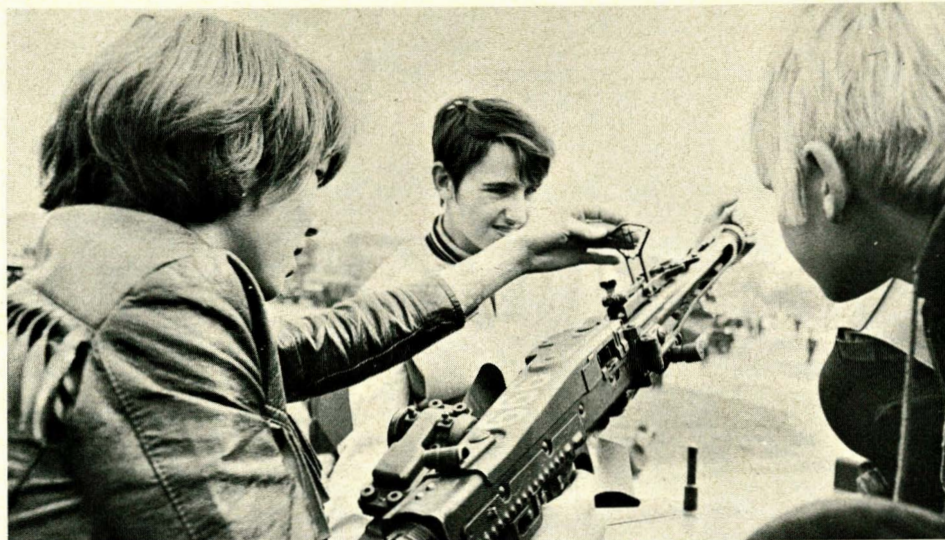


„Rüstung können wir beschränken und dafür an Bildung denken!“

Frieden und Entspannung – das bedeutet wohl in erster Linie: Rüstung senken! Und für das Geld, das eingespart wird, haben wir auch einen Tip: baut Schulen, Krankenhäuser, Kindergärten, Freizeitheime und Sportanlagen!

München ist zur Rüstungsschmiede geworden, HDW-Kiel baut U-Boote für das faschistische Griechenland. All das macht den Frieden nicht sicherer. Unsere Forderung muß sein: Statt Rüstungsproduktion – Friedensproduktion! Keine U-Boote für Griechenland. Keine Giftgase und kein Napalm nach Vietnam! In Lehrlingszeitungen, die in Rüstungsbetrieben erscheinen, muß das ein ständiges Thema sein. Es gehört auf die Tagesordnung bei Treffen junger Arbeiter nicht nur aus Rüstungsbetrieben und bei Lehrlingsmeetings. In München sind bereits Aktionen angelaufen.

Früh übt sich. . . ? Die Bundeswehr hat in den Schulen nichts zu suchen!



Offiziere raus aus unser'n Schulen

Oder entspricht es etwa den Verträge: wenn an den Schulen Wehrkundeunterricht eingeführt wird, „um die Wehrbereitschaft der Jugend zu erhöhen“? In Wilhelmshaven geht man noch einen Schritt weiter: dort will man gar den Lehrermangel mit Soldaten beheben! In Hamburg und München sollen Bundeswehrakademien zu ordentlichen Bundeswehrhochschulen ausgewertet werden.

Vor der demokratischen Bewegung an unseren Unis will man die Absolventen bewahren. Und so „ausgebildet“ können sie dann erprobten militärischen Geist in Schulen und Betrieben an den Mann bzw. den Schüler bringen. Der VDS hat schon gegen diese Machenschaften protestiert. Die Studenten fordern: „Unsere Hochschulen müssen zivil und demokratisch bleiben!“ Auch der Wehrkundeerlaß wird nicht widerspruchlos hingenommen. In Baden-Württemberg und anderswo ist schon zu gemeinsamen Aktionen der Jugendverbände gekommen. Der Wehrkundeerlaß muß weg!

kämpft-

ir haben eine Schlacht geschlagen und gewonnen. Die Verlierer sind Strauß und Barzel, Springer und Wöventhal. Alle kalten Krieger, die die Entspannung mehr fürchten als der Teufel das Weihwasser. Die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau ist ein Erfolg der hartnäckigen Friedenspolitik der

sozialistischen Länder, ein Sieg der Politik der friedlichen Koexistenz, ein Beweis für die wachsende Stärke und den internationalen Einfluß des Sozialismus. Die Verträge wurden ratifiziert, weil Zehntausende in Streiks und Demonstrationen für sie eingetreten waren, weil sie erkannt hatten: diese Ver-

träge sind gut für uns! An diesen Aktionen waren in großem Maße Jugendliche beteiligt. Sie alle haben die Verträge mitgeschrieben und mitunterzeichnet. Brandt und Heinemann haben gesagt: „Jetzt müssen die Verträge mit Leben erfüllt werden.“ Was heißt das?

Leg mit dem Berufsverbot

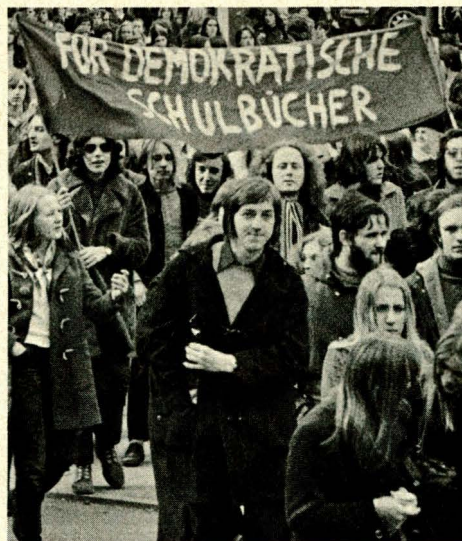
uf der einen Seite Soldaten in die Schule auf der anderen Seite Berufsverbot für fortschrittliche und demokratische Lehrer! Das hier gemeinsamer Kampf vermag, zeigt ein Beispiel von Ilse Jacobs. Sie mußte wieder eingestellt werden. Aber Karl-Heinz Henne, Heike Gohl und viele andere sind doch vom Berufsverbot betroffen. Und solange dieser Erlaß besteht, können täglich neue unter das Berufsverbot fallen. Ihnen allen gehört unsere Solidarität! Das Berufsverbot muß weg! Stattdessen mehr Demokratie in die Schulen und Demokratisierung der Bildungsinhalte.

Demonstrationen gegen das Berufsverbot der fortschrittliche Lehrer in Bielefeld



„... denn sie lehren die Kinder, ihr Land ging bis Polen...“

Wie passen die Verträge und folgender Schulbuchtext zusammen? In dem Erdkundebuch „Länder und Völker“ aus dem Klett-Verlag steht unter der bezeichnenden Kapitelüberschrift: „Das dreigeteilte Deutschland“ folgende Aufgabe: „Betrachte die unter ausländischer Verwaltung stehenden deutschen Gebiete und stelle fest: a) Welche Bodenschätze gibt es dort? b) Wo sind Industriegebiete? (Art der Industrie) c) Wo befindet sich hochwertiges Ackerland? Stelle einen Bericht zusammen, aus dem die Schwere des Verlustes für uns hervorgeht!“ Solche „Darstellungen“ entsprechen nicht den Verträgen. Sie entsprechen auch nicht den Interessen der Arbeiterjugend, der hier eingetrichtert werden soll, daß die Verluste einiger Großgrundbesitzer und Unternehmer ihre Verluste, Verluste des deutschen Volkes sind. Macht Flugblätter, auf denen ihr diese Lügen entlarvt! Schreibt die politische und geschichtliche Wahrheit, und kämpft dafür, daß die Wahrheit in die Schulbücher aufgenommen wird.



Das alles und noch mehr gehört dazu, die Verträge mit Leben zu erfüllen. Fragen wir doch: Wie steht es denn nun mit der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR? Wie sieht es aus mit einem System der kollektiven Sicherheit in Europa? Das Verhalten der Bundesregierung bei der Umweltschutzkonferenz in Stockholm und die NATO-Tagung in Bonn zeigen: Im Selbstlauf werden sich die Verträge nicht durchsetzen! Ihre Verwirklichung muß erkämpft werden gegen Strauß und Barzel, die keine Entspannung in Europa wollen, gegen die Rüstungskonzerne, die nichts am Frieden verdienen, dafür um so mehr an Rüstungsproduktion. Durch Ratifizierung der Verträge ändert sich nicht automatisch die Situation. Strauß und Barzel werden keine Friedensengel, Krauss-Maffei und HDW-Kiel keine Wohltäter der Menschheit.

Es wird jetzt viel von Auslegungsmöglichkeiten des Textes der Verträge geredet. Wir sagen: Interpretation hin, Interpretation her – unser Maßstab ist 1) der Inhalt der Verträge und 2) die Interessen der arbeitenden Menschen, die diese Verträge erkämpft haben.

Jeder Tag, der vergeht, ohne daß wir der Verwirklichung näher kommen, jedes Zurückweichen und jedes Zugeständnis kann nur Strauß, Barzel und ihren Hintermännern nützen.

Warum sind die Verträge ratifiziert worden? Weil wir gemeinsam dafür gekämpft haben. Diese Lehre ist wichtig. Gemeinsam werden wir auch die Verträge verwirklichen, sie mit Leben erfüllen.

Am 1. September ist Antikriegstag. In diesem Jahr muß dieser Tag ein Höhepunkt werden im Kampf für die Verwirklichung der Verträge. Bereiten wir diesen Tag gemeinsam vor! Kämpfen wir zusammen für das Grundrecht der Jugend, in Frieden zu leben – ohne Militarismus und Neonazismus!

Wir wollen in den Schulbüchern die Wahrheit erfahren und keine Lügen aufgetischt bekommen!

WAGNERMUSIK



Von Mark Twain

Eines Abends fuhr ich in Begleitung eines Freundes von Heidelberg nach Mannheim, um ein Scharivari zu hören – oder vielleicht eine Oper –, sie heißt „Lohengrin“. Das Hämmern und Klopfen, das Sausen und Krachen war über alle Beschreibung. Es erregte mir einen unerträglich quälenden Schmerz, ganz ähnlich wie das Plombieren der Zähne beim Zahnarzt. Zwar hielt ich die vier Stunden bis zum Schluß aus, die Umstände nötigten mich dazu, aber die Erinnerung an dieses endlos lange, erbarmungslose Leiden hat sich mir unauslöschlich eingeprägt. Daß ich es schweigend ertragen mußte und mich dabei nicht vom Fleck rühren konnte, machte die Sache noch ärger. Ich war mit acht bis zehn fremden Personen beiderlei Geschlechts in einem umhegten Raum eingeschlossen und versuchte natürlich, mich soviel wie möglich zu beherrschen, doch überkam mich dann und wann ein so namenloses Weh, daß ich kaum imstande war, die Tränen zurückzuhalten. Wenn das Geheul, das Geschrei und Klagegestöhn der Sänger und das rasende Toben und Donnergetöse des ungeheuren Orchesters noch wilder und grimmiger wurde und sich zu immer höheren Höhen verstieg, hätte ich laut aufschluchzen mögen. Aber ich war nicht allein, und die Fremden neben mir hätte ein solches Benehmen sicherlich überrascht; sie würden allerlei Bemerkungen darüber gemacht haben. Freilich mit Unrecht; denn, einen Menschen weinen zu sehen, dem man – um bildlich zu sprechen – bei lebendigem Leibe die Haut abzieht, sollte niemand in Erstaunen setzen!

In der halbständigen Pause am Ende des ersten Aktes hätte ich hinausgehen und mich etwas erholen können, aber ich wagte es

nicht, aus Furcht, fahnenflüchtig zu werden, was ich meinem Reisegefährten nicht antun wollte.

Diese lange und mit größter Anschaulichkeit durchgeführte Wiedergabe gräßlicher Höllenpein ward nur durch einen einzigen kurzen Beigeschmack vom Himmelsfrieden und Seligkeit unterbrochen – nämlich im dritten Akt, während ein prachtvoller Festzug auf der Bühne fort und fort rundum ging und der Hochzeitsmarsch ertönte. Dies war Musik für mein geschultes Ohr – göttliche Musik. Während der heilende Balsam jener lieblichen Töne meine wunde Seele überflutete, hätte ich fast alle vergangenen Qualen wieder erdulden mögen, um noch einmal diese süße Erquickung zu durchleben. Dabei wurde mir klar, mit welcher Schlaueit die Oper ihre Wirkung berechnet. Sie erregt so viele und schreckliche Leiden, daß die wenigen dazwischengestreuten Freuden durch den Gegensatz aufs wunderbarste erhöht werden.

Drei bis vier Stunden auf einem Fleck zu bleiben, ist keine Kleinigkeit; einige von Wagners Opern zerschmettern aber das Trommelfell der Zuhörer sechs Stunden hintereinander. Die Leute sitzen da, freuen sich und wünschen, es dauerte noch länger. Mir sagte einmal eine deutsche Dame in München, Wagner gefiele keinem gleich bei der ersten Aufführung, man müsse ihn erst lieben lernen; dazu gehöre ein förmlicher Kursus.

Das war mir überraschend, und ich erwiderte, ich hätte der Aufführung einer seiner Schöpfungen beigewohnt, und außer dem Hochzeitsmarsch wäre mir nichts darin wie Musik vorgekommen. Darauf riet sie mir, Lohengrin noch recht oft zu hören, dann würde ich mit

der Zeit die endlose Melodie gewiß herausfühlen. Ich hatte schon auf der Zunge, sie zu fragen, ob sie einem Menschen wohl zureden würde, sich jahrelang darin zu üben, Zahnschmerzen zu haben, um schließlich einen Genuß daran zu finden. Aber ich unterdrückte die Bemerkung.

Die Dame sprach auch von dem ersten Tenor, den sie am vergangenen Abend in einer Wagnerschen Oper gehört hatte. Sie war seines Lobes voll, pries seinen altbewährten Ruhm und zählte die Auszeichnungen auf, welche ihm von sämtlichen Fürstenthümern Deutschlands zuteil geworden waren. Das setzte mich abermals in Erstaunen. Ich war nämlich bei jener Aufführung zugegen gewesen – vertreten durch meinen Reisebegleiter – und hatte die genauesten Beobachtungen angestellt.

„Aber, gnädige Frau“, erwiderte ich daher, „mein Vertreter hat sich mit eigenen Ohren überzeugt, daß jener Tenor gar nicht singt, sondern nur kreischt und heult – wie eine Hyäne.“

„Das ist wahr“, versetzte sie, „jetzt kann er nicht mehr singen; seit vielen Jahren hat er schon die Stimme verloren; aber früher sang er wahrhaft himmlisch. Deshalb kann auch das Theater kaum die Zuhörer fassen, wenn er auftritt. Jawohl, bei Gott, seine Stimme

klang wunderschön – in jener alten Zeit.“

Dies offenbarte mir einen freundlichen Charakterzug der Deutschen, welcher alle Anerkennung verdient.

Nach meiner Erfahrung zu urteilen – ich bin dreimal in der Oper gewesen, einmal in Hannover, einmal in Mannheim und einmal in München, wo ich mich vertreten ließ – scheinen die Deutschen diejenigen Sänger am liebsten zu hören, welche nicht mehr singen können. Das ist durchaus keine Übertreibung. In Heidelberg war die ganze Stadt schon eine Woche lang im voraus außer sich vor Entzücken über den dicken Tenor gewesen, der in Mannheim auftrat. Seine Stimme klang aber täuschend, als kratze man mit einem Nagel auf einer Fensterscheibe. Das gaben die Heidelberger auch zu, aber in früherer Zeit, meinten sie, sei sein Gesang so herrlich gewesen wie kein anderer. Ähnlich ging es mir in Hannover. Der Herr, mit dem ich dort in der Oper war, strahlte förmlich vor Begeisterung.

„Sie werden den großen Mann sehen“, rief er. Er bezieht eine Pension von der Regierung und braucht nur noch zweimal jährlich zu singen. Tut er das aber nicht, so wird ihm die Pension entzogen.

Als der bejahrte Tenor nun wirklich auftrat, war ich sehr enttäuscht. Wenn er hinter einem Schirm gestanden hätte, würde ich geglaubt haben, man schneide ihm gerade die Gurgel ab. Ich warf meinem Bekannten einen Blick zu, aber der schwelgte in Wonne, seine Augen funkelten vor Vergnügen. „Entschuldigen Sie“, sagte ich, „aber nennen Sie das Gesang?“ „Nein, Gott im Himmel, das nicht – aber vor fünf und zwanzig Jahren, da konnte er singen!“

blätter

VDS – Kurzporträt des Studentischen Dachverbandes

Der spektakuläre Abbruch der 24. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds) und der erfolgreiche Verlauf der Anfang Mai stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des vds soll zum Anlaß genommen werden, die Geschichte des vds, seine organisatorische Struktur und sein politisches Programm darzustellen / Von Dirk Krüger

Mit der Revolution 1918 fanden die immer wieder aufgegriffenen Bestrebungen der Studenten, sich zu einer alle Studenten der jeweiligen Hochschule umfassenden Studentenschaft zusammenzuschließen, ihre Verwirklichung. Unmittelbar nach dem Sturz der kaiserlichen und der landesfürstlichen Regierungen bildeten sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens Interessen- und Ständevertretungen. Diese verfolgten nicht nur den Zweck, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten, sie erstrebten auch eine privilegierte Stellung im Staatsleben. Diese Zusammenschlüsse trugen maßgeblich zur Entwicklung der Selbstverwaltung bei. Als Teil dieser Bewegung entstanden nach dem 1. Weltkrieg die Studentenschaften als Zusammenschlüsse aller Studenten einer Hochschule. Mit der vom preußischen Staatsministerium am 18. September 1920 erlassenen „Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen“, die für die Regelung des Studentenrechts in den übrigen deutschen Hochschulländern beispielgebend wurde, hatten die Studenten, die auf dem 1. Deutschen Studententag in Würzburg vom 17. bis 19. Juni 1919 beschlossenen Leitsätze durchgesetzt. Diese Verordnung regelte, daß alle Studenten einer Hochschule mit ihrer Im-

matrikulation automatisch Mitglied der „Studentenschaft“ sind, daß die Studentenschaft nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht ein Studentenparlament wählt und daß das Studentenparlament gewissermaßen eine Regierung, nämlich den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA), wählt. Weiterhin wurde den Studentenschaften das Recht erteilt, Zwangsbeiträge von ihren Mitgliedern zu erheben. Die Studentenschaften an den einzelnen Hochschulen, die nach dem 1. Weltkrieg gegründet worden waren, schlossen sich 1919 zu einem Dachverband, der Deutschen Studentenschaft, zusammen. Die Deutsche Studentenschaft umfaßte alle Studentenschaften des deutschen Sprachgebietes und muß als der direkte Vorläufer des VDS angesehen werden. Die damals formulierten organisatorischen und rechtlichen Grundlagen bilden auch heute noch den Rahmen für den VDS, und es wurde bei der Gründung des VDS am 29. Januar 1949 in Marburg übernommen. Es gilt also festzuhalten, daß nicht der einzelne Student Mitglied im VDS ist sondern nur die Studentenschaft kann Mitglied im VDS sein. Der VDS ist also der freiwillige Zusammenschluß der Studentenschaften der BRD. Zur Zeit sind annähernd 90 Studentenschaften Mitglied

im VDS. Das bedeutet, daß fast alle Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, künstlerischen und kirchlichen Hochschulen Mitglied im VDS sind. Der Beitritt zum VDS erfolgt durch den Beschluß des von der Studentenschaft gewählten Studentenparlaments. Überhaupt nimmt die Zusammensetzung des Studentenparlaments einen wichtigen Platz bei der Festlegung der Politik des VDS ein, denn bei den Wahlen zu den Studentenparlamenten stellen sich in der Regel eine ganze Fülle von politischen Gruppen. Alle diese politischen Gruppen versuchen nun im Wahlkampf möglichst die Mehrheit der Sitze im Studentenparlament zu erreichen, da die Gruppe oder das Bündnis verschiedener Gruppen dann auch die „Regierung“, d.h. den Allgemeinen Studentenausschuß (AStA), stellt und seine Politik bestimmt. Der Vorsitzende des AStA wiederum vertritt die Studentenschaft nach außen, d.h. der Vorsitzende des AStA vertritt die Studentenschaft auch im VDS, z.B. auf der Mitgliederversammlung.

Auf der Mitgliederversammlung des VDS wird der AStA-Vorsitzende mit seinen Stimmen (je angefangene 1 000 Studenten eine Stimme, bei 9 500 Studenten also 10 Stimmen) natürlich eine Politik unterstützen, wie sie von der Mehrheit seines Studentenparlaments für den VDS entwickelt wurde. Diese Tatsache macht es auch so schwer eine Mehrheit auf der Mitgliederversammlung über längere Zeiträume zu stabilisieren, denn jedes Jahr finden Wahlen zu den Studentenparlamenten statt, d.h. es besteht die Möglichkeit, daß sich jedes Jahr die Mehrheiten im Studentenparlament ändern und eine andere politische Gruppe die AStA-Politik bestimmt. Diese komplizierte Situation war u.a. auch der Grund für den ergebnislosen Abbruch der letzten ordentlichen Mitgliederversammlung, denn keine Gruppierung hatte eine entscheidende Mehrheit. Das Bild änderte sich dann zwei Monate später. Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung hatten dann die AStAs, die vom MSB Spartakus, dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB) und den JUSOS getragen werden, die Mehrheit. Dieser Tatsache ist es auch zu verdanken, daß der VDS weiterhin eine fortschrittliche Politik verfolgt. Von großer

Wichtigkeit ist in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit von Kommunisten, Marxisten, Sozialdemokraten und fortschrittlichen Unabhängigen und christlichen Studenten. Diesem Block stand eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aller möglichen politischen Schattierungen gegenüber. So trafen sich die wenigen, von reaktionären Gruppen getragenen AStAs mit den Ultralinken, den Maoisten und Trotzlisten zu einer Negativkoalition gegen die Verträge von Moskau und Warschau, gegen die von MSB Spartakus und SHB entwickelte Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“. Dabei waren sich diese Gruppen untereinander nicht einig und auch nicht in der Lage auch nur ansatzweise ein positives Programm für den VDS vorzulegen. Sie wollten den VDS zu einem Diskutierclub und nicht zu einem starken Interessenverband für die Studenten machen. Die jetzige Politik des VDS basiert auf den Erfahrungen, die die fortschrittlichen Studenten in jahrelangen Kämpfen gesammelt haben. So war der VDS früher, als rechte Gruppen an fast allen Hochschulen die Mehr-

heit in den Studentenparlamenten hatten, ein Lobbyverband, der weniger die Interessen der Studenten als die Interessen der jeweiligen Regierung vertrat. Ebenso verhielt es sich mit den AStAs. Erst mit dem Aufkommen einer starken fortschrittlichen antiimperialistischen Studentenbewegung änderte sich die Politik der AStAs und auch des VDS. Heute sind die AStAs und der VDS die demokratischen Interessenorgane der Studenten. Vielfach wurde der Fehler begangen, den VDS quasi zu einem Ersatz für eine Partei zu machen oder wie es der SDS damals versuchte zu einem „sozialistischen Kampfverband“. Beide Ansätze sind gescheitert, der SDS hat nach dem Scheitern dieses Ansatzes sogar versucht den VDS zu liquidieren. Der engen freundschaftlichen Zusammenarbeit von Spartakus und Sozialdemokraten ist es zu verdanken, daß das verhindert wurde, und daß der VDS heute einen großen Einfluß und großes Ansehen bei den Studenten hat, daß immer mehr Studenten erkennen, daß der VDS ihr demokratischer Dachverband ist, der ihre politischen und materiellen Interessen vertritt.

X. Weltfestspiele

Die Zustimmung zu den Weltfestspielen im Sommer 1973 in Berlin (DDR) wächst. Elan dokumentiert wichtige Beschlüsse von Jugendkonferenzen dazu.

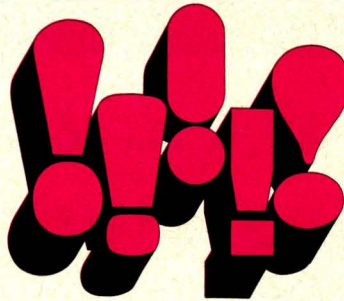
„Die Landeskonferenz der Hamburger Jungsozialisten fordert den Bundesvorstand auf, einen Antrag auf Aufnahme in den Arbeitskreis Festival (AKF) zu stellen, der das offizielle Vorbereitungskomitee in der BRD für die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten bildet. Die Hamburger Jungsozialisten erwarten, daß der Bundesvorstand gemeinsam mit den im AKF zusammengeschlossenen und anderen demokratischen Organisationen zur Vorbereitung der X. Weltfestspiele Aktionen der internationalen Solidarität mit den kämpfenden Völkern in Indochina sowie mit Angela Davis und anderen verfolgten Demokraten und Sozialisten durchführt.“
Hamburg, 27./28. 5. 1972

„Die 12. Bezirksjugendkonferenz der IG Metall, Bezirk Hagen, am 26. 5. 1972 in Werdohl begrüßt die Initiativen der demokratischen Jugendverbände

der Bundesrepublik einschließlich der Gewerkschaftsjugend zur Vorbereitung und Durchführung der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die in der Zeit vom 28. 7. bis 5. 8. 1973 in Berlin/DDR stattfinden. Wir sind der Auffassung, daß es gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert sind, notwendig ist, diese Verträge mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört es, das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten zu verbessern und den Gedanken der internationalen Solidarität zu vertiefen. Die 12. Bezirksjugendkonferenz, Bezirk Hagen, begrüßt darum die Initiativen des Arbeitskreises Festival in der BRD und fordert unsere Vertreter der Gewerkschaftsjugend auf, in diesem Arbeitskreis Festival mitzuarbeiten und die gewerkschaftlich organisierte Jugend über die Vorbereitung und die Durchführung des Festivals schon jetzt zu informieren.“

Fünf Grundrechte der Jugend

Beschlossen vom 3. Bundeskongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), 31. 3. - 2. 4. 1972 in Stuttgart.



Die auf dem 3. Bundeskongreß der SDAJ Ostern 1972 in Stuttgart von den Delegierten beschlossene Fassung der „5 Grundrechte der Jugend“ liegt jetzt vor und kann bestellt werden beim Bundesvorstand der SDAJ, 46 Dortmund, Brüderweg 16.



Lieber Leser!

Soldat '70

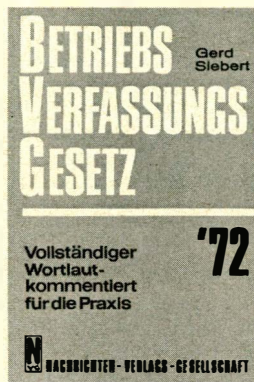
einzigartig gewagt und aktuell

Das Weltrechtliche des Anwerbsverfahrens...
Wir meinen: Gerade in einer Zeit, in der sich unsere Land, wie die Nachbarländer, mit dem Vertrag von Moskau und Warschau...
Wir sind der Auffassung, daß es gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert sind, notwendig ist, diese Verträge mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört es, das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten zu verbessern und den Gedanken der internationalen Solidarität zu vertiefen. Die 12. Bezirksjugendkonferenz, Bezirk Hagen, begrüßt darum die Initiativen des Arbeitskreises Festival in der BRD und fordert unsere Vertreter der Gewerkschaftsjugend auf, in diesem Arbeitskreis Festival mitzuarbeiten und die gewerkschaftlich organisierte Jugend über die Vorbereitung und die Durchführung des Festivals schon jetzt zu informieren.“

Alle reden von der Bundeswehr. Wir auch. In die lange Arbeiter-Soldaten- und Antimilitarist, die für die Zeit ihres Wehrdienstes...
Vor Monate nach der Veröffentlichung von „Soldat '70“...
Wir sind der Auffassung, daß es gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Verträge von Moskau und Warschau ratifiziert sind, notwendig ist, diese Verträge mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört es, das Verhältnis zu unseren Nachbarstaaten zu verbessern und den Gedanken der internationalen Solidarität zu vertiefen. Die 12. Bezirksjugendkonferenz, Bezirk Hagen, begrüßt darum die Initiativen des Arbeitskreises Festival in der BRD und fordert unsere Vertreter der Gewerkschaftsjugend auf, in diesem Arbeitskreis Festival mitzuarbeiten und die gewerkschaftlich organisierte Jugend über die Vorbereitung und die Durchführung des Festivals schon jetzt zu informieren.“

Endlich erschienen: die achtseitige „Soldat 70“-Dokumentation des Jugendmagazins „elan“. Sie enthält: den vollständigen Text der Wehrpflichtigen-Studie, die Namen von Unterzeichnern, Berichte von Solidaritätsaktionen mit demokratischen Soldaten und Auszüge aus antimilitaristischen Entschließungen von Gewerkschafts- und Jugendverbänden. Bestellungen (gegen Voreinsendung von 0,20 DM pro Exemplar in Briefmarken) richtet bitte an: elan, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Neuerscheinung



Ein wichtiges Buch für alle aktiven Gewerkschafter, für Jugendvertreter und Betriebsräte:

„Betriebsverfassungsgesetz '72“ von Gerd Siebert, Nachrichten-Verlag, 6 Frankfurt, Postfach 18 03 72

Das Buch gibt allen, die ihre Interessen und die ihrer Kollegen gegenüber den Unternehmern zu vertreten haben, viele praktische Hinweise für eine aktive Anwendung der Bestimmungen des BVG. Die Kommentierung des Gesetzes durch den Autor basiert auf einer Vielzahl detaillierter Ausarbeitungen und Vorschlägen von Praktikern in den Betrieben und Wissenschaftlern. Eine nützliche Hilfe für jede aktive Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit!

Die DJO und ihre CDU/CSU-Schirmherren

Was die CDU/CSU unter freier Jugendarbeit versteht, demonstrierte ihr stellvertretender, Fraktionsvorsitzender und Vertriebenenfunktionär Heinrich Windelen. In massiver Form versuchte er auf den Deutschen Bundesjugendring (DBJR) und seine Entscheidungsfreiheit Einfluß zu nehmen, die revanchistische „Deutsche Jugend des Ostens“ (DJO) auf Antrag der Naturfreundejugend aus dem DBJR auszuschließen. elan dokumentiert den Brief Windelens und die Antwort des Vorsitzenden des DBJR, Walter Haas, auf diese Sympathieerklärung für die DJO und den Einmischungsversuch der CDU/CSU.

Sehr geehrter Herr Haas!
Die Deutsche Jugend des Ostens hat mich über einen erneuten Antrag und dessen Begründung – diesmal von der Naturfreundejugend Deutschlands – informiert, sie aus dem Bundesjugendring auszuschließen. Ich kann das nur mit großer Bestürzung registrieren. Es hat zumindest den Anschein, als ob die Antragsteller den DBJR zu einem politischen Kampfverband umfunktionieren wollen. Wie kann man es sonst begründen, daß die Naturfreundejugend ganz offensichtlich mit der kommunistischen SDAJ zusammenarbeitet und deren Aufnahme in den DBJR betreibt,

andererseits aber die DJO ausschließen möchte. Unbestreitbare Tatsache ist doch, daß die DJO – wie immer man sie politisch bewertet – fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht, was man bei der SDAJ mit guten Gründen wenigstens bezweifeln kann. Es steht mir nicht zu, mich in die souveränen Rechte der Vollversammlung des DBJR einzumischen, über diesen Ausschlußantrag frei zu entscheiden. Ich möchte nur eindringlich davor warnen, einen Weg zu beschreiten, der bereits im studentischen Bereich zu einer weitgehenden Lähmung und Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten führte. Dar-

über hinaus hielte ich es für äußerst bedenklich, wenn es selbst im DBJR gegenüber der Meinung Andersdenkender keine Toleranz mehr gäbe. Über die Konsequenzen einer solchen Entwicklung müssen alle Beteiligten rechtzeitig nachdenken, auch die Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Obwohl ich Ihre Einstellung gegenüber der DJO kenne, appelliere ich an Ihr Verantwortungsgefühl als Vorsitzender des Bundesjugendringes, bei aller politischen Differenzierung für die Erhaltung der Meinungsvielfalt und -freiheit einzutreten. Der Bundesjugendring leistete sich selbst nach meiner Überzeugung einen denkbar schlechten Dienst, wenn er dem Antrag der Naturfreundejugend zustimmen sollte.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Heinrich Windelen

Sehr geehrter Herr Dr. Barzel!
Der Brief des Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Herrn Heinrich Windelen, vom 10.5.1972 hat dem Hauptausschuß des Deutschen Bundesjugendringes auf seiner heutigen Sitzung vorgelegen. Der Deutsche Bundesjugendring weist den Inhalt dieses Schreibens als den Versuch einer massiven Einflußnahme auf seine Entscheidungsfreiheit aufs schärfste zurück.

Der Deutsche Bundesjugendring hat sich in der Vergangenheit bemüht, mit den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zusammenzuarbeiten, um eine gemeinsame jugendpolitische Ebene zu finden.

Es stellt sich die Frage, ob mit diesem Brief von Ihrer Fraktion die bisherige sachliche Form der Zusammenarbeit eingestellt werden soll.

Es ist ein autonomes Recht des Deutschen Bundesjugendringes, frei zu entscheiden, welche Verbände er aufnehmen bzw. ausschließen will. Auch die im Schreiben der CDU/CSU-Fraktion angedrohten Konsequenzen werden uns nicht davon abhalten können, in unserer Arbeitsgemeinschaft nach dem Prinzip der Selbstbestimmung zu handeln. Der Deutsche Bundesjugendring könnte erst dann in Gefahr sein, zu einem ‚politischen Kampfverband umfunktioniert‘ zu werden, wenn er es Außenstehenden erlaubt, seine Grundrechte einzuschränken.

Wir erwarten von der CDU/CSU-Fraktion eine verbindliche Aussage, ob der Brief vom 10.5.1972 die Basis der zukünftigen Beziehungen zum Deutschen Bundesjugendring bilden wird.

Wegen der Bedeutung der Angelegenheit haben wir unsere Stellungnahme der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Walter Haas
Vorsitzender

9. Zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie

„Tariffragen sind Machtfragen!“

Von Wolfgang Bartels

Vom 1. bis 3. Juni tagte im Osnabrücker Gewerkschaftshaus die 9. Zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik. Die 69 Delegierten vertraten über 77 000 junge Kolleginnen und Kollegen. Sie hatten über 90 Anträge und Entschließung sowie einige Initiativanträge zu beraten und zu entscheiden, um die weitere Arbeit der IG-Chemie-Jugend zu bestimmen.

Fragen konkreter Gewerkschaftsarbeit standen im Mittelpunkt der Diskussion. Die letztjährigen Streiks und der diesjährige Tarifkampf in der Chemie-Industrie waren Anlaß, ein kritisches Resümee zu ziehen. Besonders engagierten sich hier die Delegierten aus Hessen, dem Streikzentrum des letzten Jahres. Es wurde darauf hingewiesen, daß Tarifkämpfe Machtproben zwischen Kapital und Arbeit seien. Um diese Machtproben erfolgreicher zu bestehen, müsse Tarifpolitik betriebsnah und aktiv betrieben werden. Dazu wäre erforderlich, daß die Mitglieder der Tarifkommissionen durch die Vertrauensleutkörper gewählt und Forderungen erst nach vorheriger Diskussion unter der Mitgliedschaft aufgestellt würden. Auch Erwin Grützner, Tarifexperte beim Hauptvorstand der IG Chemie, erklärte: „Tariffragen sind Machtfragen!“

Eine Konsequenz aus den Unklarheiten, die es im letzten Jahr über das Streikrecht für Lehrlinge gegeben hatte, ist die Aufforderung an den Hauptvorstand, die Streikrichtlinien entsprechend dem Lehrlings-Streikrecht zu ändern und künftig Lehrlinge in die Streikleitungen aufzunehmen.

War in der Frage der konkreten Tarifpolitik die Haltung der Delegierten klar, so gaben sie ihre Konsequenz auf, als es um die Frage der Konzertierte Aktion ging. Zwei Anträge forderten den Austritt der Gewerkschaften aus der Konzertierte Aktion, weil die Unternehmer und der Wirtschaftsminister diese als Instrument gegen die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften benutzten und sie dazu diene, die Gewerkschaften an Orientierungsdaten (sprich Lohnleitlinien) zu binden: „Die Gewerkschaften müssen ihren alten

Anspruch als Kampforganisation der Arbeiterschaft wieder geltend machen. Deshalb dürfen sie sich nur daran orientieren, was zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Werktätigen nötig ist.“ Nach einer heftigen und langen Diskussion gelang es Mitgliedern des Hauptvorstands, die Mehrheit für einen Antrag zu bekommen, der die weitere Teilnahme von Voraussetzungen wie Öffentlichkeit der Sitzungen und Einblick in die Unternehmensgewinne abhängig macht. Dies entspringt bestimmten Partnerschafts-Illusionen, denen noch Teile der Gewerkschaften erliegen.

Zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit heißt es in einem Beschluß, sie sei nur sinnvoll, „wenn der Betrieb als Basis und Ausgangspunkt jeder gewerkschaftlichen Aktivität gesehen wird“. Hier verfügt die IG Chemie über große Erfahrungen mit Jugendvertrauensleutkörpern. Als Teil der Gesamtvertrauensleutkörper beschäftigen sie sich mit den speziellen Problemen der Jugendlichen im Betrieb. Die Konferenz orientierte auf den weiteren Aufbau solcher betrieblichen Organe der Gewerkschaftsjugend.

Im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften wurden jedoch gewerkschaftliche Betriebsjugendgruppen abgelehnt. Bundesjugendsekretär Röhrbein argumentierte, ein dahin zielender Antrag sei von Leuten gestellt worden, die sich politisch am Rande der Organisation bewegten. Folgt man dieser Argumentation, so müßte man z.B. die 8. Bundesjugendkonferenz des DGB „am Rande der Organisation“ ansiedeln. Immerhin heißt es im dort gefaßten Beschluß A 1: „In größeren Betrieben ist . . . der Aufbau betriebsnah arbeitender gewerkschaftlicher Jugendgruppen und Arbeitskreise oder Projektgruppen anzustreben.“

Das Betriebsverfassungsgesetz wurde abgelehnt. Man verkenne zwar nicht bestimmte Verbesserungen, vor allem für die Arbeit der Jugendvertretung, stelle jedoch mit Bedauern fest, daß wichtige Forderungen der Gewerkschaftsjugend unberücksichtigt blieben. Ein weiteres zentrales Thema der Konferenz war die Forderung nach ein-

schneidenden Veränderungen im Bildungswesen. Nach einem Referat des Vorsitzenden der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Erich Frister, faßten die Delegierten hier klare Beschlüsse: Sie forderten u.a. ein neues Berufsbildungsgesetz, das den gewerkschaftlichen Vorstellungen entsprechen muß, und lehnten die Einführung der Stufenausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz ab (siehe Krupp-Modell). Die Delegierten lehnten die „zunehmende Militarisierung der Schulen in Form der geplanten und teilweise durchgeführten Wehrkundeerlasse“ ab. Die Antragskommission, die versucht hatte, den Beschluß durch das Streichen des Wortes „Militarisierung“ zu entschärfen, wurde hier überstimmt. Ebenso wandte sich die Konferenz gegen den Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz über ein Berufsverbot für fortschrittliche Kräfte im öffentlichen Dienst, weil dieses dem Grundgesetz widerspreche.

In einer Entschließung verurteilten die Delegierten „aufs schärfste die neuerlichen Überfälle des USA-Imperialismus (auch hier versuchte die Antragskommission, den Schuldigen verharmlosend mit „USA“ zu umschreiben) und fordern: sofortige Einstellung des Bombenterrors auf Nordvietnam, sofortige Aufhebung der Seeblockade der Demokratischen Republik Vietnam, sofortiger und vollständiger Abzug aller ausländischer Truppen aus Vietnam, Laos und Kambodscha, sofortige Aufnahme der Pariser Vietnam-Gespräche“. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, „in ihren Bestrebungen, einen dauerhaften Frieden in Europa zu sichern“, nicht nachzulassen. „Deshalb muß die Bundesregierung in Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau ihren Beitrag zum sofortigen Zustandekommen einer europäischen Sicherheitskonferenz leisten.“ In diesem Zusammenhang sei der Beschluß erwähnt, daß Gewerkschaftsmitglieder in parlamentarischen Gremien sich an die gewerkschaftlichen Beschlüsse und Aussagen zu halten hätten. Bei Mißachtung müßten Konsequenzen bis zum Ausschluß gezogen werden. Angesichts des Verhaltens einiger Bundestagsabgeordneter bei den Ratifizierungsdebatten ein deutliches Wort.

Weiter forderte die Konferenz das sofortige Verbot der „Aktion Widerstand“ und der ihr angeschlossenen Gruppen sowie den Ausschluß der DJO aus dem Bundesjugendring.

Nicht immer orientieren die Beschlüsse auf die Aufgaben der Gewerkschaften als „gesellschaftsverändernde Kraft“, zu der Hermann Rappe vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Chemie zu Beginn aufgefordert hatte. Doch die Diskussionen werden weitergehen und sicherlich in erster Linie von den praktischen Erfahrungen im Kampf der Arbeiterjugend bestimmt werden.

Neuer Start mit der neuen EXAKTA

VX 1000



J-039

Das Erscheinen dieser vollendeten Kleinbild-Spiegelreflex 24 mm x 36 mm sollten Sie zum Anlaß nehmen, mit ihr fotografisch neu zu starten. Wie alle erfolgreichen EXAKTA-Leute bestätigen, fördert der faszinierende Eindruck, den schon das strahlend helle große Reflexbild dieser Kamera vermittelt, Bildschöpfungen mit eigener Note. Da noch die Vielseitigkeit und Zuverlässigkeit der EXAKTA VX 1000 hinzukommen, muß Ihr Fotoschaffen mit dieser ausgereiften Spiegelreflex einen gewaltigen Aufschwung nehmen, denn Sie können ja auf jedem Gebiet mit optimaler Ausrüstung und Sicherheit arbeiten. Als Mittelpunkt des weltbekannten Original EXAKTA-Systems aus Dresden ist auch die EXAKTA VX 1000 für jeden Zweck ausbaufähig, so daß sie immer zeit- und wertbeständig bleibt. Sie stammt übrigens aus der Welt ältesten Spezialfabrik für einäugige Kleinbild-Spiegelreflexkameras und verkörpert die in 32 Jahren gesammelten reichen Erfahrungen.

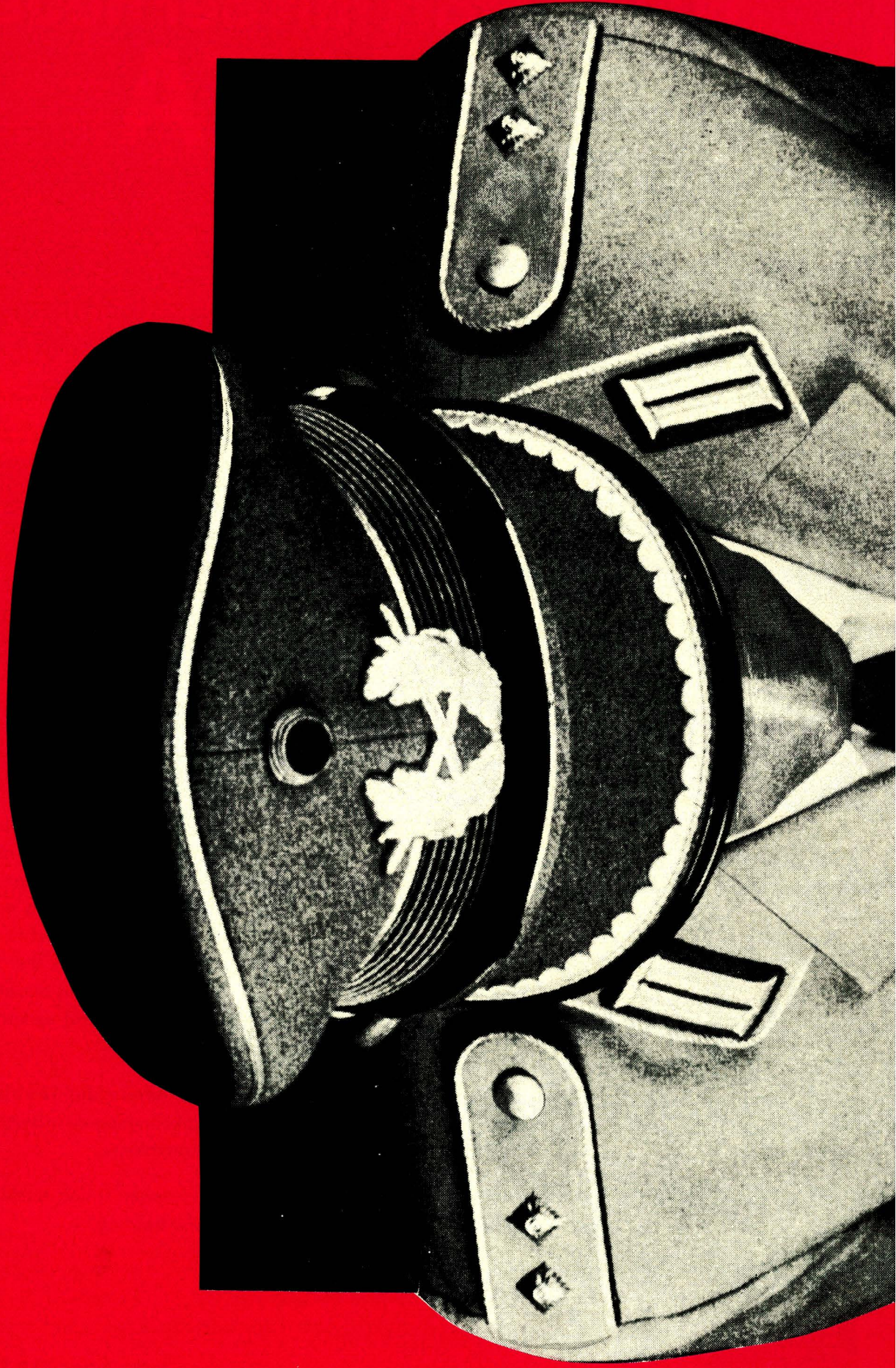
Auswechselbare Einstellsysteme, Fresnellinse mit Mikroraster-Einstellfeld, Schlitzverschluß 12 s bis $1/1000$ s sowie B und T, Selbstauslöser für 6 s bis $1/1000$ s, Schnellaufzug und Rückspulkurbel, Rückkehrspiegel, auswechselbare erstklassige Normal- und Spezialobjektive mit vollautomatischer Blende, drei Blitzlichtanschlüsse.

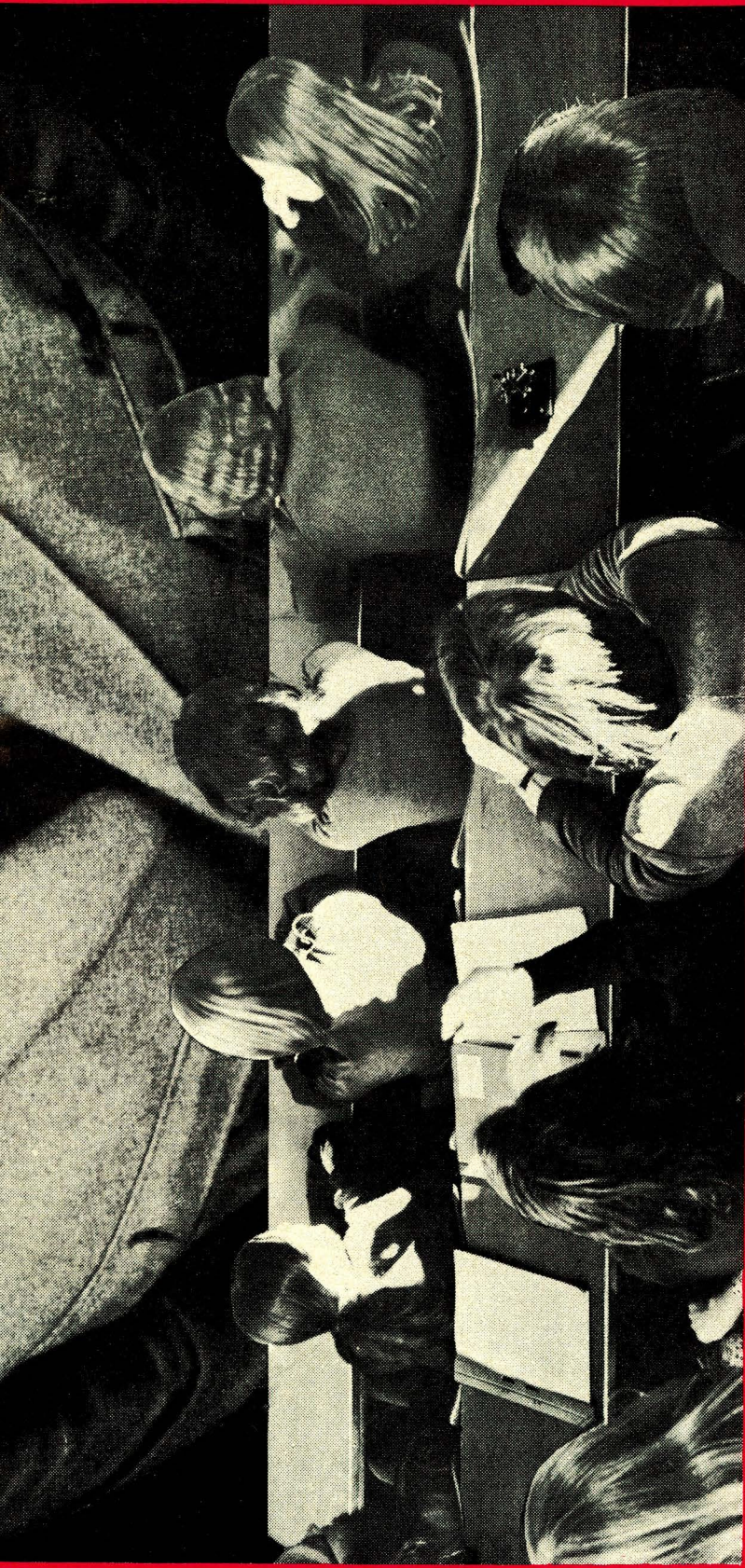
Ihr Fotohändler erklärt Ihnen gern alle technischen Einzelheiten, und wir senden Ihnen ausführliche Druckschriften. Verlangen Sie bitte auch unseren 32seitigen „Zubehörkatalog“.



IHAGEE KAMERAWERK AG in Verwaltung • DDR 8016 DRESDEN

Bundeswehr raus



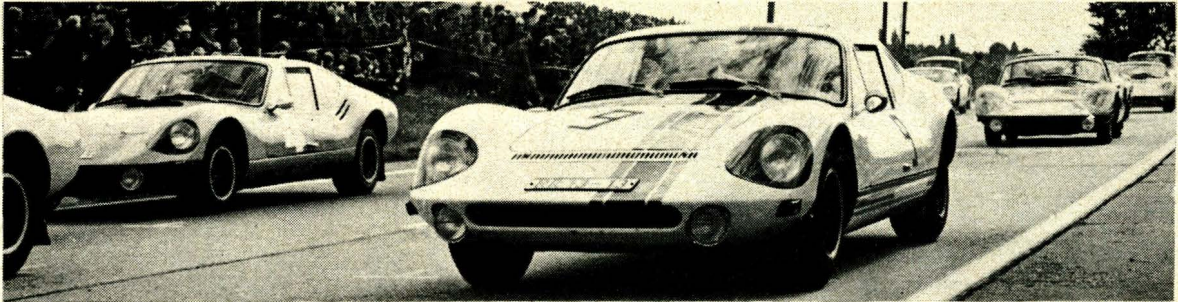


**aus den Schulen
und Berufsschulen!**

elkam
POLIT-POSTER

PNEUMANT®

REIFEN FÜR REALISTEN



Mit dem P 33 radial präsentiert PNEUMANT einen konstruktiv ausgereiften Gürtelreifen. Für Realis-

ten, für Kunden, die hohe Verkehrssicherheit, Wirtschaftlichkeit und hervorragenden Fahrkomfort for-

dern. Und reale Vorteile zu schätzen wissen. Unser Informationsmaterial enthält alle Fakten.



**P33 radial
EIN SPITZENERZEUGNIS**



Transportmaschinen Export-Import
Volkseigener Außenhandelsbetrieb der Deutschen
Demokratischen Republik
DDR 108 Berlin

An die PNEUMANT-Ver-
tretung
Fa. Paul Lange & Co.
7 Stuttgart N
Rosensteinstr. 35

Bitte senden Sie mir/
uns unverbindlich In-
formationsmaterial über
den PNEUMANT P 33
radial

Name / Funktion

Firma / Anschrift



f o r u m

forum der jugendverbände

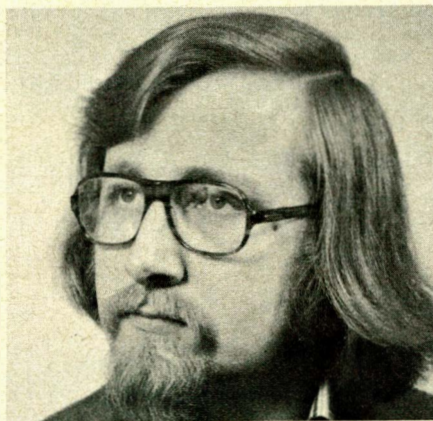
SJD – Die Falken –: ein Sozialistischer Arbeiterjugendver- band

Elan hat es sich zur Aufgabe gestellt, insbesondere im „Forum der Jugendverbände“ seine Leser über die demokratischen und sozialistischen Jugendorganisationen in der BRD zu informieren. Über die Aufgaben und Ziele der „Sozialistischen Jugend Deutschlands (SJD) – Die Falken –“ sprach elan-Redakteur Peter Bubenberger mit dem Vorsitzenden des Bezirks Niederrhein der SJD, Bruno Neurath

elan: 1949 entstand die „Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken –“ aus dem Zusammenschluß der beiden Jugendorganisationen, die vor der Machtergreifung des Hitler-Faschismus noch getrennt waren: der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) und der Kinderfreunde. Auf welche weiteren Traditionen der Arbeiterjugend stützt sich die SJD?

Bruno Neurath: Es ist wichtig daran zu erinnern, daß die Vorläufer der SAJ die nord- und süddeutschen und Berliner Lehrlingsvereine waren – die ersten selbständigen Organisationsformen der deutschen Arbeiterjugendbewegung zu Anfang dieses Jahrhunderts. Das ist zwar schon lange her, aber was damals entstand, ist auch heute noch eine Lebensfrage: selbständige Organisationen der Arbeiterjugend, die als Teil der Arbeiterbewegung den Klassenkampf für die besonderen Belange und Interessen der Arbeiterjugend führen. Nicht Gängelung und Mißtrauen, sondern Vertrauen in die selbständige Kraft der fortschrittlichen Jugend – dieses Prinzip ist bei uns „Falken“ nicht abgeschrieben.

elan: Wie sieht heute die Struktur Eures



Verbandes aus? Wie ist seine soziale Zusammensetzung?

Bruno Neurath: „Alle Mädchen und Jungen, gleich welcher Abstammung, Nationalität oder Religion, können vom 6. Lebensjahr an Mitglied werden“ – so steht es in unserer Satzung. Vom 6. bis zum 15. Lebensjahr gehört man bei uns dem Arbeitsring der „Falken“ an, ab 15 Jahre dem Arbeitsring der „Sozialistischen Jugend“. Wir sind ein Bundesver-

band, der sich in Ortsverbände (in den Vororten z.B.), in Kreisverbände bzw. Unterbezirke (also gewissermaßen in Stadtverbänden) und in Bezirke und Landesverbände gliedert. Auf diesen Ebenen wählen wir auch die entsprechenden Leitungen und die Leiter der Arbeitsringe. Die Bundeskonferenz als höchstes Organ wählt den Bundesvorstand, den Bundesausschuß und die Bundeskontrollkommission.

Daß wir nicht nur auf dem Papier eine Arbeiterjugendorganisation sind, bestätigt die soziale Zusammensetzung des Verbandes: bei einigen regionalen Unterschieden sind bei uns überwiegend junge Arbeiter, Lehrlinge und Angestellte und Kinder aus Arbeiterfamilien zu finden.

elan: Wenn das Stichwort „Freizeitarbeit“ fällt, so denkt man nicht zuletzt an die „SJD – Die Falken“. Was sind heute eure Arbeits- und Aufgabengebiete?

Bruno Neurath: Wir verstehen uns, wie schon angedeutet, als sozialistischer Erziehungs- und Jugendverband. Das heißt, daß neben den jugendpolitischen Perspektiven als Arbeiterjugendverband ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit die Entwicklung von Theorie und Praxis sozialistischer Erziehung ist. Für beide Sektoren gilt, daß sie ihren sozialen Ort im Freizeitbereich haben. Allerdings ist das mit der Einheit von Theorie und Praxis eine Sache, bei der ich einen Mangel unserer Arbeit im Jugendsektor sehe. Denn Arbeiterjugendpolitik spielt sich – gemäß der programmatischen Forderung der SJD nach Vergesellschaftung der Produktionsmittel – eben nicht hauptsächlich in der Freizeit der jungen Arbeiter und Lehrlinge ab, sondern in den Betrieben, heute notwendigerweise in den Großbetrieben. Wir müssen also stärker an betrieblichen Konflikten anknüpfen. Und wir müssen im Interesse der Arbeiterjugend unseren Beitrag zur Stärkung der Gewerkschaften leisten. Jedes Mitglied der Sozialistischen Jugend – ein aktiver Gewerkschafter: dieses ungeschriebene Gesetz hat seine volle Gültigkeit. Hiermit will ich nicht sagen, daß der Kampf um die Freizeitbedürfnisse der Arbeiterjugend wie selbstverwaltete Jugendheime, Sport- und Kulturstätten usw. etwa unwichtig ist. Ich meine nur, daß die Widersprüche, die hier auftre-

ten, abgeleitet sind aus dem grundsätzlichen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Überbetonung der Freizeitarbeit verhindert die Heranführung der Arbeiterjugend an die ihrer Klassenlage gemäßen wichtigsten Kampfziele.

elan: Das pädagogische Aktionsprogramm belegt sehr nachdrücklich die Entwicklung hin zu einem sozialistischen Erziehungsverständnis. Auf welche pädagogischen Traditionen bezieht sich dabei eure Arbeit?

Bruno Neurath: In unserem Aktionsprogramm heißt es: „Sozialistische Erziehungsarbeit kann nur ein Erzieher leisten, der selbst ein sozialistisches Bewußtsein hat, seine gesellschaftliche Situation erkannt hat und weiß, auf welcher Seite er Partei ergreifen muß.“ Traditionen, das sind vor allem unsere „Kinderrepubliken“, die alljährlichen Sommerzeltlager als Höhepunkt der Jahresarbeit unserer Gruppen am Ort. Hier können wir unsere pädagogischen Vorstellungen besonders intensiv praktizieren. Hier können wir demokratische und sozial engagierte Verhaltensweisen einüben, frei von Repressionen und Angst. Wir haben die Möglichkeit, Konflikte, die im Lager auftreten, zu politisieren, das heißt, die gesellschaftlichen Ursachen persönlicher Verhaltensweisen zu verdeutlichen und auch zu verändern. Wir halten uns dabei an das materialistische Verständnis über das Verhältnis von Erziehung und Politik. Denn „Veränderung der Gesellschaft“ bedeutet Aufhebung des Klassengegensatzes, also eine politische und ökonomische Zielvorstellung als Ergebnis von Klassenkampf. Eben aus dieser Strategie heraus erwächst die pädagogische Aufgabe – und nicht umgekehrt.

elan: Du hast von einem „politischen Klärungsprozeß“ bei der „SJD – Die Falken“ gesprochen. Im Mai des vergangenen Jahres hat sich die SJD auf ihrer 13. Ordentlichen Bundeskonferenz eine neue Grundsatzklärung sowie zwei neue Aktionsprogramme, – jeweils für die Erziehungs- und Jugendarbeit – gegeben. Spiegeln diese Bundeskonferenz und die neuen Programme diesen Prozeß wider?

Bruno Neurath: Der Bundeskonferenz gingen monatelange Diskussionen auf allen Verbandsebenen über bereits vorher vorliegende Entwürfe voraus. Ihren Höhepunkt fanden die Diskussionen auf der sogenannten Bielefelder Arbeitstagung über die Verbandspolitik der vergangenen zehn Jahre. Diese waren vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es der Verband versäumt hatte, mit dem Aufleben der Klassenkämpfe in aller Welt, mit der Entwicklung der Studentenbewegung usw. die damit verbundene Reaktivierung des kämpferischen Potentials der westdeutschen Arbeiterjugendbewegung aufzufangen. Daraus folgte, daß z. B. die Lehrlingsbewegung in der BRD ohne die SJD und an ihr

vorbei stattfand. Die nun in der Linken einsetzende Differenzierung brachte einerseits zunächst eine Schwächung der SJD – der linkssektiererische, trotzkistische „Spartacus“ entstand durch Abspaltung unseres Westberliner Landesverbandes. Andererseits ging die allgemeine Politisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und von wachsenden Teilen der Jugend natürlich nicht an uns vorbei, sondern wirkte immer intensiver in die SJD hinein.

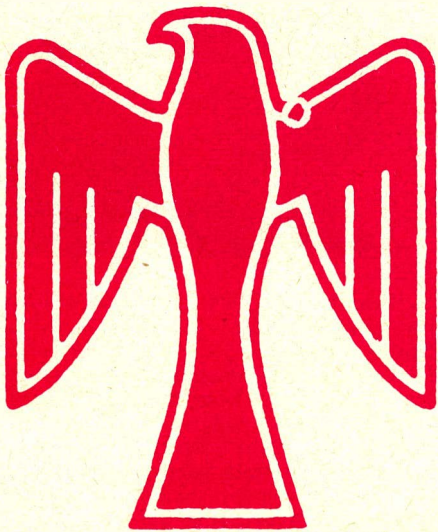
Marxistische Theorie und Weltanschauung kam wieder zum Tragen und wir haben angefangen, unsere Position innerhalb der demokratischen und sozialistischen Bewegung in der Bundesrepublik zu klären. Die 13. Bundeskonferenz war nicht das Ende einer solchen Entwicklung, aber sicher eine wichtige Etappe.

elan: Wie sieht diese Position innerhalb der demokratischen und sozialistischen Bewegung aus? Wie ist die Einstellung zu anderen Arbeiterjugendorganisationen? Wie ist das Verhältnis zu den politischen Parteien in der BRD?

Bruno Neurath: Unsere Grundsatzklärung verpflichtet die Gliederungen unseres Verbandes „in der sozialistischen Bewegung zu arbeiten, sich mit anderen sozialistischen Gruppen politisch auseinanderzusetzen und ihre Unterstützung zu erreichen“. An anderer Stelle sagt die Grundsatzklärung, daß wir zur Verwirklichung unserer Vorstellungen die Zusammenarbeit mit der SPD suchen und auch bereit sind, mit anderen gesellschaftlichen Kräften zusammenzuarbeiten.

Das sind sehr entscheidende Aussagen, die uns zu mehr verpflichten als zu allem, was die Führung der SPD tut oder nicht tut „Ja und Amen“ zu sagen – auch wenn rechte Kräfte im Verband diese Programmaussagen so einseitig interpretieren und auch danach handeln.

Ich meine, daß wir durch unser Programm gerade heute verpflichtet sind, vor allem für die Aktionseinheit der Arbeiterjugend und ihrer Organisationen zu wirken und unseren Beitrag dazu



zu leisten. Nichts in unserem Programm verbietet es uns, mit der Naturfreundejugend, mit der Gewerkschaftsjugend, mit der SDAJ zusammen zu handeln gegen unsere gemeinsamen Gegner. Im Gegenteil. Als es bei der Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau in die entscheidende Runde ging, da haben wir doch alle bei den Streiks in den Betrieben und bei den Aktionen in den Städten zusammengestanden gegen die CDU/CSU. Das war doch mitentscheidend, daß wir nun die Verträge haben. Und das wird auch entscheidend sein beim Verwirklichen der Verträge. Weniger Rüstung – mehr Bildung, um nur ein Beispiel zu nennen, das können wir nur gemeinsam durchsetzen. Eine Arbeiterjugend, die sich in solch lebenswichtigen Fragen einigt ist, gemeinsam mit fortschrittlichen Schülern und Studenten im Bündnis – da wollen und dürfen auch wir nicht abseits stehen. Allerdings, das möchte ich deutlich sagen, Antikommunismus ist da ein untaugliches Mittel zum Zweck. Bei aller politischen Auseinandersetzung mit anderen sozialistischen Organisationen dürfen wir Fehler aus der Vergangenheit nicht wiederholen: Antikommunismus schadet der Arbeiterjugend, nützt ihren Feinden. Der „links“ getarnte genauso wie der offen rechte – beide Positionen sind, zu Teilen, leider immer noch in unserem Verband wirksam.

elan: Das Stattfinden der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten im Sommer 1973 in Berlin (DDR) wirft die Frage nach den internationalen Beziehungen der „SJD – Die Falken“ auf. Wie sieht es damit aus?

Bruno Neurath: Von jeher mißt die Sozialistische Jugend der Herstellung und Festigung internationaler Kontakte besonderes Gewicht zu. Vor mehr als zehn Jahren hat unser Verband bereits Kontakte zu Jugendorganisationen der sozialistischen Länder aufgenommen. Solche und weitere Kontakte in Form gemeinsamer Seminare, des Austauschs von Lehrlingsgruppen und Partnerschaften haben wir in unserem Aktionsprogramm als erstrebenswertes Ziel formuliert. Ich meine, das X. Festival ist in diesem Sinn und entsprechend unserer Aktivitäten gegen Faschismus und Imperialismus für uns wie für die ganze Jugend der Welt die Gelegenheit für Kontakte, für Meinungsaustausch und politische Diskussion. Im Kampf für Frieden, Freundschaft und Solidarität hat die Jugend so viele praktische und theoretische Gemeinsamkeiten, daß es selbstverständlich sein sollte, das Festival bei uns mit allen interessierten Kräften, gleichberechtigt und gemeinsam vorzubereiten und zu besuchen. Allerdings sollten wir auch hier völlig frei sein von Antikommunismus und daraus entspringender Taktiererei. Ich glaube kaum, daß unsere vietnamesischen Freunde, die wir in Berlin treffen werden, dafür Verständnis aufbringen könnten. Angesichts der mörderischen Aggression der USA in Indochina und der Gefährlichkeit des weltweiten Imperialismus kann auch kein Mitglied der „SJD – Die Falken“ dafür etwas übrig haben.

Grundsatzserklärung der Sozialistischen Jugend Deutschlands Die Falken – beschlossen auf der 13. ordentlichen Bundeskonferenz vom 20.-23. Mai 1971 in Essen

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – bekennt sich zur internationalen sozialistischen Bewegung. Ziel der Arbeit der Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken – als Jugend- und Erziehungsverband ist die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsform in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Westberlin.

Sozialismus ist die demokratische Gesellschaftsform, die jedem Menschen ein Höchstmaß an Gerechtigkeit gewährleistet, die Menschenrechte wahrt und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abschafft.

Eine sozialistische Gesellschaft bedingt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das bedeutet: die Werktätigen als Produzenten und Konsumenten entscheiden über die Produktion und über die Verwendung des erarbeiteten Mehrwerts.

Wesentliche Grundwerte des Sozialismus sind:

1. Freiheit, d. h. Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen und Abhängigkeiten, die Möglichkeit zur freien Entfaltung der Persönlichkeit. Die Freiheit des einzelnen findet ihre Schranke am Freiheitsraum des anderen und in der Verantwortlichkeit für die Gesellschaft.

2. Gleichheit, d. h. die gleiche Chance für jeden einzelnen, seine Persönlichkeit zu verwirklichen. Hierfür hat die Gesellschaft die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

3. Solidarität, d. h. Verantwortlichkeit eines jeden für den anderen und für die ganze Gesellschaft.

Sozialismus läßt sich nur durch Demokratie, das ist verantwortliches Mitgestalten aller am gesellschaftlichen Leben, verwirklichen. Dies setzt ein freies Koalitionsrecht für die gesellschaftlichen und politischen Gruppen voraus.

Weg zum Sozialismus

Der Sozialismus läßt sich nur nach umfassender Bewußtseinsbildung in allen gesellschaftlichen Gruppen erreichen. Zur Erreichung einer umfassenden Bewußtseinsbildung ist die politische Basisarbeit von besonderer Bedeutung. Zur Verwirklichung ihrer Vorstellungen vom demokratischen Sozialismus sucht die Sozialistische Jugend Deutschlands die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie ist auch bereit, mit anderen gesellschaftlichen Kräften zur Erreichung ihrer Ziele zusammenzuarbeiten.

Im Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist es Aufgabe unseres Verbandes:

1. Einfluß auf die Bildung eines gesellschaftlichen Bewußtseins bei Kindern und Jugendlichen innerhalb und außerhalb des Verbandes zu nehmen. Die Methoden dieser Einflußnahme müssen unter Beachtung moderner pädagogischer Grundsätze experimentell entwickelt werden und vom jeweiligen Bewußtseinsstand der Kinder und Jugendlichen ausgehen.

2. Unsere Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaftsordnung an die Eltern, die Träger der freien Jugendpflege und die Einrichtungen der öffentlichen Erziehungsarbeit heranzutragen.

3. In der sozialistischen Bewegung zu arbeiten, sich mit anderen sozialistischen Gruppen politisch auseinanderzusetzen und ihre Unterstützung zu erreichen.

Unsere Gruppen sind verpflichtet, über die Freizeitgestaltung hinaus zur Bewußtseinsbildung zu gelangen. Die Arbeit des Verbandes muß besonders dort ansetzen, wo die gesell-

schaftlichen Konflikte junger Menschen ihre Ursache haben. Die Gruppen der Sozialistischen Jugend sind aufgefordert, sich schwerpunktmäßig mit der Situation der Arbeiterjugend zu beschäftigen.

In dem Bemühen eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen, strebt die Sozialistische Jugend folgende gesellschaftspolitischen Ziele an:

Jede Macht muß durchschaubar sein und der ständigen Kontrolle durch die Gesellschaft unterliegen. Um eine wirksame Kontrolle zu sichern, müssen daher die Formen der Demokratie in einem Prozeß ständiger Auseinandersetzung weiterentwickelt werden.

Grund und Boden, die Grundstoffindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen, die Energieversorgung sowie die Großbanken und das Kredit- und Versicherungswesen sind zu vergesellschaften und unter die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung zu stellen.

Wegen der internationalen Verflechtung der Wirtschaft und der Bildung von Wirtschaftsböcken muß der Kampf um die Kontrolle wirtschaftlicher Macht und um Mitbestimmung auf internationaler Ebene geführt werden. Dabei kann die Mitbestimmung nur eine Phase auf dem Weg zur Selbstbestimmung sein.

Es muß ein Bildungssystem entwickelt werden, dessen Ziele, Formen und Inhalte jedem, unabhängig von gesellschaftlichen und materiellen Voraussetzungen, die Chance bieten, seine Persönlichkeit zu verwirklichen, sich auf berufliche und gesellschaftliche Aufgaben vorzubereiten. Es muß ihn befähigen, seine gesellschaftliche Situation zu erkennen und zu verändern.

Die Massenmedien müssen dem Einfluß einzelner entzogen und gesellschaftlicher Kontrolle unterstellt werden, damit eine demokratische Meinungsbildung gesichert ist.

Politische und moralische Anschauungen einzelner Gruppierungen innerhalb der Gesell-

schaft dürfen nicht zu allgemeinen Verhaltensnormen erhoben werden. Gesetzgebung und Rechtsprechung haben sich an den gesamtgesellschaftlichen Notwendigkeiten und dem Grundsatz der Selbstbestimmung des mündigen Staatsbürgers zu orientieren.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – fordert das Recht, ohne Angabe von Gründen den Kriegsdienst zu verweigern.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands tritt für ein friedliches Zusammenleben der Völker auf der Basis gegenseitiger Achtung und Hilfe ein. Die solidarische Zusammenarbeit aller Völker auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ist anzustreben. Alle Bemühungen, die zur Entspannung der Weltlage führen, müssen unterstützt werden, insbesondere die völkerrechtliche Ächtung der Massenvernichtungswaffen und die allgemeine Abrüstung.

Entwicklungshilfe muß ein entscheidender Beitrag zum sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt sein. Hilfe, die neue Abhängigkeit schafft, lehnen wir ab. Bewegungen gegen nationale und soziale Unterdrückung müssen unterstützt werden.

Die Vereinten Nationen müssen auf der Grundlage der Charta der Menschenrechte zu einem Instrument der internationalen Friedenssicherung und Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Die Herstellung einer dauerhaften und freiheitlichen Friedensordnung muß oberstes Ziel der Politik sein. Von der BRD soll die Politik des Gewaltverzichts gegenüber allen – insbesondere europäische Staaten – fortgesetzt werden. Dabei ist von den bestehenden Realitäten auszugehen. Ein gemeinsames europäisches Sicherheitssystem ist zu schaffen; die bestehenden Wirtschafts- und Militärböcke müssen überwunden werden. Die Sozialistische Jugend Deutschlands fordert die Abschaffung aller Streitkräfte und militärischen Institutionen in der Welt.

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken – fordert die arbeitende, lernende und studierende Jugend in der Bundesrepublik auf, sie bei der Durchsetzung der gesellschaftlichen Forderungen dieser Grundsatzserklärung aktiv zu unterstützen.

Die Arbeit mit der Grundsatzserklärung

Von Fritz Schatschneider, Bezirksvorsitzender der SJD – Die Falken im Bezirk Ostwestfalen-Lippe



„Die Sozialistische Jugend Deutschlands ‚Die Falken‘ bekennt sich zur internationalen sozialistischen Bewegung. Ziel der Arbeit der SJD ‚Die Falken‘ als Jugend- und Erziehungsverband ist die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsform in der BRD einschließlich Westberlin.

Eine sozialistische Gesellschaft bedingt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Das bedeutet: die Werktätigen als Produzenten und Konsumenten entscheiden über die Produktion und über die Verwendung des Mehrwerts. Grund und Boden, die Grundstoff-

industrien und marktbeherrschende Unternehmen, die Energieversorgung sowie die Großbanken und das Kredit- und Versicherungswesen sind zu vergesellschaften und unter die Kontrolle der arbeitenden Bevölkerung zu stellen. Im Kampf um eine sozialistische Gesellschaftsordnung ist es Aufgabe unseres Verbandes: In der sozialistischen Bewegung zu arbeiten, sich mit anderen sozialistischen Gruppen politisch auseinanderzusetzen und ihre Unterstützung zu erreichen.“

Diese Auszüge aus der auf der 13. Bundeskonferenz in Essen beschlossenen Grundsatzklärung, die durchaus eine richtige Position widerspiegelt, aber in der Gesamtbewertung „keine konsequente sozialistische Position erkennen läßt“, ist gegenüber den bisher gültigen Programmen ein Fortschritt.

Das Programm ist insgesamt klarer geworden, es enthält konkrete Ansätze über das, was Sozialisten wollen, wie der Kampf geführt werden kann und gegen wen er sich richtet.

Dennoch muß man als „Linke“ innerhalb der Sozialistischen Jugend immer noch seine kritische Distanz bewahren gegenüber dem, was den „Rechten“ abgerungen werden konnte. Denn, so in Schlaglichter Nr. 5 – dem Organ des Landesverbandes NRW: „Sicherlich sind progressive Programme einer progressiven Politik dienlicher als rechtssozialdemokratische. Die Linke läuft jedoch allzu leicht Gefahr, mit stolz geschwellter Brust und der Grundsatzklärung im Gefieder in der Gegend herumzugackern, während die Rechten mit stoischer Ruhe als Inhaber der Machtpositionen ihre Strategie der Entpolitisierung verfolgen.“ Die verabschiedete Grundsatzklärung wird in unserer Verbandszeitschrift „Schlaglichter“ mit folgenden, wie der Autor erklärt, polemischen Bemerkungen bewertet: „Die Verfasser der Grundsatzklärung glaubten, auf die skizzenhafte Analyse der Machtstrukturen eher verzichten zu können als auf die großen Worte über Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Das rächt sich spätestens dort, wo vom ‚Weg zum Sozialismus‘ geredet wird. Zwar liest man zunächst befriedigt von Vergesellschaftung, Selbstbestimmung als notwendiger Konsequenz der Mitbestimmung, internationaler Solidarität und Friedenspolitik. Doch weder wird der Gegner eindeutig bestimmt noch gelingt die Umreißung einer hinreichend erfolgsversprechenden Strategie.“

Bei der Entlarvung jener Macht- und Herrschaftsträger, gegen die sich der Kampf um die sozialistische Gesellschaft richten muß, hätte die Benennung der politischen und ökonomischen Monopole als interessen-identischem Ausbeutungs- und Unterdrückungsapparat freilich Kollisionskurs mit der sozialliberalen Regierung bedeutet. Eins ist aber doch klar: Ob beispielsweise der

Wirtschafts- und Finanzminister Strauß oder Schiller heißt, verändert den Charakter der Wirtschaftspolitik im organisierten Kapitalismus noch nicht grundlegend. Immerhin befinden sich die ‚Falken‘ in diesem Punkt in illustrierter Gesellschaft. Auch die Jungsozialisten drücken sich gern um die fundamentale Erkenntnis herum, daß der Staat eine Art organisierten Geheimkapitalist verkörpert, der selbst in die Schlußlinie sozialistischer Agitation geraten muß.“ Der Bezirk Ostwestfalen/Lippe, über den es hier auch zu berichten gilt, hat innerhalb des Verbandes schon immer eine betont „linke Position“ bezogen und hat auch auf der letzten Bundeskonferenz einen Alternativentwurf für ein Aktionsprogramm vorgelegt, das zumindest dazu geführt hat, daß das beschlossene Aktionsprogramm nur vorläufig beschlossen wurde, und es einer außerordentlichen Konferenz vorbehalten ist, die im Herbst dieses Jahres tagen wird, um ein endgültiges Aktionsprogramm zu erarbeiten. Es soll im folgenden auch nicht darum gehen, die Aktivitäten des Bezirks besonders hervorzuheben, wie die Mitarbeit in der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, die aktive Mitarbeit in der Notstandsgegnerbewegung, auch schon zu dem Zeitpunkt, als sich die Mehrheit des Verbandes gegenüber den Notstandsgesetzen mehr zustimmend als ablehnend verhalten hat, die Initiierung der Außerparlamentarischen Opposition in Ostwestfalen-Lippe oder die Mitarbeit in der Initiative Internationale Vietnamsolidarität.

Dennoch kann vielleicht die Aufzählung dieser Aktivitäten eine gewisse politische Linie aufzeigen und verdeutlichen. Auf der letzten Bezirkskonferenz, die nicht nur die bisherige Linie der Fortsetzung der aktiven Mitarbeit in den Gewerkschaften bestätigte, wurde, beeinflusst durch den Versuch der

CDU/CSU, durch Abgeordnetenkauf den Sturz der sozialdemokratisch geführten Regierung durchzuführen, beschlossen, in Ostwestfalen-Lippe eine Anti-CDU-Kampagne zu initiieren und durchzuführen.

In Ostwestfalen und vor allem im Wahlkreis von Rainer Candidus Barzel soll versucht werden, die CDU/CSU als das hinzustellen, was sie ist: nämlich die Partei des Großkapitals, das Sammelbecken faschistischer, revanchistischer und reaktionärer Kräfte. Diese Kampagne als Hauptaktivität der „Falken“ in Ostwestfalen, die geführt wird unter der Parole „Wer Barzel wählt, wählt Strauß“, wird sicherlich nicht dazu führen, daß die Sozialistische Jugend den Kampf gegen das undemokratische und verfassungswidrige Berufsverbot, für die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau und weitere für die Zukunft der arbeitenden und lernenden Jugend wichtige politische Probleme in den Hintergrund stellen wird. Hierbei zählt unserer Meinung nach auch die einheitliche Beteiligung der fortschrittlichen Jugendverbände der BRD an den Weltjugendfestspielen in Berlin.

Doch eins muß jedem bewußten Demokraten in der BRD klar sein: Es muß verhindert werden, daß die CDU/CSU bei den Bundestagswahlen, seien sie in diesem Jahr oder 1973, die Mehrheit im Bundestag erringt.

Eine Anti-CDU-Kampagne ist ein Teil, ein wichtiger Teil eines Stückes der Bewußtseinsbildung in allen gesellschaftlichen Gruppen über den Charakter der CDU/CSU.

Ich meine, gute fortschrittliche Programme gibt es nicht nur bei den Falken, jedoch sind diese noch lange kein Beweis für die gute praktische Arbeit zur Durchsetzung dieser Programme.

Viele Anti-CDU-Kampagnen sind erforderlich!

Die Ziele hochstecken

Von Dieter Lasse, Bundesvorsitzender der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“

Der wichtigste Schritt zur europäischen Sicherheit wird die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau durch den Deutschen Bundestag sein. Diese Verträge, für deren Verwirklichung sich die Sozialistische Jugend seit Jahren eingesetzt hat, werden dazu beitragen, den Frieden in Europa zu sichern und eine Atmosphäre der Zusammenarbeit zu schaffen.

Unsere innenpolitischen Hauptgegner, die CSU und die CDU, mit ihrem konservativ-reaktionären Anhang, wissen natürlich genau, daß sie nach Ratifizierung der Verträge nicht mehr ohne Unterlaß mit dem kommunistischen Buh-

mann die Bürger verschrecken und Wählerstimmen gewinnen können. Deshalb gehen sie – inzwischen international in dieser Frage isoliert – mit allen Mitteln auf die Ostpolitik der SPD/FDP-Koalition los. Ihnen ist wirklich jedes Mittel recht, die gesamte linke und die liberale Mitte in unserem Lande zu verteuflern.

Für uns kann es daraus nur eine Konsequenz geben: ... unsere ganze Kraft gegen die CDU/CSU einzusetzen – von dort her kommt die Gefahr der Reaktion.

(Gekürzt aus „jg-aktuell“ 2/72, der Zeitschrift der „SJD – Die Falken“ –)

„Frieden jetzt!“

Proteste gegen Nixon auch in US-Kasernen

Von Reinhard Junge

„Wir haben Eueren verdammt-ten Krieg nicht gewollt!“ hallte es am Nachmittag des 30. Mai in Sprechhören durch die Schweinfurter US-Kaserne „Ledwards-Barracks“. Mehr als 100 in der BRD stationierten US-Soldaten hatten sich zu einem Protestzug gegen Nixons Kriegspolitik formiert, der von der Kaserne in das amerikanische Wohnviertel führte. Nachdrücklich und unüberhörbar die Forderung der Soldaten: „Frieden jetzt!“

Diese Forderung vereinigte die 100 Soldaten mit Millionen Menschen in aller Welt. Der verschärfte US-Terror in Indochina



Von Napalm aus südvietnamesischen und US-Bombern bei lebendigem Leib verbrannt: Völkermord bleibt Völkermord!

hat überall zu neuen, breiten Protesten gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen den Großmachtwahn und die faschistische Ausrottungspolitik der US-Monopole geführt.

Mit Bombenteppichen auf Wohngebiete, mit der Zerstörung von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern, mit der Verminderung vietnamesischer Gewässer und der chemischen Verseuchung landwirtschaftlicher Nutzfläche – so wollen Nixon und seine Generale die militärischen Erfolge der vietnamesischen Befreiungskräfte rückgängig machen und ein ganzes Volk „in die Steinzeit zurückbomben“.

Dies und die wochenlange Sabotage der Pariser Friedensgespräche haben Nixon vor den Augen der Welt demaskiert, haben gezeigt, was er unter „ehreivollem Rückzug“ und unter „Friedensbereitschaft“ versteht. Für die Vertreter der Demokratischen Republik Vietnam und der Befreiungsfront hingegen war der militärische Erfolg immer nur eine von vielen Möglichkeiten, zum Frieden zu kommen: die vietnamesischen Patrioten sind auch weiterhin zu Verhandlungen bereit, denn so können weitere Men-

schonopfer vermieden werden. Die militärischen Erfolge der südvietnamesischen Befreiungsfront haben gezeigt: trotz des US-Bombenterrors und der riesenhaften Waffenlieferungen an die Saigoner Söldner sind sie stärker als die demoralisierten Landsknechte des Thieu-Regimes. Und die Reformen in den befreiten Gebieten – die Einführung von Schulunterricht, dörfliche Selbstverwaltung und ärztliche Versorgung – zeigen der Bevölkerung, welche Armee in Wahrheit die Interessen des Volkes vertritt.

Aber allein wird Vietnam nicht siegen können: es braucht auch weiterhin die internationale Solidarität aller demokratischen Kräfte. Vor allem die politische, wirtschaftliche und militärische Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten ist dabei unersetzbar. Und die UdSSR hat es Nixon bei seinem Besuch in Moskau klar erklärt: Nur durch den Abzug aller amerikanischen Truppen aus Indochina kann der Krieg beendet werden. Und die sowjetische Hilfe läuft weiter: Lebensmittel und Medikamente, Industrieanlagen und Kraftfahrzeuge, Waffen und Munition – wie bisher. →



Auch in den kapitalistischen Ländern wird die Solidarität verstärkt. So hat die SDAJ im Rahmen einer Aktion des Weltbundes Demokratischer Jugend bisher über 60 000 DM für ein Kinderkrankenhaus in Vietnam gesammelt. Die Aktion geht weiter, das nächste Ziel heißt 100 000 DM (Spendenkonto: SDAJ, Postscheckkonto Essen 19 37 55, Vermerk: Vietnam). Die Frühjahrskampagne '72, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung, hat unter anderem die Forderung erhoben, sofort alle Devisenzahlungen der Bun-

desregierung an die USA zu stoppen (jährlich 3,8 Milliarden DM). Diese Forderung wird auch auf den Antikriegsveranstaltungen am 1. September, dem Jahrestag des faschistischen Überfalls auf Polen, im Mittelpunkt der Aktionen stehen. Schon jetzt haben in vielen Orten Falken und SDAJler, junge Naturfreunde und Gewerkschafter, Mitglieder des SHB und des Spartakus mit den Vorbereitungen zum Antikriegstag begonnen: Keine Mark und keinen Mann für den Krieg in Vietnam!



Der militärische Reklamefeldzug geht weiter. Während CDU/CSU ihre Hetze gegen demokratische Soldaten und Kriegsdienstverweigerer fortführen, sollen nun auch die Sechs-, Acht- und Zehnjährigen in einen „Zustand der Besoffenheit“ (Liebknecht) versetzt werden: mit bunten Sammelbildchen.

In „Wundertüten“, die bisher Bilder von Uwe Seeler und Netzer oder die neuesten Sportwagen enthielten, wird nun „Die deutsche Bundeswehr“ vorgestellt. Eine Tüte enthält drei Bilder, Kostenpunkt: 20 Pfennig. Kindliche Sammelleidenschaft, kombiniert mit dem Interesse für Technik und alles Neue, als Vehikel für militaristische Begeisterung – herausgegeben von einer Firma, die sich bezeichnenderweise „Americana“ (Sitz: die Hauptstadt der CSU-Reaktion, also München) nennt, und an den Wundertüten sicher nicht schlecht verdient.

Die Bundeswehr-Bildchen müssen aus den Kiosken ' raus! – auch das gehört zum antimilitaristischen Kampf.

„Volksfest“ in der Uni

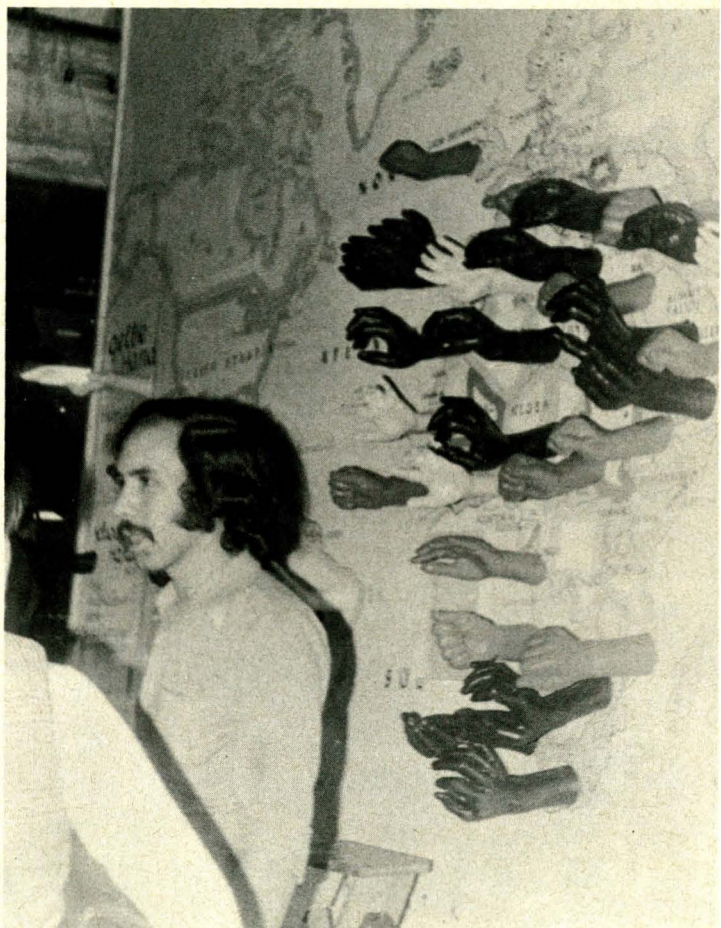
4 500 kamen zu Pop und Politik

Von Ulf Stuberger

Es scheint zur Tradition zu werden, daß jedes Jahr einmal in der Universität Karlsruhe ein „Volksfest“ vom AstA veranstaltet wird. Dieser Tag der „offenen Tür“ wurde im letzten Jahr zu einem überwältigenden Erfolg.

Das Volksfest 1972 eröffnete

die Schalmeyenkapelle aus Wiebelskirchen mit Liedern und Märschen der Arbeiterbewegung. Das allein schon deutet auf den politischen Charakter dieser Großveranstaltung hin. Bierzelt und Schaschlik-Stand im Freien trugen zur richtigen Atmosphäre bei. Gleich am Eingang hatte das bekannte Künstler-Studio Bast/Maertin sein Objekt „Weltkarte“ aufgebaut. Hier konnten die Besucher selbst an der künstlerischen Gestaltung mithelfen. Viele Diskussionen gab es über die Länder der Welt, da jeder die Möglichkeit hatte, verschiedene Symbole für die wesentlichen Merkmale der Staaten (Armut, Analphabetentum, Ausbeutung, Unterdrückung oder fortgeschrittene kapitali-



Zahlreiche Diskussionen gab es vor der „Weltkarte“ des Künstler-Studios Bast/Maertin.

istische Staaten wie die rote Faust als Zeichen des Sozialismus) an die überdimensionale Karte zu heften.

Im Mensafoyer waren Verkaufsstände verschiedener ausländischer Gruppen aufgebaut. Die Jugendvertretung der Universität informierte über ihre Tätigkeit und MSB Spartakus, SDAJ und DKP waren ebenfalls durch Bucherverkauf und Informationsstände vertreten.

In drei verschiedenen Sälen lief das eigentliche Programm: Pop- und Beat-Bands wechselten sich mit Jazzern ab, eine Dixie-Gruppe war besonders erfolgreich. In einem weiteren Raum wurden Kurzfilme non-stop gezeigt.

Auch die Songgruppe Karlsruhe fand auf dem Programm. Mit Liedern, die einen künstlerischen Beitrag zum Kampf um mehr Demokratie leisten sollen, versuchte die Gruppe auch, die Verbindung zwischen Arbeitern und Angestellten wie Studenten ein wenig zu verbessern.

Die überraschende Attraktion aber war eine Wurfbude des MSB Spartakus. Auf Konsertendosen hatte die „Gruppe Kunst und Öffentlichkeit Karlsruhe“ die Konterfeis der Enttarnungsfeinde gemalt: Strauß, Filbinger, Hahn, Nixon, Schmidt-Schnauze und das Symbol der „Bild-Zeitung“ für Springer. Drei Würfe mit roten Kugeln nach diesen Dosen kosteten 0,20 DM. Bei Erfolg – alle Dosen mußten umgeworfen werden – erhielt der Schütze ein Frei-Exemplar der „UZ“. Der Erlös aus diesem sportlichen Wettkampf wird vom Spartakus für ein Krankenhaus in Vietnam gespendet – es sind seit über 260 Mark eingegangen. Sicherlich ist das ein nachmenswertes Beispiel, wie überhaupt das ganze Fest exemplarischen Charakter trug.

Das Problem: Wie kriegen wir außer Studenten auch andere Menschen zu Veranstaltungen die Uni ist vom Karlsruher STA gelöst worden. Sicherlich und auch die sozialen Eintritts- und Verzehrpriese ein Grund für viele gewesen, an diesem Abend nicht in den Beat-Chuppen zu gehen, der einem den letzten Groschen aus der Tasche zieht.



Angelas Kampf geht weiter

Von Reinhard Junge

Angela Davis ist frei. Die von Staatsanwalt Harris zusammengezimmerter Anklage brach zusammen wie ein Kartenhaus: 95 gekaufte Belastungszeugen blamierten sich, einer nach dem anderen. Ist also in den USA, dem Land mit den meisten Morden und Sittlichkeitsverbrechen in der Welt, die Gerichtsbarkeit noch intakt, fair, unparteiisch?

Angela Davis selbst gab nach ihrem Freispruch die Antwort: Nein. Sie, die entschiedene Kriegsgegnerin, Kämpferin für die Aufhebung der Rassenschranken und Kommunistin, mußte freigesprochen werden, weil die Augen der Weltöffentlichkeit auf den Gerichtssaal von San Jose gerichtet waren.

Millionen Menschen in aller Welt haben sich in den letzten 21 Monaten für Angela Davis' Freiheit eingesetzt. In vielen Städten der BRD gab es Solidaritäts-Komitees, die für Angelas Freiheit, für die Freiheit aller politisch verfolgten US-Bürger und für die sofortige Beendigung der Aggression in Indochina eintraten.

Am 27. Mai fand in Essen die bisher größte Solidaritäts-Kundgebung in NRW statt. Bei strömendem Regen waren mehr als 4 000 Arbeiter und Angestellte, Schüler, Lehrlinge und Studenten durch die Innenstadt marschiert. Sie forderten den sofortigen Abzug der US-Truppen aus Südostasien und die Einstellung der Devisenzahlungen der BRD an die USA (1972: 3,8 Mrd. DM!).

Charlene Mitchell, Mitkämpferin von Angela Davis, verurteilte den gescheiterten Versuch, die ehemalige Dozentin an der Universität Berkeley zu einer Verbrecherin abzustempeln: „Wenn Nixon Bomben auf Kindergärten werfen läßt, dann kann man nur sagen: Nixon selbst ist ein Terrorist!“

Auf der Kundgebung, auf der auch Martha Buschmann vom Präsidium der DKP, der SDAJ-Vorsitzende Rolf-Jürgen Priemer und – in Vertretung für den Marburger Prof. Bartsch, Dr. Weber sprachen, berichteten Sprecher der Angela-Davis-Solidaritäts-Komitees von NRW von ihrem Zusammenschluß. Gemeinsam wollen sie ihre Solidarität mit der antiimperialistischen Bewegung in den USA verstärken.

Daß der Kampf mit Angelas Freilassung nicht beendet ist, erklärte der Bundesvorstand der SDAJ nach dem Freispruch: „Angela Davis muß ihre Stellung als Dozentin zurückerhalten. Alle diskriminierenden Maßnahmen müssen zurückgewiesen werden. Sie muß die Möglichkeit erhalten, der Einladung zum X. Festival der Jugend und Studenten, 1973 in Berlin/DDR, nachzukommen. Jetzt gilt es, noch entschiedener die Forderung zu erheben: Schluß mit der US-Aggression in Vietnam, Laos und Kambodscha.“

Ähnlich äußerte sich auch der Arbeiterschriftsteller Max von der Grün, der im Dortmunder Solidaritäts-Komitee mitgearbeitet hat. Er erklärte gegenüber elan in einem Telefoninterview: „Die Angela-Davis-Solidaritäts-Komitees sind jetzt nicht etwa überflüssig geworden, denn der Rassismus in den USA und der Krieg in Vietnam bestehen weiter. Die Komitees sollten im alten Sinne weiterarbeiten, und sie sollten auch ihre Namen behalten. Weil der Name Angela Davis für etwas steht, das vielen Leuten sofort einsichtig ist.“

Der Feind steht rechts

Von A. van Buren

„Linken Terror“ entdeckt die CDU/CSU allerorten. Nach dem Motto: „Wer links ist, ist ein Hintermann der Baader-Meinhof-Gruppe und folglich ein Bombenleger“ verdächtigt sie alle Leute, die ihr nicht genehm sind. Der Fall des Schriftstellers Heinrich Böll ist nur ein Beispiel dafür.

Dagegen breitet sich ein Mantel des Schweigens über der NPD und den ganzen rechten Klüngel aus. Offiziell wurde die NPD von Minister Genscher für ungefährlich erklärt. Ungefährlich? In NRW baut die NPD unter stärkster Geheimhaltung eine neue Schlägertruppe – Organisierungsdienst genannt – auf. Sicherlich sind noch vielen die Einsätze des NPD-„Ordnerdienstes“ von 1969, aber auch aus der jüngsten Zeit in Erinnerung. Zahlreiche blutige Überfälle auf politische Gegner gehen auf sein Konto.

Was ist zum Beispiel, wenn ein NPD-Mitglied im öffentlichen Dienst beschäftigt ist? In Amberg in Bayern gibt es einen Polizeimeister Anton Kollroß, der gleichzeitig NPD-Kreisvorsitzender ist. Im Bundestagswahlkampf 69 war Anton Kollroß sehr aktiv. Einen Landwirt bedrohte er mit seiner Dienstpistole, als dieser ein NPD-Plakat von seinem Grundstück entfernte, das Kollroß gerade dort geklebt hatte. Außerdem riß er Plakate der SPD und der DKP ab und beschmierte Mai-Plakate des DGB mit Hetzparolen der „Aktion Widerstand“.

Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen im Fall des Landwirts ein. Wegen der Plakataktionen wurde der NPD-Funktionär – trotz überführender Zeugenaussagen – freigesprochen. Nach diesem Freispruch wurde er dann noch in geradezu demonstrativer Weise befördert!

Auf eine Anfrage des Landtagsabgeordneten Koch von der



Neonazis und Revanchisten – uniformiert und mit Stahlhelm der Nazi-Wehrmacht.

SPD an den bayrischen Innenminister Merk hat dieser sich dazu bisher nicht geäußert.

Wie sagte doch Franz Woschek, Mitglied des Hauptvorstandes des DGB: „Wir warnen jedoch davor, die Bombenanschläge der letzten Tage vor schnell einer bestimmten Richtung zuzuschieben. Man muß vielmehr überlegen, ob nicht von der Verteufelung Andersdenkender, vor allem durch Rechtskonservative anlässlich der Ratifizierungsdiskussion, bis zur Anwendung nackter Gewalt durch Kriminelle und Irre nur ein kleiner Schritt ist.“

Wer Plakate malen läßt ‚Brandt an die Wand‘, der darf sich nicht wundern, daß in einem von Landerheften, Groschenromanen, politischer Pornographie verwirrten Gehirn eines jungen Menschen der Gedanke aufkommen kann, solche politischen Parolen in die Tat umzusetzen.“ Waren es nicht gerade Strauß und Springer, die zu Gewalttaten gegenüber Andersdenkenden aufriefen?

Sie sind es, die die Atmosphäre der Gewalt verbreiten. Jetzt wollen sie mit dem Vehikel der Baader-Meinhof-Gruppe eine Angst- und Haßpsychose gegen Links, gegen alle Demokraten, in der Bevölkerung entfachen. Wir müssen wachsam sein. Der Feind steht rechts!



Münchener Lehrlinge und junge Arbeiter haben die „Sedanstraße“ im Münchner Stadtteil Haidhausen in „Philipp-Müller-Straße“ umbenannt. Eine antimilitaristische Aktion im doppelten Sinn: 1871 verbluteten auf dem Schlachtfeld bei Sedan Tausende junger französischer und deutscher Soldaten. Vor 20 Jahren wurde in Essen Philipp Müller erschossen, weil er gegen die drohende Remilitarisierung demonstrierte. Solche Aktionen – die Umbenennung von Straßen mit reaktionären und militaristischen Namen – machen deutlich, worum es jetzt in erster Linie geht: die Verträge von Moskau und Warschau zu verwirklichen.

Besuche in Moskau

Peter Bubenberger

Am 22. Mai 1972 trifft Richard Nixon, Präsident der USA, auf dem Moskauer Flughafen ein. Nixon – für Millionen friedliebender Menschen in der Welt das Symbol für den systematischen Völkermord in Vietnam, Laos und Kambodscha. Nixon, der Kriegsverbrecher! Viele, die seinen Empfang mitverfolgen am Fernsehen, in der Tageszeitung, erinnern sich der Meldungen, die wenige Tage vorher um die Erde gingen:

Bomben und Napalm fallen wieder aus US-Kampfflugzeugen auf die Städte, Schulen und Krankenhäuser Nordvietnams. Auf Befehl Nixons wurden die Seehäfen und Binnengewässer Nordvietnams

die BRD, hat 1972 zwei Verträge rechtskräftig gemacht, in denen die Grenzen in Europa (und damit auch die der DDR) völkerrechtlich verbindlich anerkannt werden mußten. Weil an der mächtigen Realität der sozialistischen Staaten nicht mehr vorbeizukommen war. Und weil die arbeitenden Menschen bei uns es so wollten.

Darum ging es im Prinzip auch bei Nixons Gang nach Moskau. Das Prinzip heißt: friedliche Koexistenz.

Es gilt seit der Geburtsstunde des Sowjetstaates, dessen erstes Wort 1917 „Frieden“ war. Frieden zu sichern für die arbeitenden Menschen der ganzen Welt, für ihren Kampf gegen den Feind im eige-



verminkt: Der ständige Strom der weltweiten materiellen, humanitären und militärischen Hilfe, vor allem die entscheidenden Waffenlieferungen aus der Sowjetunion sollen gestoppt werden. Mehr als das Schicksal Vietnams steht auf dem Spiel. Der Weltfrieden ist bedroht. Wie sagt man so bezeichnend: Die Welt hält den Atem an. Und dann Nixon auf dem Moskauer Flughafen. Ein kühler, förmlicher Empfang. Breshnew ist nicht erschienen. Von einem Freundschaftsbesuch keine Spur. Im Kreml beginnen die Gespräche. Und das ausgerechnet jetzt? fragen sich zahlreiche Menschen in aller Welt, die voller Anteilnahme den heroischen Kampf der Völker Indochinas, voller Bewunderung ihre wachsenden Erfolge verfolgt haben.

Ja, ausgerechnet jetzt! Denn die kriegstolle US-Regierung, die im kleinen Vietnam auf die Karte des „alles oder nichts“ setzt und die Verhandlungen in Paris boykottiert – ihr oberster Vertreter Nixon muß nach Moskau fahren und verhandeln über die Frage „Krieg oder Frieden“. Weil er das reale Kräfteverhältnis in der Welt anerkennen muß. Und er weiß sehr genau, daß es darum geht bei seinem Besuch, und daß er sich für seine Verbrechen in Vietnam keinen sowjetischen Segen und kein Stillschweigen erhandeln kann. Er muß verhandeln mit einem Staat, den er am liebsten noch morgen (könnte er es) ebenso liquidieren würde, wie er es mit Vietnam heute versucht. Verträge wurden abgeschlossen, Vereinbarungen getroffen, zu denen noch vor einigen Jahren kein US-Imperialist bereit gewesen wäre – Verträge über Abrüstung und zur Verhinderung eines atomaren Weltkrieges, die im Interesse der Völker der ganzen Erde sind. Denn weniger Rüstung und weniger Furcht vor einem neuen imperialistischen Weltkrieg ist und bleibt nun einmal ein Fortschritt für die arbeitenden Menschen, die zu Millionen ihr Leben in den vom Imperialismus entfesselten Weltkriegern lassen mußten.

Ein Blick zurück ins eigene Land macht vielleicht manches klarer: Der Staat, der seit seiner Gründung die Liquidierung der sozialistischen DDR auf seine imperialistischen Fahnen geschrieben hatte,

nen Land und ihre Befreiung von den vielen Nixons im Laufe der Geschichte, die sie in die Kriege gegen ihre Kollegen auf der anderen Seite des Grabens hetzten – das heißt „friedliche Koexistenz“. Mit Unterschrift und Siegel muß der Imperialismus seine Grenzen zur Kenntnis nehmen und vor der Weltöffentlichkeit bestätigen, daß er so, wie er möchte, eben nicht mehr kann.

Davon abzulenken, sind die antisowjetischen Profis in den bürgerlich-kapitalistischen Redaktionsstuben, die sonst über die US-Verbrechen in Indochina so gut wie nichts (oder nur Verfälschtes) berichten, immer besonders einfallreich gewesen. Sofort hatten sie den Dreh raus und griffen genüßlich folgende und andere Hirngespinnste von maoistischem (in diesem Fall albanischem) Antisowjetismus auf: Beim Tete a Tete“ (auf deutsch: traulichem Beisammensein) zwischen Nixon und Breshnew gehe es um „Gespräche zwischen Feinden des vietnamesischen Volkes und seines Kampfes, um Gespräche, die darauf abzielen, den Befreiungskampf zu sabotieren und dem US-Aggressor die unvermeidliche Niederlage zu ersparen“.

Man ist da nicht zimperlich, Hauptsache, die antisowjetische Stoßrichtung stimmt, um das Vertrauen vieler Menschen in die solidarische Hilfe der sozialistischen Länder zu erschüttern, vor allem aber, um abzulenken von gerade jetzt bei uns notwendigen Aktionen der Solidarität mit dem kämpfenden Indochina.

Der US-Pilot, der vielleicht zur gleichen Zeit mit seinem Bomber von hochmodernen sowjetischen Raketen vom Himmel geholt wird, kennt den sowjetischen Standpunkt allerdings etwas anders. Genau einen Monat später steigt in Moskau der erste sozialistische amerikanische Präsident die Gangway hinunter. Ein jubelnder Empfang der Moskauer Bevölkerung. Breshnew begrüßt den Gast mit Bruderkuß: Fidel Castro, kubanischer Ministerpräsident, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Cubas, Freund und Genosse.

Noch ein Wort zu beiden Bildern: In Kuba, wo der US-Imperialismus „hautnah“ vor der Tür steht, schreiben die Zeitungen den Namen des amerikanischen Präsidenten so: Nixon!



Auf der Freilichtbühne: die Bonner Songgruppe „Solidarität“

Die Fete im Park von Montreau



Es ist gegen Mittag, als wir den Pariser Stadtteil Montreuil erreichen: ein Arbeiterviertel mit kommunistischer Stadtverwaltung. Wir passieren das Verwaltungsgebäude, überqueren die Rue de Stalingrad, fahren weiter zum Parc Montreau. Unser Weg ist nicht zu verfehlen: an Häuserwänden und Bäumen kleben gelbe Zettel mit einem schwarzen Pfeil und der Aufschrift „Fete d'Avantgarde“.

Avantgarde“ ist die Zeitung des französischen kommunistischen Jugendverbandes. Und die „Fete“, von der da die Rede ist, ist ein Pressefest und gleichzeitig eins der größten Volksfeste in Frankreich. An diesem Freitagnachmittag bauen wir im Park unseren elan-Stand auf, zwischen den Ständen von zahlreichen Bruderzeitungen aus den sozialistischen Ländern. Über Wiesen und Wege, durch das Unterholz rieseln noch Hunderte von Helfern, die hier noch schnell eine Wurstbude aufbauen, da noch ein Transparent aufhängen. Den ganzen Nachmittag und bis in den Abend hinein gießt es in Strömen. Aber Petrus gibt sich als Genosse. An beiden folgenden Tagen, während des Pressefestes scheint die Sonne. Und was an den nächsten beiden Tagen im Parc Montreau vor sich geht, läßt sich kaum beschreiben. Dreißig- bis vierzigtausend Jugendliche umlagern die Stände der Zeitungen, die Erfrischungsbuden und vor allen Dingen die Freilichtbühne, auf der ein Non-stop-Programm abrollt: Les Calchakis mit lateinamerikanischer Musik, der Chansonnier Julien Clerc, ausländische Agitprop- und Kulturgruppen, darunter Mitglieder des Oktoberclubs aus der DDR und die Popper Songgruppe Solidarität.

Am Samstagabend sorgen die „Soft Machine“ für Stimmung. Und als einmal für kurze Zeit der Strom ausfällt, wird die Zeit mit Sprechchören überbrückt: „Nixon – Fasciste – Assassin“ („Nixon – Faschist – Mörder“) dröhnt es durch den Park.

Übrigens: An diesen beiden Tagen konnte der kommunistische Jugendverband allein auf dem Pressefest 816 neue Mitglieder aufnehmen.

Am Sonntagmorgen geht es weiter. Wir erleben eine mächtige Kundgebung gegen den Krieg in Indochina, gegen die arbeitereindliche Politik der Regierung Pompidou. Führende Vertreter der Kommunistischen Partei und ihrer Jugendorganisation sprechen zu den Jugendlichen.

Hauptaufgabe der fortschrittlichen Kräfte in Frankreich ist zur Zeit die Durchsetzung eines Programms zur Volkseinheit. Ein Programm, das bereits überall diskutiert wird, von dem die französischen Kommunisten bereits mehrere hunderttausend Exemplare verkauft haben.

In diesem Morgen erleben wir noch eine Überraschung. Wir treffen Andre Diedrich, einen jungen Renault-Arbeiter aus Paris. Im letzten Jahr war er bei uns in der Bundesrepublik zu Gast, auf dem Kongreß „Arbeiterjugend kontra Monopole“ in Necklinghausen.

Wir diskutieren mit Andre über die Situation der Lehrlinge und Jungarbeiter bei Renault.

Aber er ist nicht der einzige, mit dem wir sprechen. Wir gehen an die Stände fragen, sammeln Erfahrungen. Wir sind nicht die einzigen, die fragen. Oft heißt es: „Wie geht es denn bei euch aus? Was wird denn nun aus den Verträgen von Moskau und Warschau?“

Und immer wieder: „Auf Wiedersehen im nächsten Jahr, beim Festival der Jugend in der DDR, in Berlin.“



oben:

„Les Calchakis“ – Musik aus den Anden



links:

Der Chansonnier Julien Clerc begeistert in Frankreich Zehntausende. Mit seinem Auftritt begann ein „Run“ auf die Wiese vor der Freilichtbühne.

unten:

Großes Interesse für den elan-Stand: unsere Zeitungen fanden reißenden Absatz.





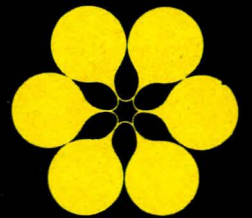
VER- HÜTEN- ABER WIE?

Von Holger Krull

Das Echo auf die Frage: Bumsen ohne Schein? in der letzten Ausgabe des elan war unüberhörbar. Deshalb sich die Redaktion entschlossen, in Form einer Serie in den nächsten Monaten über Probleme der Sexualbeziehungen junger Menschen zu berichten. Heißt das, daß elan sich nun mit einiger Verspätung in die Wogen der Sexwelle stürzt? Die journalistischen Steigbügelhalter der Monopole heizen ganz bewußt eine Atmosphäre an, in der es von nackten Busen und Schenkeln nur so wimmelt. Die Hohepriester des Kapitals haben sich eine Orgasmus-Ideologie auserkoren, deren Gott der sechsstündige Beischlaf mit zwölf Höhepunkten ist. Deren politische Variante stempelt die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten zu sexfeindlichen Legenden ab und erläutert jedem, mag er es wissen wollen oder nicht, daß 1. Sex Spaß macht, 2. im Sozialismus Sex verpöht ist und 3. deshalb der Sozialismus abzulehnen sei. Dabei genügt ein Blick hinüber zum sozialistischen Nachbarn DDR, um die Verlogenheit solcher Behauptungen zu widerlegen: dort ist jetzt die Schwangerschaftsunterbrechung bis zum dritten Monat legal, und eine Vielzahl begleitender sozialer Maßnahmen im Interesse der Menschen nimmt die Furcht vor unerwünschter Schwangerschaft. Die Herrschenden bei uns hoffen, zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen zu können: Neben dem Erfinden ganz neuer Ammenmärchen über den Sozialismus und seine gesellschaftliche Wirklichkeit wollen sie der Arbeiterjugend ein Ventil geben, auf dem der aufgestaute Ärger über schlechte Ausbildung und gute Ausbeutung, hohe Fahrpreise und niedrige Lehrlingslöhne entweichen soll. Motto: Bums und arbeite, aber hör auf nachzudenken! Die viel gepriesene „sexuelle Revolution“ ist in Wirklichkeit keine. Das System verändert sie nicht, eher lenkt sie davon ab. Das geht langsam auch manchem der „linken“ Theoretiker auf, die zur Freude der Unternehmer und ihrer Parteien vom Klassenkampf weg um

in zum Kampf an der „Sexfront“ orientieren wollten. Doch genauso bewußt wie diese Ideologie über BILD und BRAVO angepeitscht wird, so wird echte Aufklärung der Jugend vorenthalten. Der dumme, der soll auch Angst vor den Folgen haben. Das schafft Unsicherheit. Unsichere Lehrlinge sind leichter zu manipulieren und auszubeuten. Also wird alles getan, um echte Aufklärung von ihnen abzuhalten. Lehrer, die in den Schulen fortschrittliche Sexualkundebücher wie etwa:

„sexualinformation für jugendliche“ von Bent Claesson aus dem Verlag Neue Kritik, verwenden, stehen mit einem Bein im Arbeitsamt. Der Hamburger CVJM wurde aus seinem Verband ausgeschlossen, weil er eine Aufklärungsschrift herausgab, die Jugendlichen echte Hilfe bot. Deshalb auf diesen Seiten eine erste Information über die verschiedenen Verhütungsmittel und deren Anwendung. Der Artikel entstand nach einem ausführlichen Gespräch mit einem fortschrittlichen Arzt.



Hier die verschiedenen Verhütungsmittel. Die Versagerquote (z.B. 7/100) bedeutet: Wenn hundert Frauen ein Jahr dieses Mittel anwenden, werden sieben schwanger.

Knaus-Ogino-Methode

Die Knaus-Ogino-Methode bedeutet die Errechnung der fruchtbaren und unfruchtbaren Tage der Frau. Bedingung ist, daß das Mädchen oder die Frau längere Zeit die Abstände zwischen den einzelnen Regelblutungen mißt. Wenn die Abstände zwischen 26 und 30 Tagen liegen, dann kann man damit rechnen, daß in der Zeit zwischen dem 8. und dem 19. Tag zwischen den Menstruationen die fruchtbaren Tage liegen. Die katholische Kirche, die das Einnehmen der 100prozentig sicheren Pille verbietet, empfiehlt oft diese recht unsichere Methode den „Gläubigen“. Nicht empfehlenswert.

Zäpfchen, Gelees, Sprays

Vor dem Verkehr in die Scheide tief einführen. Alle Mittel dieser Art bekommt man ohne Rezept in einer Apotheke. Die Sicherheit liegt nicht sehr hoch. Versagerquote: 10/100.

Muttermundkappe

Die Muttermundkappe ist etwas fester und kleiner als das Pessar. Sie wird über den Gebärmuttermund gestülpt. Das muß beim ersten Mal vom Arzt getan werden. Die Handhabung durch das Mädchen oder die Frau selber ist sehr schwierig. Viele Frauen lernen die Handhabung nicht und sind an den Arzt gebunden, der die Kappe vor der Menstruation herausnimmt und sie danach wieder einsetzt. Versagerquote: 7/100.

Coitus interruptus

Kurz vor dem Samenausstoß wird das Glied aus der Scheide herausgezogen. Der Verkehr ist unvollständig ausgeführt, und es bleibt bei beiden Partnern ein Gefühl des Nichtbefriedigtseins, das auch zu seelischen Störungen führen kann. Von dieser Methode ist daher und wegen der hohen Versagerquote (ca. 20/100) abzuraten.

Pessar

Das Pessar ist eine dicke Gummischale, in die ein federnder Metallring eingespannt wird. Das Pessar wird in die Scheide eingeführt und dort so eingesetzt, daß es von den Beckenknochen festgehalten wird. Es hindert die Samenfäden daran, in die Gebärmutter einzudringen und das Ei zu befruchten. Das Pessar muß zum ersten Mal vom Arzt eingesetzt werden. Es wird immer zusammen mit einer samentötenden Creme verwendet. Vor dem Verkehr wird dann das Pessar eingesetzt und zirka sechs Stunden nach dem Verkehr rausgenommen. Danach muß es gewaschen und getrocknet werden. Versagerquote: 4/100.

Die Gebärmutterspirale

Die Gebärmutterspirale, auch intrauterin-Spirale genannt, ist eine kleine Plastikspirale, die in die Gebärmutter eingesetzt wird und dort die Einnistung des befruchteten Eies verhindert. Sie braucht nur einmal eingesetzt werden und kann dann jahrelang drinbleiben. Oft wird sie aber unemerkt ausgestoßen. Deshalb empfiehlt es sich, jedes halbe Jahr den Arzt zu konsultieren. Besonders geeignet ist die Gebärmutterspirale für Frauen, die schon einmal geboren haben. Bei Pessaren, Muttermundkappen und

Gebärmutterspirale sollte auf ärztliche Hilfe und Kontrolle nicht verzichtet werden.

Anti-Baby-Pille

Die einzig 100prozentig sichere Methode der Verhütung. Voraussetzung ist die regelmäßige Einnahme. Sie kann von jedem Mädchen genommen werden, das die erste Regel bekommen hat. In den seltensten Fällen führt die Pille heute wegen der stark verbesserten Qualität zu Nebenwirkungen. Sollten solche trotzdem einmal auftreten – am besten einfach die Marke wechseln, dann gehen die Nebenwirkungen weg. Die Pille muß vom Arzt verschrieben werden. Findet man keinen, der sie verschreiben will, dann geht man entweder zu einem Klinikarzt oder man spricht mit seinen Eltern und geht mit der Mutter gemeinsam zum Arzt.

Präservative

Billig und gutes Verhütungsmittel. Die billigste Packung (3 Stück) kostet 1,- DM. Auch recht sicher (Versagerquote: 7/100), wenn darauf geachtet wird, daß das Gummi-Präservativ (auch „Pariser“ genannt) vorsichtig über das Glied gezogen und dabei nicht (etwa mit den Fingernägeln) beschädigt wird. Vorsicht auch nach dem Verkehr, damit das Präservativ nicht abrutscht und so Samenfäden in die Scheide des Mädchens gelangen.

Die „Pille danach“

Diese Pille, die nach dem Geschlechtsverkehr (und nach etwaiger Befruchtung) eingenommen werden soll, wird unter dem Namen Progynon M vertrieben. Sie sollte nur unter ärztlicher Aufsicht eingenommen werden, da sie starke Nebenwirkungen wie Erbrechen, Übelkeit usw. zur Folge hat.

Haare ab - Mädchen weg?



Von Reinhard Junge

„Haare ab – Mädchen weg!“ Schlagzeilen wie diese beherrschten in der Woche vor Pfingsten die bürgerliche Presse. Quadrat-kilometer teuren Zeitungspapiers wurden mit Meldungen bedruckt, die von weinenden Soldaten zu berichten wußten: „Mit kurzen Haaren kriegt keiner von uns mehr ein Mädchen!“

Die Bundeswehrgenerale, die „Hauptleute 71“, und alle anderen kalten Krieger in der BRD lachten sich ins Fäustchen: Wieder einmal hatte ein sozialdemokratischer Minister vor ihrer Panikmache kapituliert. Die Erlaubnis, lange Haare zu tragen, habe „wie ein Dambruch“ gewirkt, erklärte am 14. April General Roos, Boß im Wehrbereich III (NRW). Der CDU-Kriegsminister-Kandidat Dr. Wörner behauptete: „Viele Soldaten sehen in diesem Erlaß einen Freibrief für nachlässige Ausführung von Befehlen.“

Sechs Tage vor Pfingsten beorderte Helmut Schmidt („Es kommt nicht darauf an was auf, sondern was in den Köpfen ist!“) die Truppe zum Friseur. Dabei versteckte sich der Minister, um von den politischen Hintergründen dieses Befehls abzulenken, hinter einem bestellten „Gutachten“ untertäniger Bundeswehr-Sanitäter. In dem Papier wurde behauptet, daß man vom Tragen langer Haare „Parasiten“, also Wanzen und Läuse, bekomme.

200 empörte Soldaten gingen in Itzehoe (Schleswig-Holstein) auf die Straße. In einem Flugblatt schrieben sie zu dem Läuse-Argument: „Diese Begründung ist fadenscheinig, wenn man weiß, wie es mit den sanitären Einrichtungen, Unter- und Bettwäsche bei der Bundeswehr bestellt ist.“

Daß Schmidts Wanzenfurcht nur ein Vor-

wand ist, zeigt die Praxis des Truppenalltags. Mit den langen Haaren soll auch jene demokratische Maske fallen, auf die Ex-General Grashey schon 1969 verzichten wollte: Jene liberalen Freizügigkeiten und Spielwiesen, die stets als Alibi für die „Friedfertigkeit“ und den „demokratischen Geist“ der Bundeswehr dienten:

● CDU-Wörner forderte im Bundestag Maßnahmen gegen den angeblichen „Mißbrauch“ des Beschwerderechts.

● Feldjägerstreifen auf den Bahnhöfen und Wachpatrouillen in den Garnisonen sollen die Soldaten auch in der Freizeit bespitzeln und einschüchtern.

● In der Bundeswehr regnet es seit dem Haar-Erlaß „Erzieherische Maßnahmen“ und Disziplinarstrafen wie lange nicht mehr. So muß man in der Lützow-Kaserne in Schwanewede auf den Nachappell für ein unsauberes Eßbesteck drei Stunden warten, und das Überschreiten des Zapfenstreichs um nur fünf Minuten kostet 30,- DM.

● Hauptmann Trube, Chef der Ausbildungskompanie 8/6 in Albersdorf/Heide, verbot dem Rekruten Josef Steinert, seine Zeitung auf dem dafür vorgesehenen Platz – nämlich den Aktenbock in der Stube – abzulegen. Denn: Steinert liest nicht „Sexy“, sondern die DKP-Zeitung „Unsere Zeit“. – Die Beschwerde des Soldaten läuft.

● Der Soldat Joachim Barloschky aus Bremen, der soeben acht Tage wegen seines Eintretens für die Verträge von Moskau und Warschau gesessen hat, soll abermals in den Knast: Weil er am 1. Mai auf der DGB-Kundgebung in Neumünster gesprochen hat – in Uniform.

● Der Erlaß des Verteidigungsministe-

riums, das Uniformverbot für DGB-Veranstaltungen aufzuheben, wurde am Vorabend des 1. Mai zurückgenommen: Weil dort für die Verträge geworben wurde, seien diese Kundgebungen „politisch“. Mehrere Soldaten sollen nun wegen „Mißachtung des Uniformverbots“ bestraft werden.

Doch die wehrpflichtigen Soldaten sind nicht mehr wehr- und tatenlos:

● In Husum unterzeichneten 50 Soldaten einen Protestbrief an Schmidt.

● Zwei Delmenhorster Soldaten schickten dem Minister per Einschreiben ein Bündel abgeschnittener Haare und die Friseur-Rechnung.

● Eine Interessengemeinschaft niedersächsischer Wehrpflichtiger wird gegen den Haar-Erlaß klagen.

● In Gießen konstituierte sich ein „Arbeitskreis Demokratischer Soldaten“ – die achte derartige Initiative in der BRD.

Ruhe und Ordnung für weitere Aufrüstung – das wollen Schmidt und seine Generale, und Strauß und Barzel haben Grund zur Freude. Im Gegensatz zum Moskauer Vertrag heißen Bundeswehr-Unterkünfte auch weiterhin „Pommern-Kaserne“. Und das auf Betreiben der BRD für den nächsten Herbst geplante NATO-Manöver in der Nordsee, Norwegen und Dänemark wird das größte aller Zeiten: so unterminieren die Militaristen die frisch unterzeichneten Verträge.

In einer Presse-Erklärung wandte sich die SDAJ gegen den Haar-Erlaß und die verschärften Barras-Methoden als Bestandteil weiterer Militarisierung. Andere Jugendverbände sollten im Kampf um die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau diesem Beispiel in Wort und Tat folgen.



Wehrpflichtige während der 1.-Mai-Demonstration des DGB in Mannheim



**OR
WO**
Film

Sie haben eins gemeinsam: SIE STEHEN MIT ORWO-FILMEN AUF DU UND DU
So unterschiedlich ihre fotografischen Absichten und Aufgaben sind, sie wählen
immer wieder ORWO-Filme.

Dafür gibt es einen einfachen Grund: ORWO-Schwarzweiß- und
ORWOCOLOR-Filme sind stets zuverlässig.

Sie entsprechen den Anforderungen moderner Fotografie. Nutzen Sie diese
tausendfach bestätigte Erfahrung. Wählen Sie für Ihre Aufnahmen ORWO-FILME!
VEB FILMFABRIK WOLFEN Deutsche Demokratische Republik

Greift zur Feder?

Eure Aufmachung des elan hat sich sehr verbessert, und dazu möchte ich Euch auch gratulieren; doch vermisse ich seit einiger Zeit die Seite für Agitprop. Wie fändet Ihr einen Aufruf an alle Lehrlinge, Schüler usw., sich an einer Aktion, zum Beispiel „Greift zur Feder“, zu beteiligen?

Um meinen Vorschlag noch zu unterstreichen, sende ich Euch gleich ein Gedicht von mir mit.

Beinahe hätte ich verschlafen, wenn nicht Thomas gekommen wäre, um mich abzuholen. Morgens um 6.00 Uhr. Der Himmel sieht noch aus

wie Haferflockenbrei, die Luft ist noch kühl. An der Kreuzung treffen wir mit Helmut und Fritz zusammen. Wir reiben unsere Hände und putzen die Nasen, So frisch ist es heute morgen. Um 6.15 Uhr stehen wir vor der Fabrik mit unserer Zeitung. Die ersten Arbeiter kommen.

Sie nehmen ihre Zeitung in Empfang; einige bleiben stehen. Reden mit uns.

Sagen: „Da seid ihr ja mal wieder.“

Schimpfen auf die Arbeit, auf den Abteilungsleiter. Blättern in der Zeitung. Sagen: „Die letzte Nummer war gar nicht so übel.“

Jenes hätten wir besser, ausführlicher

berichten müssen. Man hätte es nicht verstanden.

Grüßen und gehen.

Andere kommen. Viele freundliche Morgengrüße.

Einige Ausnahmen: „Geht lieber arbeiten.“

„Rotes Gesindel!“

Na ja, wir kennen das.

Um 6.35 Uhr sind wir bis auf einen kleinen Rest,

alle Zeitungen los. Wieder reiben wir uns die Hände,

putzen unsere Nasen. Lachen und gehen zu Helmut

Kaffeetrinken.

Maria v. Fransecky, 17 Jahre, Schülerin
Was haltet ihr von Marias Vorschlag? Und was meint ihr zu ihrem Gedicht?

Die Bremer „Stadt-Musikanten“

Wir hatten einige Startschwierigkeiten. Am Anfang hatten wir eine sehr starke Fluktuation. In unserer jetzigen Zusammensetzung besteht unsere Gruppe seit dem Sommer 71. Unsere erste große Bewährungsprobe war der Bremer Landtagswahlkampf im vergangenen Jahr.

Zuerst mußten wir unsere Erfahrungen machen, wie man überhaupt am besten Lieder einstudiert. Anfangs haben wir ganz systemlos geprobt und das gesungen, was uns Spaß machte. Aber wir haben gesehen, daß dabei nicht viel herauskommt. Seit Oktober üben wir zweimal in der Woche. Einmal machen wir nur Sprechproben. Da bemühen wir uns um deutliche, klare Aussprache. Das ist sehr wichtig, damit einen die Zuhörer auch verstehen. Besonders die Endungen müssen ganz deutlich gesprochen werden, auch wenn es übertrieben klingt. Beim Singen kommt es dann richtig heraus. An diesen Abenden besprechen wir auch unsere Termine und alle Probleme, die wir haben. Am zweiten Abend ist die Instrumentalprobe. Da wird die ganze musikalische Seite geübt. Mit dieser Methode kommen wir am besten zurecht.

Eine wichtige Sache ist unserer Meinung nach auch, daß man Leuten, die wirklich keine Stimme haben, dies ehrlich sagt und sie davon überzeugt, nicht mitzumachen. Sonst sollte man alle Stimmen in der Gruppe fördern und sich nicht auf ein oder zwei Vorsänger spezialisieren (wie es bei uns im Moment noch der Fall ist).

Die Lieder macht bei uns Heini. Die Melodien Christian und Heini. Das hat manchmal den Nachteil, daß nur einer das Lied singen kann.

Eine Schwierigkeit bei uns ist, daß unsere Gruppe nur aus Schülern und einer Hausfrau besteht. Dadurch fällt es uns zum Beispiel schwer, Probleme der Lehrlinge aufzugreifen und an





Film- notizen

Pünktlich zum Höhepunkt der Baader-Meinhof-Hetzjagd erschien ein Film in den Kinos, der den Zuschauern endgültig „beweisen“ soll, was Barzel, Strauß und Genscher tagtäglich drucken und im Fernsehen senden lassen: Daß es zwischen Mitgliedern der DKP, SDAJ und Jusos auf der einen und den kriminellen Bombenlegern auf der anderen Seite keine prinzipiellen, sondern höchstens „taktische Unterschiede“ („Die Welt“) gibt.

„Blutiger Freitag“ nannte Rolf Ohlsen („Die Gentlemen bitten zur Kasse“) seinen antikommunistischen Krimi, der an Brutalität, aber auch an Einfallslosigkeit alles übertrifft, was bisher in der BRD an Schundfilmen gedreht wurde.

Die Story: drei junge Männer wollen eine Bank überfallen. Die Waffen dazu besorgen sie sich bei einem Überfall auf einen US-Munitionstransport. Auf dem Rückweg überfahren sie einen unbeteiligten Zivilisten. Und nach dem Sturm auf die Bank, der einen Polizisten das Leben kostet, mißhandeln und vergewaltigen sie die Geiseln.

Das ist noch nicht sonderlich sensationell. Aber: einer der Bankräuber ist Italiener („Immer diese Ithaker!“, soll der Zuschauer denken), der zu allem Überfluß noch ein braves deutsches Mädchen verführt und geschwängert hat. Und ein anderer Verbrecher ist Bundeswehr-Deserteur: Er hat die Schikanen seiner Vorgesetzten nicht mehr ertragen.

Und nun kommt es knüppeldick: Die Motive der Bankräuber sind auf „antikapitalistisch“ getrimmt! „Diese Banken bescheißen uns ein Leben lang – es trifft also keinen Armen!“ – „Immer nur schufteten und sich ausbeuten lassen – nein!“ Und, die Gegenfrage von einer Kollegin: „Sag mal, bist du unter die Kommunisten geraten oder willst du eine Bank überfallen?“

Vorbild für den Film waren die

diese Gruppe heranzukommen. Wir sind alle Mitglieder der SDAJ. Aber als Gruppe sind wir nicht fest organisiert. Wir treten bei allen fortschrittlichen Gruppen auf. Wir wollen möglichst viele Jugendliche ansprechen und zum politischen Denken anregen.

Ein Problem, das wohl jede Gruppe haben wird, ist die Finanzierung. Ein Vorschlag: wir haben schon auf Veranstaltungen gesammelt und dabei einiges zusammenbekommen.

Für die Zukunft haben wir vor, unsere künstlerischen Möglichkeiten zu erweitern. Wir wollen uns auch auf gesprochene Texte orientieren und geschlossene Szenenfolgen herstellen.

An Instrumenten haben wir bisher Gitarre, Elektro-Gitarre und Baß und Flöte. Auch hier wollen wir weiterkommen.

Aber wir machen nicht nur Musik, sondern wir beschäftigen uns auch theoretisch mit Kulturproblemen. Zum Beispiel haben wir uns mit den Materialien der Kulturkonferenz der DKP in Nürnberg auseinandergesetzt. Wir meinen, daß das eine wichtige Grundlage unserer Arbeit ist.

Hamburger Senatsbe- schlüsse – bundesweit

Es tut sich was in diesem Staat.
Den „Links- und Rechts-
extremen“
beschloß der Hamburger Senat
die Ämter abzunehmen,
die öffentlichen Dienstes
sind.
Wie sieht die Praxis aus?
Die Nazis bleiben, was sie
sind,
die Linken wirft man raus.

Es tut sich was in diesem Staat,
wo Hitlers alte Knechte
man wieder ausersehen hat
zu schützen uns're Rechte.
Doch steht Herr Schrübbers
nicht allein;
auch Bendas schwarze Listen,
die werden noch sehr nützlich
sein
zur Jagd auf Kommunisten

Es tut sich was in diesem Staat
der Siemens, Flick und
Horten.
Hier geht nun auf die braune
Saat
der Barzel und Konsorten.
Die Führung in der SPD
macht Antikommunismus.
Das ähnelt doch dem alten
Dreh
kurz vor'm NS-Faschismus.

Es tut sich was in diesem Staat.
Wir tun etwas dagegen.
Wo Sozialist und Demokrat
der Herren Zorn erregen,
dort startet man die Hexenjagd.
Hier ist es schon so weit.
Wir haben keinen Teufelspakt,
nur die Aktionseinheit.

Refrain:
Berufsverbot für linke
Lehrer,
das ist nur der erste
Schritt.
Jeder Grundgesetzvereher
kriegt bald einen Tritt.
Den Fortschritt aufzuhalten,
bezweckt dieser Versuch;
drum wehren wir uns gegen
diesen Verfassungsbruch.
(Bremer Songgruppe)

★ FILM ★ FERNSEHEN ★ BÜCHER ★

Banküberfälle in München (wo eine der Geiseln im Feuergefecht zwischen Polizei und Gangstern getötet wurde) und in Köln; und auf beide Ereignis-

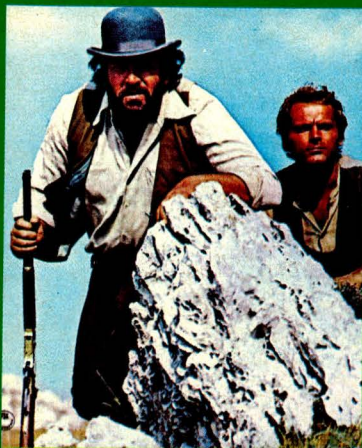
Das Drehbuch könnte von Springer sein: Antikommunismus und Totschlagatmosphäre

se wird im Film ständig angespielt. Und kein Wunder, daß die im Film interviewten Zuschauer vor der belagerten Bank

ganz im Sinne des CSU-Abgeordneten Richard („Kopf ab!“-Jäger antworten: „Aufhängen müßte man die! Todesstrafe brauchen wir!“

Die Moral: von der Kritik am Kapitalismus bis zum Überfall auf eine Bank ist nur ein kleiner Schritt, wer gegen Ausbeutung ist, vergewaltigt auch junge Mädchen!

Deshalb: wo immer der Film in den Kinos auftauchen sollte, müßten Jusos, Jungdemokraten und SDAJler aktiv werden; denn dieser Film bereitet eine Stimmung der Lynchjustiz vor, die – siehe USA – jeden treffen kann, der ein fortschrittliches Wort sagt. Reinhard Junge



Seit Wochen haben die Kinos einen Leinwand-Hit. Der Film „Vier Fäuste für ein Halleluja“ garantiert überall volle Häuser (und Kassen). Ein Western, der zeigt, daß es im Wilden Westen nicht immer „tod“ernst zugehen muß! Es gibt nämlich keine einzige Leiche. Und ist trotzdem spannend bis zuletzt. Die üblichen Western-Klischees werden durch den Kakao gezogen. Und wenn jemand mit feuchten Augen aus dem Kino kommt, dann können das nur Lachtränen sein!

Unser Büchertip: Märzstürme

Märzstürme fegten in den Jahren 1918 bis 1924 über ganz Deutschland: für viele Arbeiter war die russische Oktoberrevolution ein begeisterndes Vorbild. Aber sie scheiterten an ihrer Uneinigkeit: die Spaltung der Arbeiterklasse nützte den Krupps und den preußischen Junkern. – In dieser Zeit spielt Gotsches Roman „Märzstürme“.

August 1918: Der imperialistische Weltkrieg geht seinem Ende zu. In Deutschland herrschen Hunger und verschärfte Ausbeutung. Polizeiterror richtet sich gegen alle, die gegen Krieg, Krupp und Kaiser kämpfen.

In dieser Zeit beginnt die Handlung von Otto Gotsches spannendem Roman „Märzstürme“. Er schildert sechs entscheidende Jahre in den Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse: von der Novemberrevolution über die bewaffneten Kämpfe gegen Freikorps und Reichswehr bis hin zum großen Streik der Mansfelder Arbeiter im Jahre 1924.

„Märzstürme“ hat viele Helden. Einer von ihnen ist der Lehrling Fritz Gretsche, der zusammen mit seinen Freunden Anti-Kriegsplakate klebt. Im Gefängnis landet. Eine kommunistische Jugendgruppe aufbaut. Hungerdemonstrationen und Streiks organisiert. Reformisti-

larvt und an Mieteraktionen gegen skrupellose Hausbesitzer teilnimmt. Und um seinen Freund Karl Tiedke kämpft, der zeitweilig bei Linkssektierern landet, weil es ihm nicht schnell genug geht mit der Revolution.

Gotsches „Märzstürme“ zählt zu den besten Werken der deutschen proletarischen Literatur. Es ist realistisch, weil es Klassengegensätze aufdeckt, anstatt sie zu vertuschen. Und es ist sozialistisch: hier werden Lösungswege gezeigt, keine Flucht des Einzelnen aus der Wirklichkeit, sondern das gemeinsame Handeln aller Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Dieser Roman ist mehr als ein lebendig geschildertes Kapitel deutscher Geschichte: es ist eine Anleitung zum Handeln für alle, die heute den Kampf führen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Militarismus. Er gehört in die Bibliothek einer jeden Jugendgruppe und sollte gemeinsam gelesen und diskutiert werden.

Otto Gotsche: „Märzstürme“, Roman, Mitteldeutscher Verlag, Halle/Saale, 1971. Zwei Bände, zusammen 18,- DM. Zu beziehen über WLVG, 235 Neumünster, Wendestraße 4a.

Kittner kontra Kapital

Schenkt man der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung Glauben, dann ist Dietrich Kittner „der einsame Spitzenmann des deutschen Kabarets“.

Seine Bekanntheit ist nicht nur auf seine kabarettistischen Leistungen zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß er einer der rührigsten Agitatoren ist. Ob es sich um eine Rote-Punkt-Aktion, eine Bürgerversammlung oder eine Wahlkampagne handelt, wenn es darum geht, demokratischem Fortschritt zum Sieg zu verhelfen, ist der Hannoveraner am Ball. Der Verlag „pläne“ faßte vor einiger Zeit das Beste aus Kittners letztem Programm zusammen, und es entstand die LP „Dein Staat, das bekannte Unwesen“.

An einleuchtenden, leichtverständlichen Beispielen zeigt Kittner die Haken auf, die „unser Wohlfahrtsstaat“ hat. Er entblättert den Wust der Scheinargumente, die für diese angeblich freiheitliche, demokratische und soziale Gesellschaftsordnung sprechen.

(Dietrich Kittner: Dein Staat, das bekannte Unwesen, pläne Nr. S 3 33 02)

Väterchen Franz und Mutter Mathilde

Dies ist die neueste LP von Franz-Josef Degenhardt; manche der Lieder werden dem einen oder anderen von der Frühjahrstournee Degenhardts vom 8.4. bis 21.5. durch NRW noch im Ohr klingen. Etwa das von „Bodo, genannt der Rote“,

in dem er den Irrweg eines kleinbürgerlichen sogenannten Linken aufzeichnet, von „Natascha Speckenbach“, der rothaarigen Kämpferin für die Sache ihrer Kolleginnen oder den pathetisch-mitreibenden Refrain des Liedes für Sacco und Vanzetti, Vorkämpfer der amerikanischen Arbeiterbewegung.

Die Entwicklung Degenhardts zum sozialistischen Künstler setzt sich in dieser Platte konsequent fort: seine positiven Helden entstammen dem Proletariat, vertreten dessen Sache und – da ist FJD ganz sicher – werden siegreich sein. Seine Texte sind klar, verständlich für jedermann. Er beschränkt sich auf das Wesentliche, wie auch in seinen musikalischen Mitteln: Gitarre, Baß, Schlagzeug.

Die politische Fixierung: „Ja 40 Jahre bin ich schon und bin auch bald ein Kommunist“ (im Song „40“). Er tritt gegen diejenigen auf, die die Spaltung der Arbeiterklasse vorantreiben, seien es Rote Bodos oder rechte Sozialdemokraten.

Noch etwas zur Frühjahrstournee: Degenhardts Forderung nach einem niedrigen Eintrittspreis konnte nur der kleine Verlag „pläne“ verwirklichen, der die Tournee ausrichtete, warum wohl? (Andere Agenturen hätten Preise bis zu 13 DM gemacht.)

Auf den Veranstaltungen wurden Hunderte von Unterschriften für die Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau gesammelt (ob das bei Polydor auch möglich gewesen wäre?). Jedenfalls: im Herbst gibt's wahrscheinlich eine neue, nicht nur auf NRW beschränkte Tournee von Franz-Josef Degenhardt – wieder mit „pläne“ (Polydor, Stereo 23 78 16)

Übrigens

Das Neueste von den Stones: „Exile on Main Street“ Rolling Stones Records COC 6 91 00 29 Mark.

Pink Floyd: Obscured by clouds EMI SHSP 40 20 ca. 20 Mark.

Floh de Cologne:

Der Löwenthaler

Und nun, meine lieben kleinen Arbeiter, wird Euch Euer Märchenonkel ein schönes Unternehmermärchen erzählen: Es war einmal eine gute alte Zeit mit einer heilen, heilen Welt:

Damals, ja damals, da ging's uns noch gut, so gut, so herrlich gut. Heute, doch heute, da lauert die Brut, die Brut, die rote Brut in allen Löchern und Ritzen und Spalten, sie lauert im Gleichschritt in vielen Gestalten. Das Fernsehen ist längst ihr Sammelbecken, im Rundfunk hockt sie in allen Ecken, die Zeitungsverlage das Volk unterjochen, sie sind von den Funktionären bestochen. Die Politik wird von Genossen diktiert damit im Lande der Terror regiert.

Die Milch wird sauer, das Bier wird schal, im Fernsehen spricht der Löwenthal, den Nazis werden die Augen feucht, der Horror durch die Stuben kreucht. Die Milch wird sauer, das Bier wird schal, im Fernsehen spricht der Löwenthal, der Lö-lö-lö-lö Löwenthal.

Die Frauen, die können nicht mehr auf die Straße, sie fallen im Dunkeln den Roten zum Fraße. Den Kindern, den blonden, blauäugigen, kleinen, den' stiehlt man die Gedanken, die geraden und reinen. Im Kindergarten regiern schon die Roten, die Kinder waschen sich nicht mehr die Pfoten, beschmiern sich die Gesichter mit roter Marmelade, statt wie früher mit tiefbrauner Schokolade. Sie lutschen blutrote Bonbons und lachen zum Scheine, wenn einer mal guckt, was sie machen. Sie lassen mit drei Revolver sich schenken und üben – wofür, das kann man sich denken.

Die Milch wird sauer, das Bier wird schal,
.

Die Schüler beim Klingeln zum Angriff sich sammeln, sie tun nur nach außen, als würden sie gammeln. Die Lehrer kommen alle von Kaderschmieden; die Hochschulfassaden sind zwar geblieben, doch weiß ja ein jeder, der nur etwas denkt, wer dort in Wahrheit die Lehrkräfte lenkt. Mit Terror, Gewalt und – Argumenten drillen die Roten ihre Studenten. Von vorne, von hinten, von unten, von oben wird so der Staat aus den Angeln gehoben. Von vorne, von hinten, von unten, von oben wird so der Staat aus den Angeln gehoben.

Die Milch wird sauer, das Bier wird schal,
.

Jetzt verwirklichen!

Die Verträge sind von grundlegender Bedeutung für die Bevölkerung der Bundesrepublik. Mit ihrem Inkrafttreten und ihrer Verwirklichung wird eine entscheidende Wende in den Beziehungen zwischen der BRD und den sozialistischen Staaten möglich.

Die völkerrechtlich verbindlichen Verpflichtungen der Verträge sind die Grundlage für die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, die durch keinerlei Interpretationsversuche von Seiten der CDU/CSU ausgehöhlt werden können. Dies ist von besonderem Gewicht, da Grenzfragen – wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen – letztlich eine Frage von Krieg und Frieden sind.

Nach Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau wird es möglich, einen neuen Abschnitt in der Entwicklung der BRD einzuleiten. Dazu ist ein aktiver Kampf um die Verwirklichung der Verträge dringend nötig.

Hierzu ist erforderlich:

- Kampf um ein baldiges Stattfinden einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz.
- Kampf um eine schrittweise Senkung der Rüstungslasten.
- Verstärkte Auseinandersetzung mit der Demagogie der CDU/CSU.
- Verstärktes Eintreten für die gleichberechtigte Aufnahme der DDR und der BRD in die UNO.
- Verteidigung der demokratischen Rechte.
- Aufhebung des KPD-Verbot.

Es ist nun die Aufgabe der Jugendverbände und aller demokratischen Kräfte, diese Ziele vor der breiten Öffentlichkeit, vor den Betrieben und Schulen klar darzustellen und alle demokratisch Denkenden für diese Ziele zu mobilisieren.

Das kann geschehen durch die Herausgabe von Zeitungen,

durch Flugblattaktionen, durch öffentliche Mitgliederversammlungen, durch die Werbung neuer Mitglieder.

Was kann der einzelne für die Verwirklichung der Verträge tun?

Die erste und wichtigste Aufgabe ist die verstärkte Mitarbeit in seiner Organisation. Falls er noch nicht organisiert sein sollte, wäre es höchste Zeit für ihn, sich einer demokratischen Organisation anzuschließen, um der Verwirklichung der oben genannten Ziele Gewicht zu verleihen.

Darüber hinaus sollte er in seiner Schule, an seinem Arbeitsplatz immer wieder darauf hinweisen, daß es mit der puren Ratifikation nicht getan ist, sondern daß es nun gilt, die Verträge mit Leben zu füllen, und um dies zu verwirklichen, ist es notwendig, sich zu organisieren.

Die Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau ist nicht zu erreichen, indem man sich passiv im Fernsehen Bundestagsdebatten ansieht, sondern nur, indem man seinen Beitrag im aktiven, organisierten Kampf leistet.

Ewald Halbach, Münster

Ich bin Mitglied der SDAJ und bin daher auch der Meinung, daß jetzt die Arbeit auf uns zukommt, Forderungen immer wieder auf Flugblättern, in Arbeiterjugendzeitungen etc. aufzustellen, die dahingehend sind: die DDR völkerrechtlich anzuerkennen, die Forderung nach Abrüstung zu stellen, eine baldige europäische Sicherheitskonferenz zu fordern. Unsere Aufgabe wird gerade jetzt sein, die Bevölkerung unseres Landes, insbesondere die Arbeiterjugend zu informieren. Wir müssen verstärkt den Antikommunismus bekämpfen, ebenso und besonders Springers Hetzkampagnen, und diese als Lügen entlarven.

Wir müssen die Forderung aufstellen, in den Schulen realistische Atlanten und Geschichtsbücher als Lehrmittel einzusetzen,

die die Grenzen in Europa zeigen, wie sie bestehen. Wir müssen den reaktionären Kräften in unserem Land verstärkt entgegenzutreten.

Das alles darf selbstverständlich keine Forderung bleiben, sondern muß unterstützt werden durch Aktionen, wie Kartentauschaktionen in den Schulen, Tribunale usw.

Wir müssen dahin kommen, bei wichtigen Aktionen Aktionseinheit mit anderen demokratischen Jugendverbänden zu machen.

Wir müssen verstärkt dagegen kämpfen, daß demokratische Lehrkräfte aus dem Schuldienst verwiesen werden, obwohl Lehrermangel herrscht und gerade diese demokratischen Lehrkräfte mit die Qualifiziertesten sind.

Marianne Dietrich, Hamburg

Da die Verträge von Moskau und Warschau im Grunde Verträge für den Frieden sind, müßten die politischen Jugendorganisationen die Bevölkerung zum Beispiel über das Leben in den sozialistischen Staaten aufklären.

Hier wären Informationsstände oder Öffentlichkeitsveranstaltungen in Gaststätten über die UdSSR, Polen, die DDR usw.

angebracht, um den von der bürgerlichen Presse geschürten Antikommunismus abzubauen.

Peter Heller, Ansbach

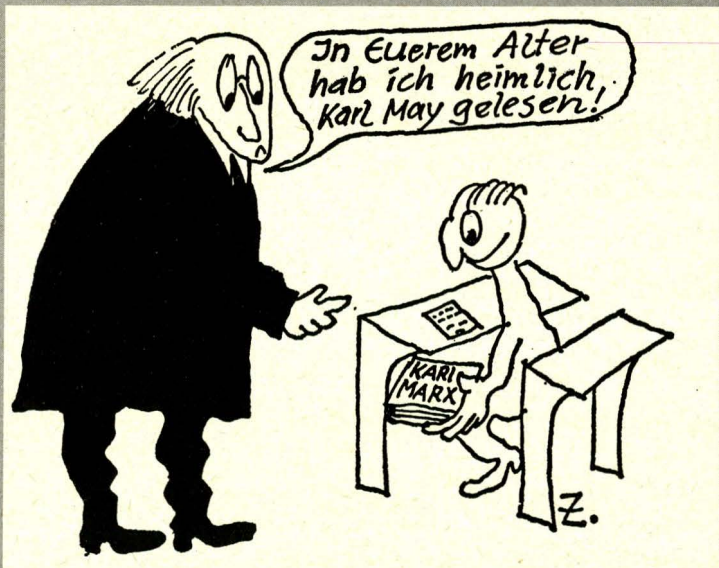
Vietnam-Poster

Im Juni-Heft des elan steht ein Leserbrief mit der Überschrift „Nicht angebracht“. Ich bin zwar auch gegen den Krieg, aber hier ist das was anderes. Dieses Bild ist nicht kriegsverherrlichend, sondern vielmehr abschreckend. Wenn man die Frauen an dem MG sieht, dann sagt man – glaube ich – nicht mehr, daß es kriegsverherrlichend ist.

Gerhard Lemberger, Fürth

Das Poster war kein kriegsverherrlichendes Bild, sondern die Erinnerung der vietnamesischen Patriotinnen an ihren Kampf und die Aufforderung an uns, die Solidarität mit den Völkern Indochinas zu verstärken. Amis raus aus Indochina!

Norbert Jentzsch, Mainz



Wo fehlt eine?

Bei uns alle Schreibmaschinen.
Riesenauswahl,
stets Sonderposten. - Kein
Risiko, da Umtauschrecht -
Kleine Raten. Fordern Sie
Gratiskatalog 286 W



NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Abonnenten haben's besser:

Ich bestelle ab _____
bis auf Widerruf, jedoch für mindestens
ein Jahr, das Magazin für junge Leute
ein.
(Jahresabonnement 13 DM einschließ-
lich Zustellgebühr)

*Schneiden an:
Weltkreis-
Verlags-GmbH
46 Dorthmünd
Brüderweg 16*

(Unterschrift)

(Anschrift)

*Warum die uns
immer so böse
karikieren?*

Nr. 83

Die politische Karikatur
*Karikatur u. Klassenkämpfe -
zu Problemen von Form u. Inhalt -
Recht u. Karikatur - Interview
mit Hachfeld und Ploog -*

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

Damnitz Verlag • 8000 München 13 • Hohenzollern Str. 144
Tel. 0811/3003074 • 6x jährlich • Einzelpreis DM 5.-
Jahres-Abo DM 27.- Schüler, Lehrlinge, Studenten, DM 23.-

BOMBENSTIMMUNG

Strauß: Die Verträge sind durch, die Abrüstung ist nicht mehr zu stoppen. Unsere Sache sieht mies aus.

Berater: Sie haben doch noch nie klein beigegeben!

Strauß: Ich seh keinen Ausweg. Dem Springer fällt auch nichts mehr ein. Die Mauer-Geschichten sind jetzt auch vorbei.

Berater: Und bei der SPD läßt sich keiner mehr los-eisen?

Strauß: Die haben alle kein Gewissen mehr.

Berater: Wir bräuchten was Deftiges, so in der Art vom Reichstagsbrand!

Strauß: Aber finden Sie jetzt mal einen, der das macht! Diese Heimatvereinshanselr sind doch alles Feiglinge.

Berater: Wie wär's mit Baader-Meinhof?

Strauß: Das wär eine Idee. Aber wie kriegen wir die?

Berater: Mit Geld vielleicht nicht. Aber die sind so doof, daß sie das auch umsonst tun. Wir müßten sie nur dazubringen, daß sie losschlagen.

Strauß: Und wie?

Berater: Wir schreiben einfach: Baader-Meinhof gibt auf. Dann reagieren die Brüder schon entsprechend. Sprengstoff könnten wir ihnen zuspiesen, darin haben wir Erfahrung.

Strauß: Die Sache gefällt mir. Nur müssen die Bomben gezielt kommen.

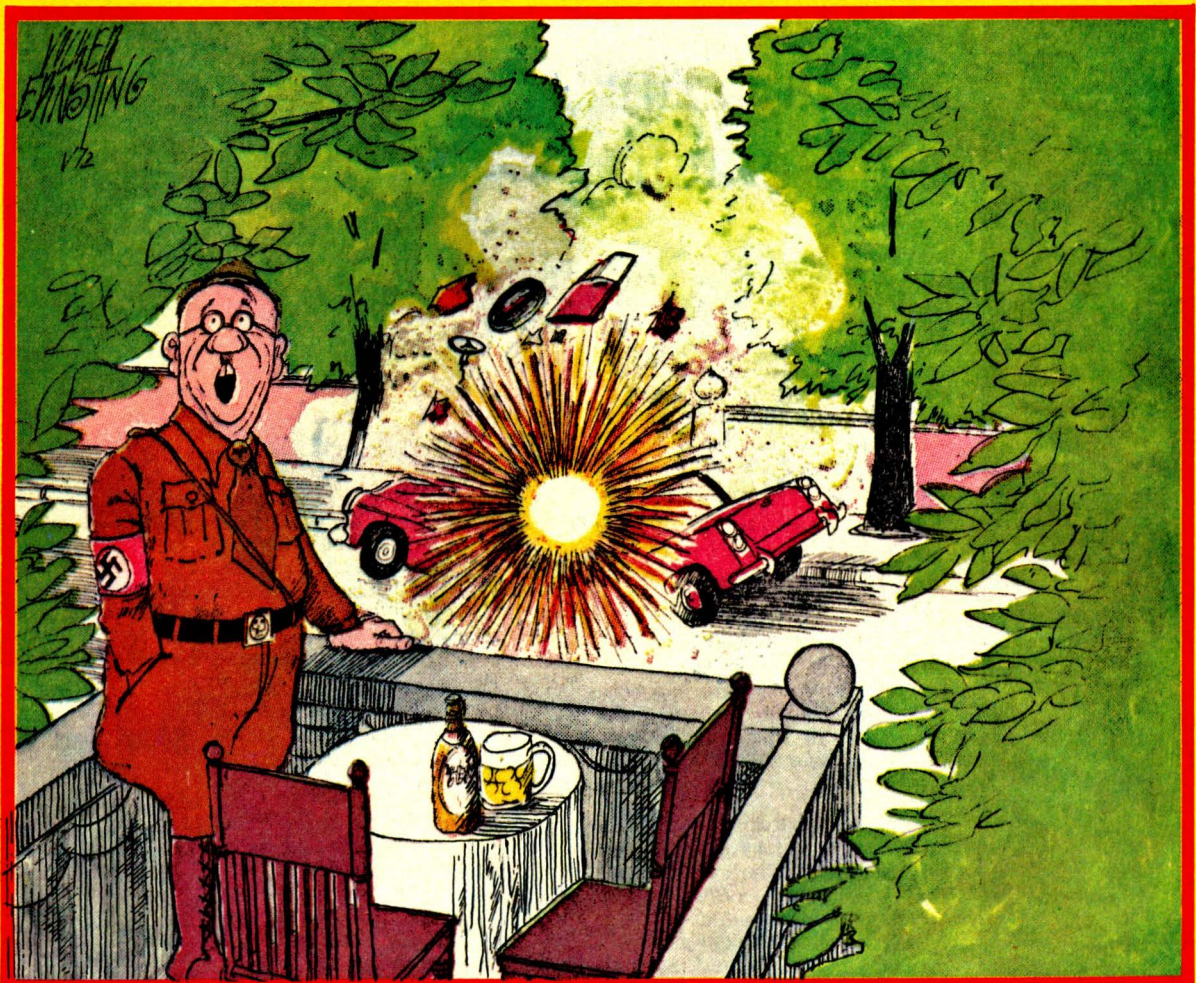
Berater: Wie meinen Sie das?

Strauß: Ganz gezielt, genau zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle. Wenn die Leute ängstlich nach Vietnam schielen, brauchen wir hier was in der Richtung. Ein zerplatzter Ami, und Vietnam ist für die Leute weit weg.

Berater: Der Springer hat schon öfter so was gewollt. An der Mauer hat's nur nie so geklappt.

Strauß: Soll er seine Bombe haben. Damit er mächtig losdonnern kann und draufhauen auf alles, was links ist. Unsere Chancen steigen von Bombe zu Bombe.

Peter Schütt



Aus „Kölnischer Stadtanzeiger“

„Glaubt mir, Kameraden, unsere Chancen steigen von Bombe zu Bombe.“